

HINTERGRUNDDOSSIER

Zu den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen
begleitend zum Film „Wir Sind Jung. Wir Sind Stark“ von Burhan Qurbani
von Martin Behnke

Inhalt

1. Einleitung.....	Seite 3
2. Ursachen in der DDR und der BRD vor der Wende	
2.1. Rechtsradikalismus und Rassismus in der BRD	Seite 5
2.2. Rechtsradikalismus und Rassismus in der DDR	
2.2.1. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der DDR.....	Seite 7
2.2.2. Rechtsradikalismus in der DDR	Seite 8
3. Ursachen in der Wendezeit	
3.1. Wende euphorie und Krise.....	Seite 10
3.2. Deutsche zweiter Klasse.....	Seite 12
3.3. Ausländer als Sündenbock.....	Seite 12
3.4. Eine Gesellschaft in Transformation.....	Seite 13
3.4.1. Umstellungen in Politik und Verwaltung.....	Seite 13
3.4.2. Umstellungen im Polizeiapparat.....	Seite 16
3.5. Wendejugend.....	Seite 18
4. Der Stadtteil Lichtenhagen.....	Seite 20
4.1. Die ZAst.....	Seite 22
5. Die Asyldebatte.....	Seite 26
6. Die Rechte Szene 1992.....	Seite 32
7. Chronik der Ausschreitungen.....	Seite 36
7.1. Mittwoch, 19. August 1992.....	Seite 36
7.2. Donnerstag 20. August 1992.....	Seite 36
7.3. Freitag, 21. August 1992.....	Seite 36
7.4. Samstag 22. August 1992.....	Seite 37
7.5. Sonntag, 23. August 1992.....	Seite 38
7.6. Montag 24. August 1992.....	Seite 39
7.7. Dienstag 25. August 1992.....	Seite 45
7.8. Mittwoch 26. August 1992.....	Seite 46
7.9. Samstag 30. August 1992.....	Seite 46
8. Die Täter.....	Seite 46
9. Anwohner und Zuschauer.....	Seite 49
10. Die Rolle der Polizei.....	Seite 51
11. Die Rolle der Politik.....	Seite 56
11.1. Landesinnenminister Lothar Kupfer, CDU.....	Seite 56
11.2. Oberbürgermeister von Rostock Klaus Kilimann, SPD.....	Seite 57
11.3. Stellvertretender Bürgermeister von Rostock Wolfgang Zöllick, CDU.....	Seite 58
11.4. Innensenator von Rostock, Peter Magdanz, SPD.....	Seite 59
11.5. Ausländerbeauftragter von Rostock, Wolfgang Richter.....	Seite 60
12. Die Rolle der Medien.....	Seite 61
13. Reaktionen, Folgen und Konsequenzen	
13.1. Folgetaten und Reaktion der Rechten Szene.....	Seite 62
13.2. Reaktionen der Politik.....	Seite 63
13.3. Reaktionen der Deutschen Presse.....	Seite 66
13.4. Reaktionen im Ausland.....	Seite 68
13.5. Juristische Konsequenzen.....	Seite 69
13.6. Rolle und Bewertung der linken Szene.....	Seite 70
13.6. Reaktionen und Konsequenzen der Vietnamesen.....	Seite 71
14. Die Untersuchungsausschüsse	
14.1. Der Untersuchungsausschuss der Rostocker Bürgerschaft.....	Seite 71
14.2. Der Untersuchungsausschuss im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern....	Seite 72
15. Quellennachweis.....	Seite 74

1. EINLEITUNG

„ein ernstes und böses Zeichen an der Wand“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 27.08.1992
zu den Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen (FN).

In der Nacht vom Montag 24.08.1992 zum Dienstag setzen mehrere hundert Jugendliche, viele davon minderjährig, unter den Augen von Fernsehkameras und Journalisten aus aller Welt und dem Beifall und Anfeuerungsrufen von über 3.000 Zuschauern ein Asylbewerberheim in Brand, in dem sich zu diesem Zeitpunkt noch 120 Vietnamesen sowie Sozialarbeiter, Wachschutzarbeiter, Aktivisten der Antifa, der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock und ein Fernsehteam des ZDF Magazins „Kennzeichen – D“ befinden. Die Polizei hat sich zu diesem Zeitpunkt zurückgezogen, die Feuerwehr wurde von den Zuschauern nicht zum Haus durchgelassen, der Notruf der Polizei funktioniert nicht und fast alle verantwortlichen Politiker waren nicht erreichbar. Die sogenannte „Brandnacht“ bzw. das „Pogrom“ⁱ von Rostock war der Höhepunkt von fünftägigen „bürgerkriegsähnlichen“ⁱⁱ Ausschreitungen im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen. Mit starren Entsetzen musste sowohl die deutsche als auch die Weltöffentlichkeit erkennen, dass zwei Jahre nach der friedlichen Revolution plötzlich wieder ein Ausbruch fremdenfeindlicher Gewalt möglich war, den man nach dem Ende der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland nicht mehr für möglich gehalten hatte.

„In Deutschland werden Menschen verfolgt. Und die Regierung schreit nach Grundgesetzänderung. In Deutschland zündet man Häuser an. Und die Regierung will den Rechtsextremen politisch entgegenkommen. In Deutschland feiert der braune Mob Urständ. Und die Regierung wiegelt nur ab. - Fünfzig Jahre danach beginnt sich die Geschichte zu wiederholen. (...) Wie vor fünfzig Jahren fühlt man sich als Jude, als Asylant, als Ausländer plötzlich wieder alleine in diesem Land.“ schrieb Richard Chaim Schneider am 9. September 1992 in der „Zeit“ⁱⁱⁱ.

Ähnlich urteilte der iranische Schriftsteller Baham Nirumand nach den Krawallen *„Für rund sechs Millionen in Deutschland lebende Ausländer ist spätestens jetzt klar, dass ihr Leib und Leben in diesem Land nicht mehr gesichert ist.“*^{iv} Dieses Gefühl und die Frage, in welchem gesellschaftlichen Klima sich die Ausschreitungen ereignen konnten, war der Ausgangspunkt für die Arbeit am Spielfilm „Wir Sind Jung. Wir Sind Stark.“ Die Ereignisse von Lichtenhagen hatten nicht nur eine Ursache. Es handelte sich um ein Zusammenwirken verschiedener

Faktoren. Das vorliegende Dossier ist aus der Recherche zum Film entstanden und fasst die vielfältigen Ursachen, Aspekte und Folgen der Ausschreitungen zusammen. Die Recherche zu den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen erfolgte zunächst durch die Auswertung der verfügbaren Quellen. Dazu zählten neben zahlreichen Presseartikeln, den Berichten des Untersuchungsausschusses und Gerichtsprotokollen auch umfangreiches Videomaterial, darunter überwiegend Aufnahmen der Fernsehstationen, die während der Ausschreitungen vor Ort waren. Des Weiteren wurde für dieses Dossier auf bereits veröffentlichte Schriften und Bücher sowie den Dokumentarfilm "The Truth Lies in Rostock" zurückgegriffen.

Auf diese erste Phase der Quellenanalyse folgten zahlreiche Interviews mit Beteiligten der Ereignisse. Interviewpartner waren unter anderem Anwohner und Nachbarn des Sonnenblumenhauses, vietnamesische Einwanderer, Polizeibeamte, die vor Ort bzw. im Präsidium im Einsatz waren, verantwortliche Politiker, Schaulustige, linke Gegendemonstranten und Antifa-Aktivisten, Kriminalisten aus dem Bereich der Jugendkriminalität und Aussteiger aus der Neonazi-Szene. Sowohl nach Alter, Geschlecht und der sozialen Herkunft spiegeln die Gesprächspartner die damalige Gesellschaft angemessen repräsentativ wider.

Da die Interviews fast 20 Jahre nach den Ausschreitungen geführt wurden, sind die darin geschilderten Erinnerungen lückenhaft und teilweise unscharf. Der Fokus der Gespräche lag neben der Erörterung des Geschehens insbesondere auf der Schilderung der damaligen sozialen und gesellschaftlichen Lage. Wie wurde die Wende und Nachwendezeit individuell erlebt, wie wurden Ausländer wahrgenommen? Das Ziel der Recherche war neben dem Versuch einer Rekonstruktion der Ereignisse vor allem das Bestreben, das damalige Lebensgefühl und die gesellschaftliche Atmosphäre zu verstehen. Wie haben die Menschen ganz subjektiv über diese Geschehnisse gedacht und wie bewerteten sie diese aus der Retrospektive? Wem wird die Schuld an den Krawallen gegeben und wie wird mit einer eventuellen eigenen Schuld umgegangen?

Es stellte sich in der Recherche heraus, dass die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen weder ein unvorhersehbarer Zufall noch ein, wie in manchen Publikationen vermutet, gewolltes Fanal politischer Kreise war, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Ausschreitungen reihten sich in eine ganze Abfolge ähnlicher Krawalle wie in Hoyerswerda, Görlitz, Mölln und Solingen ein. Die Ereignisse von Rostock waren Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Krise im neu vereinten Deutschland und insbesondere einer Gesellschaft im Übergang.

Einführend wird ein Exkurs über die Geschichte beider deutscher Staaten vor der Wende zeigen, dass sowohl Rechtsradikalismus als auch Rassismus bereits vor den Anschlägen und Unruhen von Rostock in der gesamtdeutschen Gesellschaft verbreitet war und geduldet wurde. Darauf aufbauend werden die sozialen, ökonomischen und administrativen Aspekte der Wiedervereinigung erörtert, die in ihrem Zusammenwirken eine gesellschaftliche Atmosphäre von Unzufriedenheit, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit schufen, in der rechtsradikales Gedankengut, besonders unter Jugendlichen, Widerhall finden konnte und in Gewaltbereitschaft umschlug. Das anschließende Kapitel beleuchtet ausführlich die Änderung des deutschen Asylrechts und die so genannte „Asyldebatte“, aufgrund derer konkreten Auswirkungen die Krawalle in Lichtenhagen mitverursacht wurden. Nach einem Überblick über die rechte Szene zu Beginn der neunziger Jahre schaut das Dossier auf die konkreten Umstände in Lichtenhagen vor den Ausschreitungen. Eine Chronik veranschaulicht den Ablauf und die Dynamik der fünftägigen Krawalle. Aus verschiedenen Interviews und Berichten wird im Anschluss daran versucht, ein genaueres Portrait der damaligen Täter und Zuschauer zu zeichnen. In den letzten Kapiteln wird die Rolle der Polizei, der Politik und der Medien im Zusammenhang mit den Ereignissen untersucht, um abschließend auf die vielfältigen Reaktionen und Folgen der Ausschreitungen im In- und Ausland einzugehen.

EINSCHRÄNKUNG

Lichtenhagen ist nicht gleich Ostdeutschland und die im Folgenden beschriebenen Phänomene und Konflikte traten in den unterschiedlichen Regionen, Bundesländern und Ortschaften in unterschiedlicher Intensität auf. Dennoch kann die Geschichte von Rostock-Lichtenhagen mit Einschränkungen als beispielhaft für die Entwicklung nach der Wende in vielen Teilen der ehemaligen DDR gesehen werden.

2. URSACHEN IN DER DDR UND BRD VOR DER WENDE

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sowie rechtsradikale Tendenzen waren in beiden Teilen Deutschlands schon vor der Wiedervereinigung nicht nur vorhanden, sie stießen auch in nicht geringen Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung.

2.1. Rechtsradikalismus und Rassismus in der BRD

Nachdem Rechtsradikalismus und Nationalismus in der BRD lange Zeit vorrangig in

Burschenschaften, Vertriebenenverbänden und rechten Parteien gepflegt wurde, entstand zu Beginn der achtziger Jahre im Zuge der Skinhead-Bewegung auch eine junge, gewaltbereite und gut organisierte rechte Szene. Neben so genannten Wehrsportgruppen und einer sich schnell verbreitenden Skinhead-Kultur betraten mehr und mehr prominente Rechtspopulisten wie Franz Schönhuber, Horst Mahler und Michael Kühnen die politische Bühne und machten rechtsradikales Gedankengut, wie die Leugnung des Holocaust, zum Mittelpunkt einer Debatte über die Meinungsfreiheit, die bis heute andauert. Die Präsenz dieser Akteure in den Medien zusammen mit der wirtschaftlichen Rezession und der ungelösten Einwandererfrage der türkischen Gastarbeiter sorgte für eine größere Offenheit rechter Themen in der Mitte der Gesellschaft.

Der These, die bundesdeutsche Gesellschaft habe im Gegensatz zur Bevölkerung der ehemaligen DDR einen "natürlicheren", selbstverständlicheren Umgang mit Einwanderern gehabt, kann nach der Recherche zu diesem Dossier nur sehr eingeschränkt zugestimmt werden. Wie Fernsehberichte und Interviews aus den späten achtziger Jahren zeigen, gab es zwischen türkischen Einwanderern und Deutschen so gut wie keine Berührungspunkte. Die gegenseitigen Ansichten waren von exotischen Verklärungen und oder rassistischen Vorurteilen geprägt. Nur in Ausnahmen, wie in Berlin-Kreuzberg, kann man ansatzweise von einem gemeinsamen Alltagsleben zwischen Deutschen und Ausländern ausgehen.

Höhepunkt rechtsradikaler Tendenzen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik waren die Wahlerfolge der Republikaner. Bei der Wahl zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989, noch vor dem Fall der Mauer, zog die Partei mit 7,1 Prozent in das Schöneberger Rathaus ein. Bemerkenswert ist dabei, dass fast 20% der wahlberechtigten Jugendlichen die Republikaner wählten.

Weitestgehend ungehindert konnte sich so in der BRD, nicht zuletzt durch internationale Unterstützung, z.B. der Front National aus Frankreich oder der Blood & Honour Bewegung, eine professionelle rechte Organisationsstruktur herausbilden, deren Mitglieder noch vor dem Fall der Mauer Kontakt zu ostdeutschen Gruppen aufnahmen. So machten sich prominente Neo-Nazis wie Christian Worch, Michael Kühnen, Gerhard Frey u.a. unmittelbar nach der Öffnung der Grenze daran, potentielle Anhänger in den neuen Bundesländern zu gewinnen und dort neue Strukturen aufzubauen. Das besondere Interesse der Neo-Nazi Szene an den neuen Bundesländern lag darin begründet, dass dort im Vergleich zur BRD fast keine Ausländer lebten. Von rechten Anführern und „Vordenkern“ wurde daraus die Idee einer

„national befreiten Zone“ geboren, an deren Beispiel sich die „Re-arisierung“ der BRD anschließen sollte. Die nachgewiesene Präsenz fast aller einflussreicher rechtsradikaler Anführer bei den Ausschreitungen in Rostock, die in diesem Zusammenhang von der rechten Szene als ein entscheidender Erfolg auf dem Weg in eine „befreite Zone“ gefeiert wurden, unterstützt die These, dass die Krawalle von westdeutschen Neo-Nazi Gruppen entscheidend unterstützt und nachweislich auch mit gesteuert wurden.

2.2. Rechtsradikalismus und Faschismus in der DDR

2.2.1. FREMDENFEINDLICHKEIT UND RASSISMUS IN DER DDR

Die Lebensumstände der Gastarbeiter in der DDR und ihre Wahrnehmung durch die ostdeutsche Bevölkerung waren durchaus mit der beschriebenen Sichtweise in der Bundesrepublik vergleichbar, obwohl es in der DDR insgesamt sehr viel weniger Gastarbeiter gab. Auch dort spielte sich das Leben der Gastarbeiter überwiegend isoliert von Alltag der DDR-Bürger ab. So schildert ein deutscher Nachbar, der neben den Vietnamesen im Sonnenblumenhaus wohnte, die Begegnungen zwar als freundschaftliches, aber auch als seltenes Ereignis. Ebenso wie die Türken, Griechen und Jugoslawen, die als Gastarbeiter in die BRD geholt wurden, waren die Vietnamesen in der DDR vor allem Arbeitskräfte und obwohl vertraglich zugesichert, erhielten sie in den meisten Fällen weder eine gehobene Ausbildung noch eine Möglichkeit, die deutsche Sprache im ausreichenden Maße zu erlernen, um einen höheren Bildungsweg einschlagen zu können. Gastarbeiter wurden für einfache Produktionstätigkeiten eingesetzt, für Putzarbeiten, Hilfsarbeiten, als Transporteure und für körperliche und gesundheitsschädliche Arbeit. An ihrer Integration war die DDR ebenso wenig interessiert wie die BRD. Vorurteile in der Bevölkerung waren die Folge dieser Segregation, insbesondere Menschen aus sozialistischen Nachbarländern gegenüber. Die Polen galten als faul und diebisch, die Angolaner und Mosambikaner als primitiv und sexuell übergriffig, die Vietnamesen als raffgierig usw. So wurden gewalttätige Übergriffe auf Fremde von der Bevölkerung als wenig schwerwiegend und tendenziell als berechtigt empfunden und von Polizei und Behörden nachrangig behandelt. Wolfgang Thierse spricht in diesem Zusammenhang von einer „DDR-typischen Ausländerfeindlichkeit“ und führt aus:

Die DDR-typische Ausländerfeindlichkeit war und ist Ausdruck unseres Hospitalismus. Wir haben schlicht nicht gelernt, wie man mit Fremden, mit dem Ausland umgehen soll. (...) wie hospitalisierte Kinder: autistisch, verschreckt, verunsichert, abwehrend, aggressiv.

Außenkontakte waren verboten, reglementiert oder instrumentalisiert.“ Thierse geht im Folgenden so weit zu attestieren: „Wahrhaftig, der reale Sozialismus in der DDR hat etwas Ähnliches entwickelt wie eine eigene Apartheid.“^v

2.2.2. RECHTSRADIKALISMUS IN DER DDR

Gleichwohl in der DDR im Gegensatz zur BRD kein vergleichbares rechtsradikales Netzwerk in der Politik, der Jugendkultur bzw. den Medien vorhanden war, konstituierte sich insbesondere im Umfeld der Fußballfans seit den frühen 80er Jahren eine Gewaltkultur, die über Hooligans alsbald in eine organisierte rechte Skinhead-Szene überging, deren Angriffe sich jedoch in erster Linie gegen die Repressionen des DDR Systems richteten. Rechtsradikale Posen wurden als Provokation gegen das antifaschistische Postulat der DDR geübt. Nichtsdestotrotz richteten sich die Angriffe der Skinheads, insbesondere in den letzten Jahren des Sozialismus, immer häufiger auch gegen die Gastarbeiter aus Vietnam, Angola und Mosambik.

Neben Gastarbeitern wurden Ende der achtziger Jahre auch verstärkt links-alternative Gruppen zum Ziel rechtsradikaler Übergriffe. So kam es 1988 zu einem offensichtlich im Voraus gut organisierten Überfall von Ostberliner Neonazis auf ein Konzert der Gruppe „Keimzeit“ in der Berliner Zionskirche. Opfer dieses Angriffs waren vor allem Mitglieder der Bürgerrechts-, Punk- und Friedensbewegung, also ebenfalls Gegnern des etablierten DDR-Systems.

Rechtsradikale Tendenzen wurden von den Organen der Staatssicherheit beobachtet und auch in politischen Kreisen wahrgenommen. Bereits Anfang der 80er Jahre erregte eine soziologische Studie der Humboldt Universität zur Wahrnehmung des Gesellschaft unter Jugendlichen die Aufmerksamkeit der Staatsorgane. Aus der Studie ging in alarmierender Weise hervor, dass viele Jugendliche wenig Bindung zum System besaßen und auch keine Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft empfanden und anstrebten. Weiterführend zeigte die Studie, dass faschistisches und rassistisches Gedankengut in einem bemerkenswerten Maße bei den Jugendlichen vorhanden war und mit destruktiven Tendenzen sowie einer Gleichgültigkeit gegenüber der Gemeinschaft einher ging.

Darauf aufbauende Ermittlungen der Staatssicherheit verzeichneten seit Mitte der neunziger Jahre eine stetig ansteigende Zahl von Jugendlichen, die mit faschistischen Parolen, Symbolen und Gesängen oft im Zusammenhang mit Sachbeschädigung und Körperverletzung auffällig wurden. Schwere Zwischenfälle wurden wiederholt auch aus Offiziers- und Polizeischulen

gemeldet. Die Täterkreise setzten sich den Ermittlungen zufolge aus zwei Milieus zusammen: ein Teil der Täter bestand aus Jungen und Mädchen aus dem Kleinbürgertum, also dem Milieu der Handwerker oder der Kleinhändler. Diese Täter hatten eine feste Arbeitsstelle und einen festen Wohnsitz, sind zumeist gut verdienend und im Alltag unauffällig. Die zweite Tätergruppe wurde mit sogenannten "Kaderkinder" identifiziert, also die Söhne und Töchter von NVA-Offizieren, Stasi-Offizieren, Parteifunktionären oder Polizisten. Das durchschnittliche Alter lag zwischen 19 und 24 Jahren und das Geschlechterverhältnis war überraschend ausgeglichen, so dass ein ehemaliger Ermittler formuliert: „Auf jeden Nazi, eine Nazibraut“.

Es ist aufgrund der restriktiven Informationspolitik der DDR und insbesondere in Hinsicht auf die Täterkreise nicht verwunderlich, dass rechtsradikale Tendenzen in den DDR-Medien nicht zur Sprache kamen bzw. nur im Hinblick auf vermeintlich faschistische Intervention des Westens. Darüber hinaus wurde sowohl die Aufklärung als auch die Bekämpfung der rechtsradikalen Gruppierungen durch verschiedene Faktoren behindert. Viele Kreisleitungen waren sehr darum bemüht, nach außen das Bild eines sauberen Bezirks aufrecht zu erhalten und kehrten auftretenden Faschismus unter den Teppich bzw. spielten die Phänomene als "Rowdytum" herunter, als punktuelle Ausbrüche von Gewalt ohne besonderes Motiv oder als private Streitigkeiten unter Einfluss von Alkohol. Hinzu kam, dass viele kommunale Polizeistellen die Symbole der Täter, speziell die der Skinhead-Szene, nicht einzuordnen wussten. Zumeist kannten die Beamten zudem die Täter und sympathisierten in Einzelfällen auch mit rechten Ideen.

Als sich das Ministerium für Staatssicherheit Ende der Achtzigerjahre des Ausmaßes der rechtsradikalen Szene bewusst wurde, beschäftigten die Stasi schon bald viel größere und dringlichere Probleme, so etwa wirtschaftliche und soziale. So konnten sich die Netzwerke der rechten Szene ungehindert aufbauen. Spätestens seit 1987 gab es auch intensive Kontakte zwischen ost- und westdeutschen Neonazi-Gruppen.

Dass es neben klarer Gegensätze zum faschistischen Staat der Nationalsozialisten auch systemische Ähnlichkeiten im Militarismus, im Nationalismus, in der Organisation der Jugend und der Kontrolle und Manipulation von Meinung und Medien gab, ist eine Tatsache, die nach der Wende nicht selten als Grund für den starken Zuwachs rechtsradikaler Gruppierungen angeführt wurde. Wenngleich diese Kontinuitäten zur NS-Zeit nicht von der Hand zu weisen sind, kann die Frage gestellt werden, ob die Prägungen des Nationalsozialismus tatsächlich so

stark gewesen sind, dass sie zwangsläufig zu neuen Gewaltformen führen mussten. Immerhin ist es möglich, dass die hierarchische, autoritärer Struktur der DDR Jugendorganisationen auch die Attraktivität für ähnlich gestaltet Organisationsformen, wie den faschistischen Verbindungen, erhöhten. Rechtsradikale Gruppen boten Jugendlichen zur Zeit der Wende genau das Gefühl von Gemeinschaft und Ordnung, das mit dem Untergang der staatlichen Organisationen verloren gegangen war.

3. URSACHEN IN DER WENDEZEIT

3.1. Wendeeuphorie und Krise

Das erste Phänomen, das buchstäblich mit dem Zeitpunkt der Grenzöffnung die DDR Gesellschaft durchzog, war ein grenzenloser, rauschhafter Konsum. Durch das Kaufen konnte die neue Freiheit, die politisch noch nicht umgesetzt war, als etwas Greifbares erfahren werden.

Der Konsum stand als lustvolle Metapher für Selbstbestimmung und Neuanfang. Zeitzeugen beschreiben die Stürmung westdeutscher Geschäfte, insbesondere der Elektronik, Kosmetik und Sexshops als Ausnahmezustände. So spielten sich beispielsweise vor dem Beate Uhse Geschäft am westberliner Bahnhof Zoo am 10 November 1989 tumultartige Szenen ab. Eine unüberschaubare Menge an Frauen blockierte die Joachimsthaler Straße vor dem Sex-Shop. Sie riefen nach ihren Männern, die nicht mehr aus dem überfüllten Geschäft heraus kommen wollten. Die Polizei war gezwungen, einzugreifen und das Ladengeschäft zu räumen. Die grenzenlose Auswahl an Konsumgütern, wie Pornografie, Technik, Luxusartikel, Waffen und nicht zuletzt Drogen, überforderte die ungeübten Konsumenten. Was bundesdeutsche Bürger nach und nach an neuen Produkten kennenlernen konnten, wurde den Neubürgern einer „Schocktherapie“ gleich schlagartig zugänglich. Zu dieser Überforderung kam eine Unerfahrenheit in finanziellen Dingen, die für viele fatale Folgen hatte. Um sich die begehrten Konsumgüter leisten zu können, ließen sich viele Käufer auf Ratenzahlungen ein oder nahmen Kredite auf, ohne sich jedoch eingehend über die Bedingungen zu informieren und die eigene finanzielle Lage und Perspektive realistisch einschätzen zu können.

Neben dem Konsum nutzten viele die neue Freiheit um nach jahrzehntelanger abhängiger Beschäftigung mit großem Enthusiasmus eigene Firmen zu gründen, ohne dabei jedoch weder über das genügende Know-how in Geschäftsführung, noch über ein ausreichendes Stammkapital zu verfügen. Auch in diesen Fällen wurden leichtfertig Kredite aufgenommen,

als Sicherheiten dienten nicht selten die Eigenheime. Misstrauen gegen den Kaufrausch und Zurückhaltung wurde nur von einer Minderheit gezeigt. Die Mehrheit vertraute kritiklos auf Helmut Kohls Verkündung der "Blühenden Landschaften" und entschied sich in der ersten freien Wahl für ihn und die CDU und damit für die schnelle Einführung der D-Mark, die schnelle Durchführung der Deutschen Einheit und die Umsetzung der freien Marktwirtschaft.

Bereits weniger als einem Jahr nach dem Fall der Mauer sollte dieser zügellose Optimismus in ebenso große Ernüchterung umschlagen. Durch die übereilte Währungsunion und Einführung der D-Mark gingen vielen ehemaligen DDR-Betrieben, die zuvor noch gute Exportzahlen aufwiesen, die alten Handelspartner im sozialistischen Ausland verloren, die die harte D-Mark nicht mehr zahlen konnten. Die Folge waren Stilllegung und Insolvenz der ehemaligen Staatsbetriebe und rapide ansteigende Arbeitslosenzahlen. Aus den unüberlegt gemachten Kaufverträgen und Kreditnahmen wurden Schuldenbelastungen. Hinzu kamen vielerorts Grundstücksenteignungen infolge des „Entschädigungs- und Ausgleichsgesetzes“ unrechtmäßig in der DDR erworbener Grundstücke.

Als die Mauer 1989 in Berlin fiel, war die BRD zudem gerade auf den Weg in eine Rezession. Durch den neuen Absatzmarkt im Osten wurde sie für zwei Jahre zwar vorerst gebremst, wirkte sich dann jedoch ab 1991 in beiden Teilen des neu vereinten Deutschlands spürbar aus. Diese erste gesamtdeutsche Wirtschaftskrise brachte dennoch vor allem Menschen in Ostdeutschland wegen fehlender Rücklagen, und insbesondere Rentner und kinderreiche Familien, in prekäre finanzielle Verhältnisse. So wie sich zunächst im Konsum die Euphorie über die neue Freiheit und den Kapitalismus ausdrückte, war die ökonomische Not, der Mangel, nun das spürbarste Zeichen für die Unzufriedenheit und Enttäuschung über die unerfüllten Wendeträume.

Ebenso schwer wie die finanzielle Not war jedoch für viele die Erfahrung, zum ersten Mal in ihrem Leben ohne den gewohnten Arbeitsrhythmus zu leben, ohne das Bewusstsein, als Arbeitskraft gebraucht zu werden, sondern im Gegenteil, plötzlich als Sozialfall eine unerwünschte Belastung der Bundesdeutschen Gesellschaft zu sein. Der Rostocker Oberbürgermeister Klaus Kilimann beschreibt diesen Zustand in einem Interview als „Verlust von Alltagskompetenz“ und fügt hinzu: *„Die Menschen sind seelisch überanstrengt (...) durch den schnellen gesellschaftlichen Wandel.“*

Die Anwohner in Lichtenhagen formulierten es drastischer: *“Plötzlich sind wir die letzten hier im Osten.”*^{vi} sagte eine 20 Jahre alte Friseurin. *„Wir sind doch die Türken im eigenen Land,”*^{vii} klagte eine Bankangestellte, 35. Ein Maurerlehrling, 17: *„Wir sind hier die Scheiße an der Wand”*^{viii}

3.2. Deutsche Zweiter Klasse

Die obigen ernüchternden Selbsteinschätzungen waren auch die Folge einer als demütigend empfundenen Entwertung der DDR Kultur in der Bundesrepublik. Viele gesellschaftliche Güter und Werte, u.a. das soziale Absicherungssystem und das Schulsystem wurden als Teil eines Unrechtsstaats diskussionslos abgelehnt, ohne sie auf einen eventuellen Nutzen für die neue Gesellschaft zu überprüfen. DDR-Konsumprodukte wie Mode oder Elektronik wurden als minderwertig, unverkäuflich und primitiv angesehen. DDR-Kultur, Musik und Filme sowie insbesondere staatliche Veranstaltungen sind Anlass zum Spott. Das Bild des “Ossis“ als Typus des unselbständigen, leichtgläubigen, geschmacklosen, arbeitsscheuen, ständig unzufriedenen und selbstmitleidigen Charakters wird geprägt. Durch diese pauschale Aburteilung der DDR-Gesellschaft entstand der Eindruck einer westlichen „Siegerpolitik“, die wenig mit dem Versprechen der gemeinsamen Gestaltung eines neuen Deutschlands gemein hatte.

Wenn bereits in Sozialstudien der DDR das drastische Herabsinken des Gefühls der gesellschaftlichen Teilhabe der Bürger festgestellt wurde, so ist dieses Gefühl nach der Wende noch stärker geworden. Aus diesen Erfahrungen heraus entstand ein umfassendes, allgemeines Minderwertigkeitsgefühl in den neuen Ländern, als Ostdeutscher gegenüber Westdeutschen in mehrfacher Hinsicht zweitklassig zu sein. Eine Ungleichheit, die in vielen Aspekten, wie dem unterschiedlichen Lohnniveau, den Renten- und Sozialleistungen, den Positionen innerhalb der Arbeitshierarchien, dem Auftreten der Westdeutschen im Ostdeutschland auch der Wirklichkeit entsprach. Um diese Minderwertigkeitsgefühle auszugleichen, entstand das Bedürfnis nach Überlegenheit über eine andere Gruppe, zu der einige Bürger die Asylbewerber wählten.

3.3. Ausländer als Sündenbock

Obwohl wahrscheinlich nur wenige Ostdeutsche darauf beharren würden, dass ihr Leben ohne die Wende glücklicher verlaufen wäre, prägte das Gefühl, in seinen Erwartungen betrogen worden zu sein, das Weltbild vieler Menschen in den neuen Bundesländern. Viele

fühlten sich von der Politik verraten und durch die Marktwirtschaft ins soziale Abseits gedrängt.

Gleichwohl war jedoch ein Bewusstsein vorhanden, diesen Zustand durch die Wahlentscheidung 1990 selbst mit herbeigeführt zu haben. Bei der ersten freien und demokratischen Wahl 1990 entschied sich eine große Mehrheit gegen die Politik der langsamen Annäherung, wie es die Bürgerrechtsbewegungen Bündnis90 und Neues Forum vertraten und stimmte stattdessen für die CDU, die mit dem schnellstmöglichen Beitritt der DDR ins Bundesgebiet und der Angleichung der Wirtschaft warb.

Da es jedoch auf Dauer destabilisierend für das eigene Selbstbild ist, sich selbst bzw. der Regierung, die man gewählt hat, die Schuld an der Misere zu geben, übertragen viele Bürger ihren Zorn auf Sündenböcke. Die rechtsradikalen Parteien machten mit den so genannten „Asylbetrügern“, die nach Deutschland kommen, um das Sozialsystem auszubeuten und Arbeitsplätze wegzunehmen, ein Sündenbockangebot, dass viele enttäuschte Bürger bereitwillig annahmen. Unterstützt wurde dies auch vermehrt durch Äußerungen der etablierten Parteien, SPD, CDU, CSU, FDP u.a., die fremdenfeindliche Tendenzen mehr oder weniger subtil in ihre eigenen Programme einfließen ließen, um die Wähler, die sonst an den rechten Rand abzuwandern drohen, zu halten. Durch dieses politische Kalkül etablierte sich Fremdenfeindlichkeit auch in der Mitte der Gesellschaft.

3.4. Eine Gesellschaft in Transformation

Neben der ökonomischen Krise, der sozialen Ungleichheit, den enttäuschten Erwartungen der Wende, ist ein allumfassender Transformationsprozess in Verwaltung, Bildung, Justiz und Politik ein weiteres entscheidendes Merkmal der Nachwendezeit.

3.4.1. UMSTELLUNG IN POLITIK UND VERWALTUNG

Überall in den neuen Bundesländern, so auch in Rostock, wurde in den ersten fünf Jahren nach der Wende die gesamte kommunale Verwaltung und Politik von der zentralistischen Struktur der DDR auf das föderalistische, bundesdeutsche Verwaltungssystem umgestellt. Ein Hauptproblem dabei war, dass sich der Übergang vom alten auf das neue System nicht langsam und schrittweise vollzog, sondern die täglichen bürokratischen Arbeiten im Wandlungsprozess erledigt werden mussten. Erschwerend kam hinzu, dass es so gut wie keine qualifizierten Beamten gab. Die neue Arbeitsweise musste von einem Tag auf den anderen erlernt werden. Der ehemalige Rostocker Bürgerschaftspräsident Christoph Kleemann beschreibt die Übergangsphase folgendermaßen: „*Wir mussten den Motor bei*

laufenden Betrieb wechseln.“ Dass es dabei zu Störungen im Ablauf und Überforderungen kam, ist nicht verwunderlich.

Neben der Umstellung des Verwaltungssystems waren die Kommunen auch gezwungen, einen bedeutend sparsameren Haushalt zu führen und insbesondere den Verwaltungsapparat zu verkleinern. So musste die Rostocker Stadtverwaltung von 9000 auf 2000 Mitarbeitern verkleinert werden. Die daraus resultierende Verunsicherung der Angestellten wurde zudem durch die Überprüfung aller städtischen Mitarbeiter und Kommunalpolitiker auf eventuelle Mitarbeit bei der Staatssicherheit noch verstärkt. Im Falle der Verwaltungsangestellten musste jeder schriftlich eine eidesstattliche Erklärung darüber abgeben, in der Vergangenheit kein Mitarbeiter der Stasi gewesen zu sein. Wenn daraufhin aus der Prüfung der Akten durch die Unterlagenbehörde BsTU ein eindeutiger Beweis für eine Tätigkeit hervorging, hatte dies die sofortige Kündigung zur Folge.

Ebenso wie in der Verwaltung musste auch in der Führung und im Ablauf der Kommunalpolitik alles neu erlernt und vielfach improvisiert werden. Da die meisten Politiker, die nach 1989 in die Bürgerschaft eingezogen, aus den Bürgerrechtsbewegungen kamen, brachten sie oft keinerlei politische und administrative Erfahrung mit. Dieser Mangel an Kenntnissen wurde in den ersten Jahren jedoch, wie sich in den Gesprächen mit ehemaligen Politikern zeigte, durch einen großen Enthusiasmus und den Wunsch nach Neugestaltung, der Suche nach einer neuen politischen Kultur ausgeglichen.

Das politische Spektrum in der Rostocker Bürgerschaft zeichnete sich durch eine große Heterogenität aus. Noch 1992 waren in der Bürgerschaft 13 politische Gruppen vertreten, darunter auch Parteien wie die Biertrinkerunion. Man versuchte der Vielzahl der unterschiedlichen Parteien durch die Weiterführung des Prinzips des "Runden Tisches" in der Bürgerschaft Rechnung zu tragen. Die politische Arbeit der ersten Jahre wurde von Christoph Kleemann als eine *„Kommunalpolitik im wahrsten Sinne des Wortes“* beschrieben. Es gab demnach wenig parteitaktisches Kalkül und dagegen bei vielen Abgeordneten großen Idealismus. Die Themen wurden sachorientiert und entscheidungsoffen diskutiert. *„Es gab keine SPD oder CDU Warnowbrücke, es gab nur eine Warnowbrücke“*, schildert Kleemann im Interview. Gesetze und Verordnungen wurden nicht, wie im bundesdeutschen Parlamentsalltag üblich, in den Fachausschüssen schon fertig beschlossen, um dann in der Sitzung lediglich noch präsentiert zu werden. Beschlüsse und Gesetze entstanden in den laufenden Sitzungen. So kam es vor, dass in einer Sitzung der Rostocker Bürgerschaft zum

Jahreshaushalt kurzerhand noch 150.000 DM das Ressort wechselten. „*Da durfte noch verhandelt werden*“, so Kleemann. Diese Arbeitsweise war jedoch fehleranfällig, schwer kalkulierbar und oft sehr zäh und langwierig. Die Sitzungen, deren Teilnehmer ehrenamtlich arbeiteten, dauerten zuweilen bis 2-3 Uhr morgens.

Aufgrund der beschriebenen Belastungen traten bei vielen Politikern nach den ersten Jahren zunehmend Erschöpfung und Ernüchterung ein. Es setzte sich mehr und mehr die Ansicht durch, dass sich nicht alles auf improvisierte Weise und durch Verhandlung entscheiden lässt. Gleichzeitig wurde man sich bewusst, wie eingeschränkt die Gestaltungsmöglichkeiten in der Politik sind und wie wenig sich politische Utopien im Alltag umsetzen lassen. Kleemann schilderte die Resignation folgendermaßen: „*Es machte keinen richtigen Spaß mehr.*“ Das führte schließlich dazu, dass ab 1992 verstärkt Parteipolitik betrieben wurde.

Eine Überprüfung auf Mitarbeit in der Staatssicherheit fand ähnlich wie bei den Angestellten der Verwaltung auch für die Abgeordneten der Rostocker Bürgerschaft statt. Da es sich jedoch in diesem Fall nicht um ein Angestelltenverhältnis handelte, sondern die Abgeordneten ehrenamtlich tätig waren und keine eidesstattliche Erklärung abgeben mussten, besaß die Bürgerschaft im Falle einer erwiesenen Stasimitarbeit kaum Sanktionsmöglichkeiten. Den betreffenden Abgeordneten wurde nahe gelegt, ihr Mandat niederzulegen. Kamen sie dieser Empfehlung nicht nach, wurde die Fraktion und, im Falle von betroffenen Senatoren, die Bürgerschaft informiert. Wenn die Betroffenen sich dem Druck der Bürgerschaft nicht beugten, konnten sie jedoch nicht aus der Bürgerschaft ausgeschlossen werden. Dies führte dazu, dass ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit in der Bürgerschaft blieben, wenn auch weitestgehend isoliert von den Fraktionen.

Viele Gesprächspartner beschreiben die damaligen Staatssicherheitsüberprüfungen als hart und kompromisslos. Man wollte einen harten Schnitt mit der Vergangenheit. Ein Interesse daran, die Fälle zu differenzieren, Verständnis für die Tätigkeit aufzubringen und die Reintegration ehemaliger Mitarbeiter zu fördern, gab es aus ihrer Sicht nicht. Angesichts der Tatsache, dass Rostock die Stadt mit der größten Zentrale der Staatssicherheit in der DDR war, ist ein entscheidender Teil der Rostocker Bevölkerung durch die Entlassungen infolge der Überprüfungen betroffen. Durch die Untersuchung fühlten sich alle Mitarbeiter und Abgeordneten verunsichert, auch die Mitglieder der Überprüfungskommission selbst. Niemand konnte sich zweifelsfrei sicher sein, nicht irgendwann in seiner Laufbahn

möglicherweise auch ungewollt bei der Stasi als Informant aktenkundig geworden zu sein.

3.4.2. UMSTELLUNGEN IM POLIZEIAPPARAT

Ebenso umfassend wie in der Verwaltung und Politik wirkte sich der Umwandlungsprozess auch auf den Polizeiapparat aus. Bereits kurz nach der Wiedervereinigung wurde in einer ersten großen Entlassungswelle allen Beamten über 50 Jahre die Kündigung nahe gelegt. Diejenigen Polizisten, die sich per Klage gegen die Kündigung durchsetzen konnten, wurden daraufhin zusammen mit allen anderen noch im Dienst befindlichen Kollegen auf ihre Mitarbeit in der Staatssicherheit überprüft. Auch in diesem Fall musste im Vorfeld eine entsprechende eidesstattliche Erklärung abgegeben werden.

Im Vergleich zur Verwaltung war die Unsicherheit unter den Beamten weitaus höher, da ein Kontakt zwischen Polizisten und Beamten der Staatssicherheit in der DDR sehr viel wahrscheinlicher war und somit auch eine Zusammenarbeit öfter zustande kam. Die Entlassungen infolge einer belastenden Überprüfung spielten sich nach Angaben der Polizisten oft in wenigen Minuten ab. Es kam vor, dass an einem Tag binnen einer halben Stunde zehn Polizisten von den Vorgesetzten gekündigt wurden. Niemand wusste, wie lange er seinen Arbeitsplatz noch behalten würde. Die existenzielle Unsicherheit über die Arbeitsstelle und ein Klima gegenseitigen Misstrauens bezüglich der Tätigkeit in Staatssicherheit wirkte sich belastend auf das Selbstvertrauen und damit die Ausführung des Dienstes aus.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor war die Tatsache, dass alle Beamten nach DDR Recht und Dienstvorschrift ausgebildet worden waren und das Erlernen der neuen Vorschriften während des laufenden Dienstes geschehen musste. Noch dazu wurde durch die Entlassungswellen auch, wie der damalige Einsatzleiter Jürgen Deckert in einem Gespräch beschreibt, *„Kompetenz und Erfahrung vor die Tür gesetzt.“* Das hatte zur Folge, dass die Polizisten auf viele Situationen nicht vorbereitet waren und dadurch nicht oder unangemessen agierten. So beschreibt der Rostocker Einsatzleiter Jürgen Deckert, dass es wiederholt Probleme mit ostdeutschen Polizisten gegeben habe, die im Dienst unverhältnismäßig schnell und häufig von der Schusswaffe Gebrauch gemacht hätten, weil sie mit den Einsätzen überfordert gewesen seien.

Erwähnenswert im Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen ist dabei eine weitere Folge der Verunsicherung im Polizeiapparat, die Deckert im Gespräch schildert: Bereits im Vorfeld der Krawalle waren seiner Einschätzung nach rechte Gruppen,

insbesondere in den Vororten Groß-Klein, Evershagen und Lichtenhagen, präsent gewesen und Konflikte zwischen Deutschen und Zuwanderern hätten sich schon in ersten verbalen und tätlichen Auseinandersetzungen angekündigt. Obwohl diese Stimmung von den Polizisten vor Ort wahrgenommen worden sei, wären solche Informationen oft nicht in der Dienstkette weitergegeben worden und zwar aus einer Verunsicherung darüber, was man mitteilen könne, ohne zu denunzieren und womöglich als Spitzel zu gelten. Jürgen Deckert bezeichnet dieses Phänomen als eine „Zurückhaltung im Meldeverhalten der Polizisten.“

Ebenfalls als erschwerend erwies sich die Besetzung der polizeilichen Leitungsebene durch Beamte aus Westdeutschland. Wie Jürgen Deckert, der von Bremen nach Rostock kam, wurden vielerorts Beamten aus den alten Bundesländern entsandt, um das Know-how der bundesdeutschen Polizeiarbeit an die ostdeutschen Kollegen weiterzugeben. Problematisch dabei war jedoch, dass ihnen der Bezug zu den Einsatzorten fehlte, was das Verhältnis zu den einheimischen Kollegen erschwerte. Nachdem die ehemaligen Vorgesetzten, die nicht selten auch Freunde waren, durch Fremde ersetzt wurden, überrascht es nicht, wenn viele einheimische Beamte diesen Akt als Bevormundung empfanden und den neuen Leitern gegenüber misstrauisch und ablehnend reagierten.

Ein weiterer schwerwiegender Faktor war der mangelhafte Ausrüstungszustand der Polizei. Uniformen, Gerätschaften und Fahrzeugen waren überwiegend noch aus Beständen der DDR-Volkspolizei. Angesichts der geringen Motorenleistung der alten Streifenwagen waren die Beamten den meisten neueren Wagen an Geschwindigkeit weit unterlegen. Schutzkleidung, Schilde, Handschuhe und effektive Protektoren waren ebenfalls in der Rostocker Polizei kaum vorhanden. Dramatisch machte sich dieser Mangel zu Beginn der Ausschreitungen bemerkbar. Die ersten Polizisten vor Ort waren den Angriffen der Randalierer mit Steinen und Flaschen schutzlos ausgesetzt. Einer der Beamten beschreibt in einem Gespräch, dass er nur in einem kurzen Hemd, dünnen Stoffhosen und Halbschuhen den Angreifern gegenüberstand und erst am zweiten Tag ein einfaches Rundschild zugeteilt bekam. Viele Verletzungen der Polizisten waren Folge der schlechten Ausrüstung und verdeutlichen die Unterlegenheit der Beamten in den ersten zwei Nächten der Krawalle.

3.5. Wendejugend

Von allen Teilen der Gesellschaft waren Jugendliche ökonomisch von den Auswirkungen der Wende mit am stärksten betroffen, zumal sie, anders als in den alten Bundesländern, im Osten einen enorm hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachte. Allein in Rostock-Lichtenhagen waren über die Hälfte der etwa 22.000 Einwohner Jugendliche. Lag die Arbeitslosigkeit bei den Älteren bereits schon bei alarmierenden 19 Prozent, hatten bis zu 50 Prozent der unter 25-Jährigen in Lichtenhagen keine Arbeit. Stärker noch als ihre Eltern spürten die Jugendlichen das Macht-, Werte- und Sinnvakuum der Übergangszeit. Sie erlebten diese Zeit häufig als eine Mischung aus Abenteuer, Anarchie und gleichzeitiger Entfremdung.

Das sozialistische Wertesystem war mit dem Zusammenbrechen der DDR für ungültig erklärt worden. In den Schulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen herrschte in den ersten Jahre eine große Ratlosigkeit darüber, welches Wissen und welche Werte nun vermittelt werden sollten. Das Lehrmaterial musste komplett umgestellt werden. Viele Fächer wie Staatsbürgerkunde, Heimatkunde und Einführung in die sozialistische Produktion wurden abgeschafft, doch für die neuen Fächer standen noch keine Lehrer zu Verfügung. In vielen Bereichen z.B. der Informatik, waren Schüler und Studenten schneller in der Aufnahme neuen Wissens und stellten damit die Autorität der Lehrenden in Frage. Darüber hinaus verließen viele Lehrende den Lehrbetrieb aufgrund politischer Belastungen bzw. der Mitarbeit bei der Staatssicherheit. Dies führte dazu, dass oftmals kein Unterricht stattfinden konnte oder die Unterrichtsstunden nicht mehr adäquat gestaltet werden konnten. Mancherorts war das Zeigen amerikanischer Filme ein hilfloser Versuch, den Schülern die neue Gesellschaft näher zu bringen. Insgesamt bestand besonders unter den älteren Jugendlichen, die bei der Wende kurz vor dem Schulabschluss standen, eine große Perspektiv- und Ratlosigkeit über den weiteren persönlichen Werdegang. Ein Gymnasiallehrer aus Lichtenhagen berichtete dazu: *„als er kürzlich mal in den Abiturklassen gefragt hat, wer denn eigentlich studieren wolle, hätten sich pro Klasse im Schnitt nur zwei oder drei Schüler gemeldet. Der Rest weiß auch nicht so genau, wie es weitergehen soll.“*^{ix}

Ein Gefühl der Entfremdung prägte auch die Stimmung in den Elternhäusern und das Verhältnis zwischen den Generationen. Viele Eltern brauchten länger als ihre Kinder, um sich in der neuen Gesellschaft zurecht zu finden. Einige hingen zudem sehr am alten System, betrauert den Verlust der DDR und hatten dadurch wenig Antrieb, einen Schritt in die neue Zeit zu machen und diese neue Welt ihrer Kinder wahrzunehmen und zu verstehen. Andere Eltern wiederum waren so sehr damit beschäftigt, in der Marktwirtschaft Fuß zu fassen, eine

Umschulung zu machen oder eine neue Arbeit zu finden, dass sie schlichtweg keine Zeit mehr fanden, sich mit ihren Kindern auseinanderzusetzen. Viele der Eltern, die schon sehr früh nach der Wende ihre Arbeit verloren und sich nun in einer ungewohnten Situation wiederfanden und sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlten, verfielen nicht selten in depressionsähnliche Zustände, Alkoholismus und Selbstaufgabe, wobei das Interesse für die Kinder zurücktrat.

Die sozialen Organisationsstrukturen des Sozialismus wurden mit der Wende aufgelöst bzw. bedeutungslos. Dies betraf nicht nur staatliche Organisationen wie FDJ oder die Pioniere, sondern auch Sportvereine, Volkssolidaritätsgruppen bis hin zu Hausgemeinschaften. In vielen Interviews wurde der Verlust des sozialen Zusammenhalts bzw. einer „Notgemeinschaft“, unabhängig, ob dieser nun als staatlicher Zwang empfunden wurden oder nicht, am stärksten beklagt. Ein Jugendlicher zog in diesem Zusammenhang ein düsteres Fazit der Wende: *„Die viel gepriesene Freiheit bedeutet nichts weiter, als daß du total allein bist.“*^x

Insbesondere diejenigen, die durch den Verlust ihrer Ausbildung, ihrer Arbeit oder den Schulabbruch in vielfacher Hinsicht auf sich gestellt waren, entwickelten ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft. Da es von staatlicher und kommunaler Seite her kaum Angebote für Jugendliche gab und ein Großteil der wenigen Jugendeinrichtungen aus der DDR nach und nach geschlossen wurden, machten viele Jungen und Mädchen nun gezwungenermaßen selbst ihr eigenes Freizeitprogramm. Durch die religionskritische Erziehung in der DDR hatten die Jugendlichen auch nur einen geringen Bezug zu kirchlichen Alternativen. Als Folge davon, so schreibt Hans Jörg Heims in einem Bericht für die Berliner Morgenpost, *„geben die Cliques den Ton an. Nur wer einer solchen angehört, findet Anschluss im Viertel. Ohne die Clique wär nichts los“, sagt Thomas. Was sie denn so losmachen?“ Einfach rumziehen*^{xi}

In den Jahren 1991 und 1992 registrierte die Polizei auch in Rostock–Lichtenhagen zunehmend eine *„Tendenz zur Bandenbildung“*^{xii} bei den Jugendlichen. Neben dem Anstieg von kleinkriminellen Delikten und Gewalt verzeichnet die Statistik zu Beginn der neunziger Jahre auch eine erhöhte Rate an Selbstmordversuchen unter Jugendlichen.^{xiii}

Als Alternative zum Rumhängen gehörten rechte Organisationen zu den wenigen Anlaufpunkten für junge Männer und Frauen mit einem Angebot sozialen Zusammenhalts. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass innerhalb rechter Gruppen in Ostdeutschland nicht selten auch eine Rückbesinnung auf DDR-Kultur und Symbolik gepflegt

wurde.

4. DER STADTTEIL LICHTENHAGEN

Der Rostocker Stadtteil Lichtenhagen wurde im Zuge der Ausschreitungen von der Presse und der Politik als beispielhaftes Modell für „*typische Probleme in den neuen Bundesländern*“^{xxiv} beschrieben. Obgleich man keineswegs von den Lebensumständen in Lichtenhagen auf alle anderen Regionen der DDR schließen kann, so entsprach die Geschichte des Stadtteils nach der Wende dennoch in vielen Aspekten den Entwicklungen, wie sie sich auch in vergleichbaren Wohngebieten wie Berlin-Hohenschönhausen, Jena-Paradies, Hoyerswerda oder Halle-Neustadt vollzogen. Ebenso wie diese Stadtteile wurde auch Rostock Lichtenhagen in den siebziger Jahren im Rahmen des Neubauprogramms mit dem Ziel errichtet, den Werktätigen, in diesem Fall des Rostocker Hafens und der Warnow-Werft einen bis dahin unerreichten Wohnkomfort zu ermöglichen. In einer Wohnung in Lichtenhagen zu leben, bedeutete Fernwärme, Telefonanschluss, gute Sanitäre Anlagen und neue Bausubstanz; alles Eigenschaften, welche die zumeist maroden Altbauten nicht bieten konnten. Wie überall in der DDR und den anderen Ostblockstaaten galt das Leben in den Neubaugebieten als die Zukunft des Sozialismus und war sehr begehrt, was sich auch in dem sozialen Querschnitt der dortigen Bewohner widerspiegelte. Neben Arbeitern und Handwerkern gehörten auch Professoren, Ingenieure und Funktionäre aus dem Staatsapparat, der Polizei, der Armee und der Staatssicherheit zu den Einwohnern von Lichtenhagen. 1974 zogen ca. 20.000 Menschen in diesen neuen Stadtteil Rostocks und bildeten in ihrer sozialen Vielfältigkeit einen Querschnitt der urbanen DDR-Gesellschaft.

Die Anwohner beschrieben das Leben zu DDR-Zeiten in Lichtenhagen selbst als „*großzügig*“ und „*sauber*“, als „*schönsten Stadtteil Rostocks*“^{xxv}. Das Viertel war auf Familien ausgerichtet. Schulen, Kindergärten, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten waren über kurze Weg zu erreichen. Ein Aspekt, den die Planer von Lichtenhagen ebenso wie in anderen Trabantenstädten nicht in ihre Konzeption einbezogen hatten war die junge Bevölkerungsstruktur der Lichtenhagener. Auch 1992 waren gut die Hälfte aller dortigen Bewohner Jugendliche. Für sie gab es neben den diversen Sportvereinen, dem Ostseestrand und einem Jugendklub nichts außer tödlicher Langweile oder, um es mit den Worten eines Jugendlichen zu sagen, „*Hier ist überhaupt nichts los, totale Einöde. (...) alles ist gleich und gleich trostlos*“^{xxvi}

Was für die kleinbürgerlichen Bedürfnisse vieler Anwohner ein Paradies ist, wird für die Jugend zum unerträglichen Ghetto der Langweile.

Eine erste Abwechslung brachte 1977 die Einrichtung eines Wohnheims für Gastarbeiter im sogenannten „Sonnenblumenhaus“ in der Mecklenburger Allee 18 und 19. Mit einer Mischung aus Misstrauen und Neugier wurde der Einzug der Arbeiter aus Angola, Kuba und Vietnam von den Einwohnern beobachtet. Auch in Lichtenhagen hatten die Anwohner bisher kaum Kontakt zu den ausländischen Gastarbeitern und deshalb weder positive noch negative Erlebnisse mit Ausländern. Ein engerer und regelmäßiger Kontakt zwischen Rostockern und Gastarbeitern fand lediglich in den Betrieben und der Hochschule statt. Die meisten Gastarbeiter arbeiteten in der Warnow-Werft, im Rostocker Hafen oder im Textilwerk. Romantische Beziehungen zwischen Vietnamesen, Angolanern, Kubaner und zumeist deutschen Frauen blieben Einzelfälle. Darüber hinaus kam es nur zu wenigen, häufig staatlich verordneten Begegnungen zum kulturellen Austausch außerhalb der Arbeit.

Mit der Wende veränderte sich der Charakter des Stadtteils Lichtenhagen gravierend. Durch Massenentlassungen in den genannten Betrieben Warnow-Werft, dem Hafen und dem Textilwerk, stieg die Arbeitslosenquote innerhalb der ersten zwei Jahre von einer Vollbeschäftigung auf 19 Prozent, bei den Jugendlichen sogar auf 50 Prozent. Darüber hinaus verschwanden auch die ohnehin wenigen Freizeitangebote im Viertel, viele Geschäfte mussten schließen und nur vereinzelt versuchte die Stadt mit geringem Erfolg, neue Geschäfte anzusiedeln. Für die Jugendlichen gibt es nach der Schließung des einzigen Jugendklubs, der einzigen Diskothek und des einzigen Kinos nur noch die in „alten *Bauwagen untergebrachte Videotheken mit einem umfangreichen Angebot an Horror- und Gewaltvideos und Fitnesscenter mit Solarien*“^{xvii}. Wenn schon vor der Wende Trostlosigkeit herrschte, war nun der Tiefpunkt erreicht, nicht mehr nur für die Jugendlichen, sondern auch für deren arbeitslose Eltern. Ein Junge beschrieb in einem Interview die Situation: „*Mein Alter ist arbeitslos, der hängt den ganzen Tag in der Bude Rum. Mutti guckt Glücksrad. Wir machen jetzt selber das Programm hier.*“^{xviii}

Dieses „*eigene Programm*“ bestand darin, dass sich die Jugendlichen in den Vierteln zu Cliquen zusammenschlossen, in Kleingartensiedlungen einbrachen, Autos knackten oder einfach nur herum hingen, rauchten und tranken. Dem römischen Kaiser und Philosophen Marc Aurel wird das Zitat zugeschrieben, „*auf die Dauer der Zeit nimmt die Seele die Farbe der Gedanken an*“. So ist es nicht vollkommen verwunderlich, dass in den ersten Jahren bis 1992 eine Haltung unter den Jungen und Mädchen aber auch unter ihren Eltern entstand, die von Zynismus, Perspektivlosigkeit und Nihilismus geprägt war. Das Urteil des mecklenburgischen

Landessuperintendenten Joachim Wiebering lautete dazu: *„Wir stoßen hier bei den Jugendlichen auf ganz viel Zynismus. Barmherzigkeit haben die vorher nicht gekannt und kennen die auch jetzt nicht.“*^{xxix}

Eine der Möglichkeiten in diesem Klima zu bestehen, war Härte zu zeigen, sich abzuschotten, nach innen und außen. *„Mit Mitleid ist nichts“* sagt ein 17jähriger *„dafür stehen wir zu sehr unter Druck.“*^{xxx}

Dieser Druck wuchs, als das Innenministerium von Mecklenburg Vorpommern Ende 1990 beschließt, trotz mehrfach geäußerter Bedenken seitens des Rostocker Innensenators Peter Magdanz und des Ausländerbeauftragten der Stadt Rostock Wolfgang Richter, die Zentrale Annahmestelle für Asylsuchende (ZAst) mitten in das zu diesem Zeitpunkt bereits als *„höchst problematischer Standort“*^{xxxi} bekannte Lichtenhagen zu versetzen. In den Aufgang 19 in der Mecklenburger Allee zogen nun Flüchtlinge aus Osteuropa, überwiegend Roma und Sinti aus Rumänien und Flüchtlinge aus dem Kosovo und Bosnien-Herzegowina, ein. Ihre bloße Anwesenheit sorgte umgehend für Ärger und Aufruhr bei den Bewohnern. Sie fühlten sich erneut als Opfer einer Politik, die sie mit ihren Problemen im Viertel allein lässt. Die Einrichtung der ZAst wurde als Zeichen der völligen Gleichgültigkeit und Ignoranz der Landespolitik gegenüber den Bewohnern von Lichtenhagen gedeutet. Da die Politiker jedoch nicht direkt für die Lichtenhagener greifbar waren, wurden stattdessen die Flüchtlinge zur Zielscheibe der Aggression. Regelmäßig gingen Beschwerden über die Asylsuchenden bei der Stadt Rostock ein und immer wieder kam es zu kleineren Zwischenfällen und Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Asylsuchenden.

4.1. Die ZAst

Die Aufgabe der ZAst bestand als Außenstelle der „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtling“ darin, Asylsuchende zu registrieren und sie dann an andere Einrichtungen zu verweisen. Zur vorübergehenden Unterbringungen existierte in Rostock Wohnraum für ca. 150 Menschen. Schon bald jedoch stieg die Anzahl der ankommenden Asylsuchenden dramatisch an und überstieg die Kapazitäten der Einrichtung. Entsprechende Hilfesuche wurden vom Landes-Innenministerium überhört bzw. auf die Zuständigkeit des Rostocker Innensenators verwiesen. Tatsächlich fiel die ZAst sowohl in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Rostock wie auch in den des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Über die Frage der Zuständigkeit für die ZAst herrschte aufgrund unterschiedlicher Auslegungen der Rechtslage Uneinigkeit zwischen CDU-FDP geführter

Landesregierung und des SPD regierten Rostocks.

Laut § 1 der sogenannten Asylverfahrensgesetz-Durchführungsverordnung (AsylVfG-DVO) wurde eine aufgeteilte Verantwortung für die Asylbewerber zwischen Land und Kommunen festgeschrieben. Dieser Verteilung nach gab es, theoretisch, zwei unterschiedliche Behörden: Die Zentrale Aufnahme Behörde (ZAB) und die Zentrale Aufnahmestelle (ZAst). Während die ZAst dem Land unterstand, war der Oberbürgermeister der Stadt Rostock für die ZAB verantwortlich.

In der Praxis sah es jedoch so aus, das es weder eine örtliche noch arbeitsteilige Trennung der beiden Behörden gab, die sich im Sonnenblumenhaus befanden. Da der Stadt Rostock kein Personal für die ZAB zur Verfügung stand, sprang das Land in Form des Innenministeriums ein, welches alle Mitarbeiter unter seiner Führung und auf seiner Gehaltsliste laufen ließ. Somit übernahm die Landesbehörde von Beginn an alle Aufgaben der ZAB mit. Diese defakto „Amtsübernahme“ war jedoch gesetzlich rechtmäßig, da hier eine Regionalbehörde nicht arbeitsfähig war und auf Amtshilfe der übergeordneten Landesbehörde zurückgreifen musste. Die Tatsache, dass die Amtshilfe im Falle der ZAst jedoch nie offiziell veranlasst bzw. dokumentiert wurde, führte zum oben beschriebenen Zuständigkeitsstreit.

Die Stadt argumentierte, dass das Land die Geschäfte der Behörde defakto in vollen Umfang übernommen hätte und damit die Gesamtverantwortung trüge. Die Stadtverwaltung besaß tatsächlich keine Rechte und Einflussmöglichkeiten auf die Abläufe in der Behörde, da ja alle Mitarbeiter von Beginn an dem Ministerium unterstanden. Darüber hinaus gab es keine offizielle Aufforderung durch das Land bzw. das Landesministerium an die Stadt, ihren Teil der Behörde zu übernehmen. Es wurde allerdings wiederholt nach Personal und Mitteln gefragt, die von der Stadt weitestgehend verweigert wurden.

Das Land seinerseits argumentierte, dass es nie eine offizielle Übernahme gegeben hätte, dass also die Stadt Rostock dem Gesetz nach durchaus noch zuständig wäre. Zudem hätte die Stadt trotz der nicht erfolgten Bereitstellung der ZAB Behörde weiterhin von der damit verbundenen Entlastung in der Anzahl der aufzunehmenden Asylsuchenden profitiert.

Sowohl die Stadt Rostock als auch Land Schwerin machten sich die Unschärfe in ihrer Verwaltungsverordnung zu Nutze, um die Verantwortung für die ZAST von sich zu weisen und unternahmen nichts, um die immer gravierender werdenden Probleme in der Einrichtung zu beheben. Dies führte bereits im Sommer 1991 dazu, dass ein Vertreter der Vereinten Nationen zu der Auffassung kam, dass die Zustände in der ZAST „nicht haltbar“^{xxii} seien.

Der damalige Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Georg Diederich, beschloss im Januar 1992, die ZAst zu verlegen. Sein Nachfolger, Lothar Kupfer, nahm die Verlegung jedoch zurück. Ab dem April 1992 spitzte sich die Lage vor der ZAst mehr und mehr zu. Da das Heim hoffnungslos überfüllt war und die hygienischen Zustände unhaltbar wurden, schlossen die Wachschutzbeamten zeitweise das Gebäude ab. Die Rostocker Bürgerschaft sah sich, politisch zurecht, nicht in der Verantwortung und blieb bezüglich der Zustände in der ZAst tatenlos. Aus Mangel an anderen Möglichkeiten begannen die Asylsuchenden vor der ZAst auf dem Rasen zu kampieren und mussten dort in Ermangelung an geeigneten Örtlichkeiten auch ihre Notdurft verrichten, zum verständlichen Ärger der Anwohner. In der Bevölkerung Lichtenhagens machten sich antiziganistische Haltungen bemerkbar die zuweilen absurde bis erschreckenden Blüten trieben, wie folgende Aussagen illustrieren:

„Das ist ein Naturvolk, das sich nirgendwo anpasst“^{xxiii}

Eine junge Frau erzählt, sie sei auf dem Weg zum Supermarkt von drei Zigeunerjungen angebettelt worden. „Als ich nichts geben wollte, hielten zwei von ihnen mich an den Armen fest und der dritte hat mich angepinkelt.“^{xxiv}

Bei einem Kontrollgang durch die Wohnungen wurde eine Gruppe von Zigeunern angetroffen, „die über einem Feuer auf dem Küchenfußboden Möwen grillten“ Das Essen, daß ihnen täglich auf Staatskosten gebracht wurde , hätten sie aus dem Fenster geworfen.“ Und manchmal kam, wohl aus Protest, noch eine Plastiktüte voll Urin hinterher.^{xxv}

„Die klauen den ganzen Supermarkt leer“; ereifert sich einer, der mit dem Rücken an den Scheiben der „Spar“ Filiale lehnt: „die pissen sogar in die Regale.“ „Ich hab gesehen, wie sie hier auf der Wiese Katzen gegrillt haben“; geifert ein anderer und guckt beifallheischend seine Bekannten an. Und dann dauert es auch nicht mehr lange, bis in der Menge zu hören ist: „Die vergewaltigen am helllichten Tage unsere Frauen und Kinder.“^{xxvi}

Dieses Gemisch aus Aberglaube und tradierten Vorurteilen manifestierte sich auf groteske Weise in der sogenannten „Besenaktion“, bei der Kleinhändler und Anwohner einen alten Besen in ihr Fenster stellten, weil dies angeblich Roma und Sinti vertreiben würde. Obwohl die geschilderten Äußerungen, die sich auch in den Beschwerdebriefen an den Senat wiederfinden, massiven Anlass zur Sorge hätte geben sollen, blieben Senat und Innenministerium weiterhin untätig. Während Peter Magdanz nach neuen Objekten für die Unterbringung der Asylsuchenden suchte und damit für wenige Tage eine Entlastung der Situation vor der ZAst erreichen konnte, weigerte sich u.a. Bürgermeister Klaus Kilimann, Chemietoiletten vor der ZAst aufzustellen. Als Begründung führte er an, dies hätte „bedeutet,

daß wir einen Zustand legalisieren, den wir nicht haben wollen.^{xxxvii}

Weder das Land Mecklenburg-Vorpommern noch die Stadt Rostock wollte die Verantwortung für die Asylsuchenden übernehmen. Beide Seiten reizten deshalb die Situation immer weiter aus, um die andere zum Handeln zu drängen. Bei den Anwohnern setzte sich die Haltung durch, dass von der Politik keine Hilfe zu erwarten wäre und man die Sache nun selbst in die Hand nehmen müsse.

Das eindringliche Insistieren des Ausländerbeauftragten der Stadt Rostock, Wolfgang Richter sowie anderer Politiker, dass die Situation in Lichtenhagen zu eskalieren drohe, führte schließlich zum Beschluss, die ZAst zum 1. September 1992 an einen neuen Standort zu verlegen. Bemerkenswerterweise war dieser Beschluss sowie das geplante Umzugsdatum auch den Bewohnern von Lichtenhagen seit dem Juni 1992 bekannt. Es ist deshalb verwunderlich, dass die Krawalle eine Woche vor der geplanten Schließung dennoch ausgebrochen sind. Manche vermuten, rechtsradikale Gruppen hätten die Krawalle bewusst provoziert. Doch sicherlich spielte vielmehr die Frustration der Anwohner eine Rolle, die sich selbst nach dem Beschluss zur Verlegung der ZAst nach wie vor von den Politikern im Stich gelassen fühlten. Denn nachdem diese sich scheinbar um das Problem gekümmert und einen Lösungstermin in Aussicht gestellt hatten, unternahmen sie nichts, um die Zustände für die Zwischenzeit zu verbessern, sondern widmeten sich den anderen Problemen der Stadt, wie dem neuen Schuljahr, dem Abbau von Personal in der Verwaltung, der Bewerbung als Austragungsort für die Olympiaregatta 2000 oder dem umstrittene Nacktbadeverbot in Warnemünde. Alle diese Themen erschienen im Vergleich zu einem Problembezirk wie Lichtenhagen interessanter, aussichtsreicher und öffentlichkeitswirksamer um sich politisch zu profilieren. Doch diese Haltung der Politik, den Dingen in Lichtenhagen zwischenzeitlich seinen Lauf zu lassen, erzürnte die Bewohner und sorgt für Zweifel daran, dass die geplante Verlegung auch wirklich erfolgen würde. Ein Reporter schilderte dazu folgende Unterhaltung: *„Warum denn gerade jetzt dieser Aufruhr, wo doch die Landesregierung längst mitgeteilt hat, daß in der ersten Septemberwoche diese zentrale Aufnahmestelle verlegt wird(...)? Gequältes Lachen ist die Antwort. ‚Das habe ich nicht geglaubt‘ sagt eine Frau. ‚Sie wissen doch, wie die Politiker lügen‘, meint ein Mann“.*

Dieses Misstrauen dürfte dafür gesorgt haben, dass so schnell und so viele dem Aufruf der „Interessengemeinschaft Lichtenhagen“ folgten, der am Mittwoch vor dem Ausschreitungen in der Ostsee Zeitung erschien und ohne Umschweife das Anliegen der Interessensgemeinschaft formulierte: *„In der Nacht vom Samstag zum Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht.“*^{xxxviii}

Wie als letzter Beweis für die Gleichgültigkeit der Politik wurde die Ankündigung von dieser nicht ernst genommen. So ließ das Ordnungsamt lediglich verlautbaren, man kenne keine Bürgerinitiative mit jenem Namen und es wäre keine offizielle Kundgebung für den Samstag angemeldet. Damit war der Fall für die Behörde offenbar erledigt. In der Polizeidirektion hatte die Warnung nur zur Folge, das der Einsatzleiter der Polizei, Jürgen Deckert, am Donnerstag Nachmittag eine entsprechende Notiz hinter den Scheibenwischer des Autos des Bruders seines Stellvertreters klemmte, es könne in Lichtenhagen eventuell Ärger vor der ZAst geben. Danach verabschiedete auch er sich, wie alle anderen Verantwortlichen auch, in das Wochenende.

5. DIE ASYLDEBATTE

Ab 1990 kam es durch den Zusammenbruch der ehemaligen Ostblockstaaten und den Bürgerkrieg in Jugoslawien zu einem stetig anwachsenden Flüchtlings- und Migrantstrom aus Osteuropa in den Westen. Während die meisten europäischen Staaten durch ihre restriktive Asylpolitik nur eine geringe Anzahl von Flüchtlingen aufnahmen, ist in Deutschland ein individuelles Grundrecht auf Asyl im Grundgesetzartikel 16 verankert. Darin heißt es: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Durch dieses sogenannte „Individualrecht“ auf Asyl und durch die direkte Nachbarschaft zu Polen und Tschechien wird Deutschland zum bevorzugten Zielland für die Flüchtlinge.

Mit der ansteigenden Zahl an Asylsuchenden hatten die deutschen Behörden nicht gerechnet. Die schnell in die Hunderttausende gehenden Asylanträge überforderten die Mitarbeiter des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf. Auch die Länder und Kommunen hatten große Probleme, genügend Unterkünfte für die Asylsuchenden bereitzustellen.

Angesichts dieser Zustände brachte die Unionsfraktion im Bundestag einen Gesetzesentwurf ein, der vorsehen sollte, das „Individualrecht“ aus dem Artikel im Grundgesetz zu entfernen und durch ein Regelung zu ersetzen, die mit einer Reihe von Ausschlusskategorien das Asylrecht begrenzen würde. Nach diesem Entwurf würden nur Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden, die aus einem der, vom Bund jedes Jahr neu in einer Liste festgelegten, sogenannten „Verfolgerstaaten“ stammen. Zudem würden alle Flüchtlinge abgelehnt werden, die über ein sicheres Drittland einreisen. Da Deutschland nur von sicheren Drittländern umgeben ist, bedeutet diese Grundgesetzänderung, dass die einzige legale

Einreisemöglichkeit nur via Flugzeug erfolgen kann. An den Transitflughäfen wie Frankfurt am Main sollen dafür besondere Aufnahmebereiche geschaffen werden, an denen die ankommenden Flüchtlinge überprüft und gegebenenfalls gleich wieder zurückgeschickt werden. In seiner Summe kommt die vorgeschlagene Neuregelung de facto einem Aufnahmestopp gleich und hat gleichzeitig die Ausweisung der meisten bereits in Deutschland befindlichen Flüchtlinge zur Folge.

Aufgrund dieses radikalen Veränderungsvorhabens traf der Entwurf der CDU/CSU Fraktion zunächst auf den Widerstand aller anderen Parteien im Bundestag und löste eine innerparteiliche Kontroverse sowohl beim Koalitionspartner FDP als auch bei SPD Opposition aus. Während die FDP bald ihre grundsätzlich Einwilligung unter Vorbehalten signalisierte, sperrten sich die Sozialdemokraten unter ihrem Vorsitzenden Björn Engholm gegen die Änderung. Da eine Grundgesetzänderung der Zustimmung des Bundesrates bedarf und die SPD zu diesem Zeitpunkt dort über eine Mehrheit verfügte, konnte sie die Änderung blockieren. Für die Ablehnung setzten sich vor allem die gemäßigten und linken Flügel innerhalb der SPD ein, wie u.a. Oskar Lafontaine, Hans-Jochen Vogel, Heidemarie Wiczorek-Zeul, aber auch eher als liberal zu bezeichnende Sozialdemokraten, wie Gerhard Schröder, gehörten zu den Gegnern des Entwurfs. Als Begründung für den Widerstand beriefen sie sich u.a. darauf, dass das Individualrecht auf Asyl, wie Hans-Jochen Vogel betont, „*ein Stück westdeutscher sozialdemokratischer Identität*“^{xxix} darstellt. Zudem hätte Deutschland durch seine Geschichte eine historische Verantwortung, Flüchtlinge aufzunehmen.

Statt einer Zustimmung zur Grundgesetzänderung stellte die Opposition die Forderung, umgehend die unbearbeiteten Asylverfahren zu bearbeiten, die sich 1992 bereits auf über 300.000 beliefen, von denen etwa 60.000 Anträge von Kriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien stammten. Um diese Forderung zu ermöglichen und das Asylverfahren effizienter zu machen, wurde nach zähem Ringen ein „Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens“ im Bundestag verabschiedet. Wie in dem Gesetz vorgesehen wurde die Schaffung von 2400 neuen Stellen für das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bewilligt, um die laufenden Verfahren zu bearbeiten. Zudem verständigten sich SPD und Regierungskoalition in dem Gesetz darauf, dass der Bund neue Objekte in den Ländern anmieten würde, um die steigende Anzahl der Asylsuchenden unterbringen zu können und die bereits überforderten Kommunen zu entlasten.

Insbesondere die neuen Bundesländer waren durch die Auflage des Bundesinnenministeriums überfordert, 20 Prozent der Asylsuchenden aufzunehmen. Es fehlte hier, anders als in den alten Bundesländer, sowohl an Infrastruktur, als auch an Kompetenz in den Behörden, um die steigende Anzahl Asylsuchender zu bewältigen. Zudem befanden sich die von den Innenministerien der Länder ausgewählten Objekte zur Unterbringung der Asylsuchenden nicht selten in Plattenbauwohngebieten, wie u.a. Rostock-Lichtenhagen. In vielen dieser Wohngebiete herrschten zu diesem Zeitpunkt bereits erhebliche soziale Spannungen, so dass auch Lothar Kupfer im Nachhinein eingesteht, dass die Einrichtung der „Zentralen Annahmestelle für Asylsuchende“ in Rostock-Lichtenhagen *„keine glückliche Entscheidung.“*^{xxx} war.

Anstatt die Maßnahmen des bereits beschlossenen Gesetzes zu Beschleunigung der Asylantragsverfahren umzusetzen und damit die Kommunen zu entlasten, blieb die Unionsfraktion untätig. Die 2400 Stellen im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wurden nicht besetzt, was zur Folge hatte, dass die laufenden Verfahren unbearbeitet blieben und sich weitere Anträge anhäuften. Die Anmietung der Unterkünfte wurde durch zähe Verhandlungen über die Mietpreise zwischen Innenministerium und den Bundesländern hinausgezögert. Nicht nur die SPD-Opposition, auch der Koalitionspartner FDP äußerte öffentlich seine Unzufriedenheit mit der Verzögerung der beschlossenen Maßnahmen. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) kritisierte in einer Ansprache das *„Chaos“*^{xxxi} in den Behörden, das durch die Untätigkeit der CDU/CSU verursacht worden sei. *„Der Spiegel“* vermutet in diesem Zusammenhang: *„An einen raschen Erfolg der Novelle sind zumindest die Unionschristen nicht interessiert, aus parteipolitischen Kalkül: Das Scheitern, meinen sie, würde nur ihre These bestätigen, eine Grundgesetzänderung sei unausweichlich.“*

Entsprechend waren die Reaktionen der CDU. So wehrte sich Bundesinnenminister Seifers (CDU), nicht eine Person oder Behörde, *„sondern hunderttausende Asylbewerber verursachen eben den Verwaltungskollaps.“*^{xxxi} Die Schuldigen an der Situation seien demnach die Asylsuchenden und die SPD Fraktion, die die Einwanderung nicht aufhalten wolle.

Die nicht umgesetzten Maßnahmen hatten in den Kommunen zunehmend dramatische Konsequenzen. Weil keine neuen Unterkünfte geschaffen wurden, weil sich die hygienischen Zustände in den Heimen durch die Überbelegung in alarmierendem Maße verschlechterten

und weil stetig neue Flüchtlinge die Länder erreichten, konnten viele Einrichtungen den Ansturm nicht mehr bewältigen. So geschah es auch in der Zentralen Annahmestelle für Asylsuchende (ZAst) in Rostock-Lichtenhagen. Ab April 1992 war die Unterkunft so überfüllt, dass nicht mehr alle ankommenden Flüchtlinge untergebracht werden konnten. Als Folge begannen einige von ihnen auf der Wiese vor der Einrichtung im Freien zu kampieren und mussten dort notgedrungen auch ihre Notdurft verrichten. Dasd dieser Zustand nicht nur in Rostock, sondern auch in jeder anderen Stadt, ob in West- oder Ostdeutschland, den Ärger der Anwohner erregt hätte, ist nachvollziehbar. Forderungen nach Abhilfe sowie wütende Beschwerden über die Zustände erreichten täglich die Behörden, allerdings ohne Ergebnis. Vielerorts begannen sich Bürger in der Nachbarschaft von Asylunterkünften daraufhin zu Initiativen, Interessengemeinschaften und Bürgerwehren zusammenschließen. Bald forderten diese Zusammenschlüsse nicht mehr nur Ruhe, Ordnung und Sauberkeit im Viertel, sondern sie klagten das, in ihren Augen, „unzivilisierte“^{xxxiii} Verhalten der Asylsuchenden an, vor allem der Roma. Ein offener Brief der Niedersächsischen Gemeinde Oelixdorf an den Ministerpräsidenten Gerhard Schröder (SPD) verdeutlicht die damalige Stimmung: *„Dazu kommt, daß die Stimmung in der Bevölkerung aufgrund der skandalösen Benehmensweise dieser Asylbewerber auf den Nullpunkt gesunken ist. Nicht nur, daß die Asylbewerber die sanitären Anlagen in einen unmöglichen Zustand versetzen, sondern sie brechen z.B. in den Turnhallen verschlossene Geräteräume und Schränke auf, um die den Verein gehörenden Sportgeräte zu entwenden. „Wir wollen seit jeher das Problem friedlich lösen, doch unsere Toleranz wird mit Füßen getreten.“ Vor einigen Wochen griffen Anwohner des Asylantenheims zur Selbsthilfe. Sie gründeten eine Bürgerwehr und gehen nachts Streifen, mit Hunden, Gastpistolen und Schlagstöcken.“*^{xxxiv}

Ein Telegramm an den Hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel (SPD) aus einer Gemeinde entwarf ein konkretes Bedrohungsszenarium: *„Stoppen Sie bitte sofort weitere Zuweisungen von Asylbewerbern in die Gelnhäuser Kaserne. Anderenfalls droht unsere Kleinstadt zum Schauplatz von Ausschreitungen und Spielball radikaler Kräfte zu werden.“*^{xxxv}

Trotz der sich immer weiter verschlechternden Zustände in den Aufnahmestellen für Asylsuchende beharrte die CDU/CSU auf ihrer Stillhaltetaktik und warf der SPD vor, durch ihre anhaltende Blockade der Grundgesetzänderung die Zustände selbst verursacht zu haben. Zudem mehrten sich in der CDU die Stimmen, die vom sogenannten „Asylmissbrauch“ sprachen. Flüchtlinge hätten sich durch falsche Angaben bei mehreren Sozialämtern mehrfach

Innenminister von Bayern, Edmund Stoiber, die Ausschreitungen mit den Worten „*Man darf nicht auf Dauer treiben lassen, was auf den erbitterten Widerstand der Menschen stößt*“.^{xlii} Nach den Ausschreitungen ging der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Seite (CDU), ohne ein Wort der Anteilnahme für die Leidtragenden so weit, zu behaupten: „*die Ereignisse haben uns Recht gegeben*.“^{xliii} Johannes Gerster (CDU) fügte einige Tage darauf an die SPD gerichtet hinzu: „*Wer jetzt nicht handelt, macht sich mitschuldig an weiteren Exzessen und Gewalttaten*.“^{xliv}

Trotz des massiven politischen Drucks blieb die Debatte in der SPD auch nach den Krawallen offen und auch in den Reihen der FDP gab es darüber keinen Konsens. So machte die Bundesjustizministerin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, den Vorschlag, man könne auch durch kleine Änderungen im bestehenden Gesetz die Einwanderungspraxis ausreichend regulieren, ohne den Artikel 16 GG anzutasten. Daraufhin wurde sie von der Unionsfraktion unter dem Vorwurf des Wortbruches angegriffen. CDU Generalsekretär Peter Hintze kritisierte „*Frau Leutheussers Äußerungen widersprechen eindeutig den mit der FDP getroffenen Absprachen*.“^{xlv}

Am 30. November schließlich einigte sich die SPD unter Björn Engholm auf die Zustimmung zur Änderung des Asylparagrafen. Auch die Gegner der Änderung stimmten dem Antrag zu, was die Reporterin Tissy Bruns zu der Einschätzung führte „*eine rätselhafte Eintracht*“ und eine „*Sehnsucht nach Harmonie*“^{xlvi} prägte die Stimmung unter den Sozialdemokraten. So groß die Eintracht an der Parteispitze schien, so groß war die Enttäuschung innerhalb der Parteibasis. Die Beschlüsse wurden von einer Welle an Parteiaustritten begleitet.

Am 6. Dezember 1992 wurde das Gesetz schließlich im Bundestag verabschiedet und trat ab 1993 in Kraft. Die Folgen des Gesetzes waren die Abschottung Deutschlands gegenüber Asylsuchenden sowie die Ausweisung hunderttausender Flüchtlinge, die zu diesem Zeitpunkt bereits Zuflucht in Deutschland gesucht hatten. Von der Ausweisung waren auch die meisten der rumänischen Flüchtlinge aus der ZAst sowie die Vietnamesen im Sonnenblumenhaus betroffen. Nur durch einen überraschenden Erlass des Schweriner Innenministeriums wurde schließlich den vietnamesischen Gastarbeitern ein Bleiberecht zugesprochen.

6. DIE RECHTE SZENE 1992

In einem Essay in der Berliner Morgenpost zog der damalige stellvertretende SPD-Vorsitzende, Wolfgang Thierse, das „*Mundwerk der Ossis*“^{xlvi}, wenige Tage nach den Ausschreitungen von Lichtenhagen eine Bilanz der deutschen Einheit:

„Entsetzlicherweise ist Deutschland, so gespalten es sonst noch ist, darin wirklich vereint: Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß sind keine spezifisch ostdeutschen Phänomene. Intoleranz, Gewalttätigkeit, Rechtsradikalismus gibt es, - wie man weiß - im schleswig-holsteinischen Bauerndorf wie im beschaulichen badischen Ländle, am benachteiligten Rand unserer Zweidrittelgesellschaft wie in der Villengegend von Berlin-Dahlem“^{xlvi}

Verschiedene Studien aus dieser Zeit forschen ebenfalls nach der Frage, ob die Ostdeutschen fremdenfeindlicher als die Westdeutschen seien. So meldete das ZDF-Politbarometer im Juni 1992, 60 Prozent der Ostdeutschen fänden es „*nicht in Ordnung, daß so viele Ausländer in Deutschland leben, im Mai waren es noch 51 Prozent gewesen. In den alten Bundesländern stieg die Zahl der Ausländerfeinde derweil von 35 auf 40 Prozent.*“^{xlx} Das Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien kam zu dem Ergebnis, dass „*85 Prozent der Ostdeutschen keine Türken mehr ins Land lassen (wollen). 82 Prozent hegen Aversionen gegen Afrikaner oder Asiaten, rund 60 Prozent lehnen Osteuropäer ab.*“¹

Die Bereitschaft hingegen, eine der Parteien rechts von der Union zu wählen, also NPD, DVU oder DIE REPUBLIKANER, war nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infas in den alten Bundesländern indes höher. Für den Zeitraum von März bis August 1992 verzeichnete das Institut allgemein „*einen dramatischen Rechtsruck*“. In den neuen Bundesländern stieg die rechte Wählerzahl von „*acht Prozent im März auf zwölf Prozent im August. In den alten Bundesländern stieg die Zahl danach im gleichen Zeitraum von zwölf auf 19 Prozent.*“ⁱⁱ Jeder fünfte wäre also zu dieser Zeit ein potentieller Wähler rechter Parteien gewesen. Dieser Trend spiegelte sich auch in der Zahl der Mitglieder rechtsradikaler Organisationen, Parteien und rechter Gruppierungen wider. Das Bundesamt für Verfassungsschutz verzeichnete für das Jahr 1992, je nach Quelle, insgesamt zwischen 40.000 bis 60.000 Neonazis in Deutschland, darunter etwa 4600 gewaltbereite Skinheads sowie 76 rechtsradikale Parteien.

Zwischen der rechten Szene in den alten und den neuen Bundesländern konnte man hierbei einige deutliche Unterschiede festhalten. Während die rechte Szene im Westen Deutschlands

straff organisiert auftrat und sich ideologisch klar gegenüber anderen Szenen abgrenzte, galten die Rechtsradikalen im Osten als eher „*organisationsfeindlich*“ⁱⁱⁱ, was in einem allgemeinen Misstrauen gegenüber Kaderstrukturen, wie sie in der DDR vorherrschten, begründet lag. „*Stattdessen*“, so führt Rechtsextremismus-Experte Uhlau in einem Spiegel-Interview aus, „*geht die Tendenz hin zu autonomen Strukturen, zu lockeren Gruppen, wo jeder jeden kennt. Das ist viel gefährlicher.*“ⁱⁱⁱ Im Vergleich zu den Westdeutschen Neonazis agierten die Rechtsextremisten im Osten zudem „*sehr viel brutaler, sehr viel elementarer und mit sehr viel mehr Rückhalt in der Bevölkerung.*“^{iv}.

Anders als in den alten Bundesländern, in denen die rechte Szene auch von einer akademischen, intellektuellen Auseinandersetzung mit rechten Gedankengut geprägt war, z.B. durch prominente Anführer wie Michael Kühnen, Christian Worch und Bela Ewald Althans, spielt die Ideologie in den neuen Bundesländern eine untergeordnete Rolle. Oftmals waren die Haltungen der Rechtsextremisten im Osten diffus und vermischten sich teilweise mit linken Thesen. Neofaschismus war dort vor allem ein Weg, die Ablehnung des Systems zum Ausdruck zu bringen und ein Vehikel, um Aggressionen auszuleben. Deshalb gehörten rechte Skinheads in den neuen Ländern, anders als im Westen, mehrheitlich der Neonazi-Szene an. Trotz der Unterschiede zeigte sich, dass die rechte Szene im Osten mit der im Westen sehr schnell intensiv zusammenarbeitete und sich augenscheinlich gut ergänzte. So wurden die Neonazis im Osten, u.a. auch in Lichtenhagen, von westdeutschen Neonazis mit „*waffenähnlicher Ausrüstung*“, so die Rostocker Kriminalpolizei, unterstützt. Ein Jugendklubleiter in Lichtenhagen berichtete, „*er kenne viele Rechtsradikale, die aus dem Nürnberger Raum, Springerstiefel, Bomberjacken, Baseballschläger, Wurfgeschosse, Gaspistolen und Messer bezögen.*“^{iv}

Neben materieller Unterstützung koordinierten die Neonaziführer aus den alten Bundesländern verstärkt auch Gewaltaktionen der ostdeutschen Rechtsextremisten. Nach Angaben des Verfassungsschutzes und des Chaos Computer Clubs^{vi} machten sich die Organisationen dabei verstärkt das Internet zu Nutze, verabredeten sich über Mailboxen und legten Mitgliederdatenbanken an, um in kürzester Zeit Telefonketten aufbauen zu können. Dies führte unter anderem dazu, dass neben spontanen Gewaltausbrüchen vermehrt gut organisierte Angriffe von bis zu 100 Skinheads auf linke Jugendzentren oder Asylunterkünfte stattfanden. So berichtet Hans-Gert Lange von Bundesamt für Verfassungsschutz: „*Es tauchen zunehmend größere Gruppen auf, die sich offensichtlich abgesprochen haben*“^{lvii}

Auch in Lichtenhagen hatten westdeutsche Neonazis nicht nur an den Krawallen selbst teilgenommen, sondern auch maßgeblich an deren Koordination mitgewirkt. Zu den Koordinatoren gehörte unter anderem Christian Worch, ein prominenter Hamburger Neonazi, der 2012 die Partei „Die Rechte“ gründete. Worch kommandierte, nach mehreren übereinstimmenden Berichten, per Funkgerät aus seinem Auto heraus die rechtsradikalen Randalierer. So schilderte u.a. die taz-Reporterin Bascha Mika: *„Auf der anderen Seite der Bahngleise, einige hundert Meter vom Kampfplatz entfernt, steht ein schwarzer Wagen mit Hamburger Nummer. Neonazistische Zeitungen liegen im Rückfenster, ein breitgebauter Mann sitzt darin. Er hat ein Telefon oder ein Walkie-Talkie in der Hand. „Geht mal rechts herüber“, hört man ihn kommandieren. Der schwarze Wagen gehört dem Hamburger Neonazi Christian Worch. Auch unter den Angreifern, die längst nicht alle jugendlich sind, tragen einige Sprechfunkgeräte.“*^{viii}

Alarmierend war neben der Zunahme an rechten Sympathisanten und Mitglieder in rechtsextremen Gruppen vor allem auch die Intensität und Häufigkeit der Gewalttaten mit rassistischem bzw. faschistischem Hintergrund. Allein in den ersten acht Monaten des Jahres 1992 wurden 970 rechte Straftaten registriert, die zu 700 Verletzten und zehn Todesopfern führten. Die Zahl der Todesopfer entspräche der des *„RAF- Terrors in dessen blutigster Phase: 1977 starben 10 Menschen durch Schüsse der Linksterroristen“* kommentiert dazu der Spiegel.^{lix} Der letzte tödliche Anschlag in dieser aufgeführten Statistik fand am Montag, dem 24.08.1992, wenige Stunden vor den Ausschreitungen in Rostock, in Koblenz statt, als ein Skinhead auf eine Gruppe von Menschen schießt und einen Obdachlosen tödlich trifft. Eine unvollständige Übersicht der Taten mit Todesfolge zeigt die Brutalität der Täter und macht deutlich, wie gering deren Hemmschwelle in Hinsicht auf massive Gewalt und sogar Mord war.

14. März 1992: Rund 40 Rechtsextremisten überfallen ein Asylbewerberheim in Saal bei Rostock und prügeln den Rumänen Dragomir Christinel, 18, zu Tode. Der Trupp will, nach Aussagen Beteiligten, Rache nehmen für einen Deutschen, der am Vortag durch einen Messerstich verletzt worden war.

18. März 1992: In Flensburg geht ein Skinhead auf den Obdachlosen Ingo Findern los und wirft ihn ins Hafengebäcke. Der Mann ertrinkt. Die beiden waren in Streit geraten, nachdem der Täter „Ausländer Raus“ gebrüllt und das Opfer bekannt hatte „Ich bin Zigeuner“.

25. April 1992: In Berlin Marzahn wird der Vietnameser Nguyen Van Tu, 29, auf offener Straße erstochen. Zahlreiche Passanten sehen zu, wie der Maurer Mike Lillge, 21, ein Klappmesser zückt und den Straßenhändler angreift.

9. Mai 1992: Rund 60 Neonazis stürmen mit Baseballschlägern und Eisenstangen ein Lokal in Magdeburg, in dem eine Gruppe Punks Geburtstag feiert. Ein Opfer, Torsten Lamprecht, 23, erleidet einen Schädelbruch und stirbt zwei Tage später. Der Angriff war gut vorbereitet: Die örtliche Polizei war zuvor durch einen vorgetäuschten Notruf vom Tatort weggelockt worden,

1. Juli 1992 Ein Skinhead ersticht in Neuruppin Emil Wendland, 50. Der mutmaßliche Täter, 20, war mit Freunden auf „Pennerfang“.

3. August 1992 Drei Ordner einer Diskothek im thüringischen Stotterheim schlagen einen Polen so brutal zusammen, dass der Mann kurz darauf stirbt. Alle drei kommen aus der Skinhead Szene“

24. August 1992: In Koblenz feuert ein amoklaufender Hilfsarbeiter mit einer Pistole in eine Gruppe junger Leute. Den Obdachlosen Frank Bönisch, 35, trifft der Skinhead tödlich. „Allgemeine Hassgefühle“ haben diesen zu seiner Tat verleitet.^{lx}

Angesichts des massiven Zulaufs, den rechte Organisationen verzeichneten und dem erschreckenden Anstieg der Gewalt spricht der Rechtsextremismusexperte Uhlau in einem Interview mit dem Spiegel von einer sich vollziehenden „68-Bewegung von Rechts.“ Uhlau erläutert: *„Wir erleben derzeit, wie sich die innere Ausrichtung von großen Teilen der Gesellschaft umkehrt. Es gibt eine 68-Bewegung von rechts, allerdings mit anderen Charakter und nicht von Universitäten ausgehend. Die Visionen, die in den vergangenen 20 Jahren unsere Gesellschaft geprägt haben – Integration von Minderheiten, mehr Partizipation, mehr Bürgerrechte, mehr Europa – all das wird von einer rückwärtsgewandten, nach innen gerichteten Bewegung zur Disposition gestellt.^{lxi}*

Der Spiegel fragt weiter: *„Gibt es rechte Gruppen, die sich schon für einen bewaffneten Kampf rüsten?“*

Uhlau: In Mühlheim und Bonn haben Radikale vergangene Woche mit scharfer Munition und Übungsgranaten Asylantenunterkünfte beschossen. Ich muss befürchten, daß diese Waffen auch zielgerichtet gegen Menschen eingesetzt werden.

Spiegel: Da entsteht eine neue RAF, eine Rechte Armee Fraktion?

Uhlau: Wenn sich die Strukturen rechtsaußen weiter verfestigen, müssen wir damit rechnen, daß dies, analog zur 68er Bewegung, in eine terroristische Spielart des Neonazismus mündet – allerdings ohne die festen Strukturen der RAF, Ansätze dazu sind bereit zu sehen.^{lxii}

Diese bereits damals geäußerte Vermutung sollte sich wenige Jahre später in Form der NSU

als traurige Realität herausstellen. Tatsächlich waren es Ereignisse wie die in Hoyerswerda, Lichtenhagen, Mölln und Solingen, die unter anderem die Mitglieder der späteren sogenannten „Zwickauer Zelle“ zu ihren Taten motivierten.

7. CHRONIK DER AUSSCHREITUNGEN

Die folgende Chronik beruht auf den Aussagen im Untersuchungsausschuss sowie auf Berichten in der Presse und Interviews mit Zeitzeugen. Da die Angaben bezüglich der Zeitabläufe sowie der Anzahl der Täter, Zuschauer und Polizisten bisweilen sehr stark auseinander gehen und die Menge der belegbaren Tatsachen eher gering ausfällt, ist eine eindeutige Rekonstruktion der Ereignisse nicht möglich. Der vorgestellte Ablauf ist deshalb als eine Annäherung an die wirklichen Geschehnisse zu verstehen.

7.1. Mittwoch, 19. August 1992

Die in Rostock erscheinende Tageszeitung „Neuste Norddeutsche Nachrichten“ berichtet von einem Aufruf der „Interessengemeinschaft Lichtenhagen“. Ein Anrufer wird wie folgt zitiert: *„In der Nacht vom Samstag zum Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht.“*^{lxiii}

7.2. Donnerstag 20. August 1992

In einer Beratung diskutieren Innensenator Madganz, der Einsatzleiter der Polizei Jürgen Deckert und der für die ZAst zuständige Abteilungsleiter im Schweriner Innenministerium die Lage. Eine Evakuierung wird erwogen, aber nicht durchgeführt. Am Donnerstagnachmittag verlässt Deckert die Einsatzzentrale, um sich ins Wochenende nach Bremen zu verabschieden. Dem Bruder seines Stellvertreters, Siegfried Trottnow, klemmt er noch eine Notiz unter den Scheibenwischer, ein Auge auf Rostock-Lichtenhagen und die ZAst zu haben.

7.3. Freitag, 21. August 1992

In der ebenfalls in Rostock erscheinenden „Ostseezeitung“ wird ein Artikel veröffentlicht, in dem Jugendliche ankündigen, *„daß die rumänischen Roma aufgeklatscht werden und die Leute, die hier wohnen, werden aus den Fenstern schauen und Beifall klatschen.“*^{lxiv}

Der Rostocker Innensenator Peter Magdanz (SPD) meldet die Drohungen an das Ordnungsamt der Stadt, welches seinerseits lediglich verlautbaren lässt, eine *„Interessengemeinschaft Lichtenhagen, sei nicht bekannt“* und *„Außerdem sei niemand gekommen, um eine öffentliche*

Kundgebung anzumelden.^{4xv} Peter Magdanz verabschiedet sich daraufhin ebenfalls in das Wochenende, das er außerhalb von Rostock verbringt.

In den Interviews mit Polizeibeamten, die damals im Einsatz waren, wird der Beginn der Krawalle mehrfach bereits für die Nacht vom Freitag zum Samstag angegeben. Demnach haben sich bereits am späten Freitagabend ca. 150 Randalierer und einige hundert Anwohner vor dem Heim versammelt und warfen Steine auf die Einrichtung. Die von einem Streifenwagen zum Sonnenblumenhaus gerufenen ca. 15 Beamten sahen sich einer erdrückenden Überzahl gegenüber und standen nach eigenen Angaben Todesängste aus bei dem Versuch, das Haus zu schützen.

In den offiziellen Veröffentlichungen und Berichten beginnen die Krawalle erst in der Nacht vom Samstag zum Sonntag. Möglich ist, dass die Auseinandersetzungen am Freitag bisher nicht in die offizielle Chronik einbezogen wurden oder dass die Beamten sich falsch erinnert haben.

7.4. Samstag 22. August 1992

Nach offiziellen Berichten beginnen die Krawalle in Lichtenhagen am Samstagabend gegen 20 Uhr. Etwa 300 bis 400 Randalierer greifen das Asylbewerberheim mit Steinen an und werfen Scheiben bis in die sechste Etage ein. Auch ein Molotowcocktail wird auf einen der Balkone geworfen. Zwischen 1000 und 2000 Zuschauer sowie Anwohner sehen zu und rufen ausländerfeindliche Parolen. Kaum mehr als dreißig Polizisten treffen kurz nach Beginn der Krawalle vor Ort ein und sehen sich sofort massiven Angriffen ausgesetzt. Die Beamten sind ausschließlich von ihrer üblichen Streife an den Einsatzort beordert worden und sehen sich ohne jegliche Schutzkleidung oder Schilde den Randalierern gegenüber. Mehrere Stunden halten diese dreißig Polizisten vor Ort die Stellung, ohne dass die angeforderte Verstärkung eintrifft. 13 Polizisten werden verletzt, einer davon schwer. Ein Polizeifahrzeug wird vollkommen zerstört, ein PKW und ein Kleinbus angezündet. Erst gegen 2 Uhr morgens treffen zwei Wasserwerfer aus Schwerin und ein eilig zusammengestellter Polizeizug ein. Erst gegen 5 Uhr ziehen sich die Randalierer schließlich aus Müdigkeit und Erschöpfung zurück. In der Nacht kommt es zu insgesamt neun Festnahmen, wobei jedoch alle Täter bereits am folgenden Tag wieder entlassen werden.

7.5. Sonntag, 23. August 1992

Um ca. 5 Uhr wird Jürgen Deckert durch seinen Stellvertreter über die Vorfälle in Lichtenhagen informiert und kehrt nach Rostock zurück, wo er ca. 8:45 Uhr eintrifft und gegen 11 Uhr mit der Einsatzleitung in Lichtenhagen beauftragt wird. Auch Peter Magdanz bricht sein Wochenende frühzeitig ab kommt zurück nach Rostock.

Bereits um die Mittagszeit versammeln sich erneut Jugendliche und auch einige Anwohner vor dem Asylbewerberheim. Schon in den frühen Nachmittagsstunden ist die Anzahl der Menschen vor dem Haus auf mehrere hundert angewachsen, Polizeikräfte sind vor Ort. Gegen 17 Uhr kommt es zu einem kontrollierten Angriff auf das Asylbewerberheim und ebenfalls auf das daneben befindliche Heim der Vietnamesen. Die Randalierer greifen gleichzeitig an der Vor- und Rückseite des Hauses an und überraschen die Polizei. Einer Gruppe von Gewalttätern gelingt es, in das Heim der Vietnamesen einzudringen. Die Polizei schreitet ein und vertreibt die Angreifer erfolgreich aus dem Haus.

Am Nachmittag versucht der stellvertretende Rostocker Bürgermeister, Wolfgang Zöllick (CDU), gemeinsam mit dem Rostocker Bürgerschaftspräsidenten, Christoph Kleemann, mit den Anwohnern vor Ort ins Gespräch zu kommen. Die Stimmung, die Kleemann und Zöllick dort verspüren, bezeichnen beide als „*ernüchternd*“ und „*erschütternd*“.^{41xvi}

Am späten Nachmittag trifft Innenminister Lothar Kupfer in Rostock ein und informiert sich über die Lage. Jürgen Deckert koordiniert am Sonntagabend die Leitung des Polizeieinsatzes vor Ort von seinem Privatwagen aus mit Hilfe eines Funkgeräts. Obwohl deutlich mehr Polizeikräfte im Einsatz sind als am Abend zuvor und neben der Rostocker Polizei auch Einheiten der Landespolizei sowie drei Wasserwerfer zum Einsatz kommen, geraten die Beamten unter stärkeren Druck. Ein Polizeifahrzeug wird in Brand gesetzt. Die Angreifer gehen mit Leuchtraketen, Molotow-Cocktails, Schlagwaffen und Steinen gegen die Polizisten vor. Etwa 800 bis 1000 Randalierer versuchen erneut, das Asylbewerberheim zu stürmen und ca. 2000 Schaulustige und Anwohner sind an diesem Abend vor dem Haus versammelt. Am Sonntagabend treffen die ersten Reporter und Fernsehjournalisten in Rostock ein. Sie postieren sich am Supermarkt gegenüber des Sonnenblumenhauses.

Am späten Abend berät sich Lothar Kupfer mit Peter Magdanz und anderen Politikern, wie mit der Situation umzugehen sei. Kupfer erwägt, vor Ort eine Rede an die Bevölkerung zu halten,

nach einem kurzen Telefonat mit Deckert, der ihm deutlich macht, dass die Situation nicht geeignet wäre, um Ansprachen zu halten, entscheidet er sich aus „Sicherheitsgründen“^{lxvii} dagegen.

Um 22 Uhr beginnt unweit des Sonnenblumenhauses eine kurzfristig angemeldete und zuvor genehmigte linke Gegendemonstration mit ca. 100 bis 200 Teilnehmern. Kurz nach Beginn wird die Demonstration allerdings von der Polizei aufgelöst und ca. 60 Demonstranten verhaftet.

Sonntag Nacht kehrt schließlich auch der Rostocker Oberbürgermeister Klaus Kilimann, der bis dahin im Urlaub war, in die Stadt zurück. Es wird eine nächtliche Krisensitzung einberufen und erneut die Evakuierung der ZAst in Erwägung gezogen, jedoch verworfen.^{lxviii}

Um 2:45 Uhr treffen zwei Hundertschaften aus Hamburg in Hubschraubern in Lichtenhagen ein. Den sehr gut ausgerüsteten sowie gut ausgebildeten Beamten gelingt es, die Randalierer erfolgreich zurückzudrängen. Anwohner und Zuschauer berichten, dass die Polizei in dieser Nacht auch massiv gegen die Zuschauermenge vorging, unter anderem unter Einsatz von Hunden und Schlagstöcken, was nicht wenige der zunächst nur neugierigen Zuschauer gegen die Polizei aufbrachte und dazu beitrug, dass die Mehrheit sich auf die Seite Randalierer schlug.

Nach Beobachtungen von Journalisten treffen am Sonntag mehrere prominente Größen aus der Neonazi-Szene, unter ihnen Bela Ewald Althans, Gerhard Frey und Christian Worch, der per Funkgerät die Krawalle mitgesteuert haben soll, in Lichtenhagen ein. Nach Ankunft der Hamburger Beamten waren in der Nacht vom Sonntag auf Montag insgesamt zwischen 800 und 1000 Polizisten im Einsatz. 74 Beamte wurden dabei verletzt und etwa 130 Personen festgenommen, wobei sich darunter auch ca. 60 linke Gegendemonstranten befanden. Gegen 4 Uhr morgens lösten sich die Ausschreitungen auf.

7.6. Montag 24. August 1992

Um 7 Uhr morgens kehrt Einsatzleiter Jürgen Deckert auf das Revier zurück und gibt dort bis um 11 Uhr Presseinterviews. Daraufhin versucht er zusätzliche Einheiten der Schweriner Landespolizei zu organisieren, da die Hamburger Innenverwaltung darauf drängt, die am Vorabend entsandten Hundertschaften wieder zu entlassen. Eine Einsatzbesprechung wie an

den Tagen zuvor findet nicht statt.

Um 10:15 Uhr findet eine Sondersitzung des Innenausschusses von Rostock statt. Zu den Teilnehmern gehörten u. a. Oberbürgermeister Kilimann, Innenminister Kupfer, LKD Kordus. Auch bei diesem Treffen beschließt man, keine vorzeitige Evakuierung vorzunehmen, sondern schrittweise zu räumen. Als Gründe dafür werden später angegeben, dass eine Räumung ein Zurückweichen der Politik vor der Gewalt bedeuten würde und die Polizisten im Einsatz womöglich demotiviert wären, ein leeres Haus zu schützen.

Das Ergebnis der Sitzung wird an alle Stellen durchgegeben und auch in verschiedenen Pressekonferenzen verbreitet. Weiterhin wird in dieser Sitzung erneut auch die Gefahrenlage besprochen. Kordus vertritt dabei die Ansicht, dass es am Montag keine Fortsetzung der Krawalle geben wird, weil dies die Erfahrungen bei „ähnlichen“ Phänomene gezeigt habe. Kordus bezieht sich dabei auf Fußballspiele und Randalen von linksautonomen Gruppen in Hamburg.

Etwa zur selben Zeit als im Rostocker Rathaus der Innenausschuss tagt, reist der zuständige Leiter der Ausländerabteilung (Abteilung 8) im Landesinnenministerium, Winfried Rusch, in Rostock- Lichtenhagen an. Gemeinsam mit der Heimleiterin der ZAst, Heike Buhrow, macht er sich ein Bild von den Zuständen im Heim und erörterte die Gefahrenlage. Beide kommen zu dem Schluss, dass die Gefahr für die Menschen zu groß ist und umgehend evakuiert werden müsse. Für die Vietnamesen sehen beide keine Gefahr, bzw. sagt Rusch später aus, er habe keinen Moment an sie gedacht. Rusch versucht, seine Vorgesetzten Kupfer und Baltzer zu erreichen, was jedoch nicht gelingt, weil sich diese zur selben Zeit in der Innenausschusssitzung befanden.

So beschließen Rusch und Buhrow die Evakuierung im Alleingang anzuordnen. Sie informieren einen begleitenden Polizeioffizier, einen Beamter der Hamburger Einsatzkräfte, die Räumung zu sichern. Rusch setzt sich mit Peter Magdanz in Verbindung, der die Busse organisiert. Da sowohl Magdanz als auch die Polizeibeamten davon ausgehen, dass Rusch im Auftrag des Innenministers handelt, halten sie die Weitergabe der Information über die Räumung nicht für notwendig, weil sie der Auffassung sind, dass diese Tatsache ihren Kollegen bereits bekannt sein müsse. Um 15 Uhr wird mit der Räumung begonnen. Während Innenminister Kupfer um 16 Uhr verkündet, eine Evakuierung werde es aus den oben

genannten Gründen nicht geben, ist das Heim bereits leer.

Alle Politiker von Stadt und Land sowie die Polizeiführer werden erst ab dem späten Nachmittag von der bereits abgeschlossenen Evakuierung erfahren.

Zwischen 15 Uhr und 16 Uhr ist Jürgen Deckert vor Ort in Lichtenhagen, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Nach den Ausschreitungen am Sonntag waren sich die Verantwortlichen zunächst einig, dass am Montag keine weiteren Krawalle zu erwarten seien. *„Am Montag demonstriert einfach niemand“* beschreibt Deckert seine damalige Einschätzung. Der Führer der Hamburger Hundertschaft, Klaus Springborn, beschreibt die Lage in der Besprechung mit Deckert als weitestgehend ruhig. Im selben Gespräch erfährt Deckert, dass die ZAst geräumt wird und macht daraufhin einen persönlichen Rundgang.

Ab den frühen Nachmittagsstunden versammeln sich auf der Wiese vor der ZAst stetig mehr Schaulustige, Kinder, Erwachsene und Jugendliche. Die Atmosphäre wird als „Volksfeststimmung“^{lxxix} beschrieben. An drei Imbissbuden versorgen sich die Besucher mit Bier und Essen. Die Polizei kontrolliert stichprobenartig nach Waffen und läuft Patrouille. Dennoch beschreiben Reporter, wie Jugendliche ungestört Molotowcocktails vorbereiten und Steine sammeln können^{lxx}. Diese und ähnliche Beobachtungen hinterlassen auch bei Jürgen Deckert den Eindruck, dass es nicht ruhig bleiben wird, dass sich alle auf einen weiteren Abend der Krawalle vorbereiten.

Ohne in Kenntnis über die Räumung der ZAst zu sein, verabschiedet sich Oberbürgermeister Klaus Kilimann am frühen Montagnachmittag wieder aus Rostock. Er sah nach eigenen Angaben keine Notwendigkeit für seine weitere Anwesenheit. Der Schutz der ZAst und der Asylbewerber sei Aufgabe der Polizei gewesen, erklärt er später im Untersuchungsausschuss und führt aus: *„Das war für mich also gar keine große Frage, das Gebäude oder die Einwohner zu schützen.“*^{lxxi} Auch in der Rostocker Bürgerschaft herrscht am Montag die Meinung, dass unter der Woche keine weiteren Ausschreitungen zu erwarten seien. So fährt Kilimann zurück in sein Ferienhaus nach Hasenwinkel, wo es weder Fernsehen, noch Rundfunk gibt und auch keine Telefonverbindung. Kilimann *„So daß ich eigentlich die Sache im Kopf abgehakt hatte.“*^{lxxii}

Der stellvertretende Bürgermeister Rostocks, Wolfgang Zöllick (CDU), der nach Kilimanns Abreise wieder dessen Amt vertrat, erfuhr von der Evakuierung der ZAst aus dem Rundfunk. Er versuchte daraufhin am Nachmittag erneut mit den Menschen in Lichtenhagen ins

Gespräch zu kommen, um zu erklären, dass die ZAST geräumt worden sei. Dennoch verlässt keiner der Angesprochenen das Gelände. Zöllicks Versicherungen wird kein Glauben geschenkt. *„Da sind noch welche drin. Ich glaub das erst wenn ich selber nachgeguckt habe.“*^{1xxiii} entgegenet ein Skinhead Zöllicks Ausführungen.

Unter den Polizisten vor Ort macht sich unterdessen Unmut über die Räumung der ZAST breit. So zitiert ein Reporter der Frankfurter Rundschau einen Polizeibeamten: *„Wir schützen hier doch nur noch Backsteine. Was soll das? (...)Durch unsere Präsenz provozieren wir hier doch nur.“*^{1xxiv} Dass sich neben der ZAST noch ein Heim mit Vietnamesen befindet, wollen die Polizisten erst nachträglich durch Journalisten erfahren haben.

Gegen 17 Uhr kehrt Jürgen Deckert zurück in die Einsatzzentrale und versucht erneut, zusätzliche Einheiten aus Schwerin zur Verstärkung anzufordern. Dies gestaltet sich nach Deckerts Angaben als sehr schwierig. Die Forderung nach Verstärkung wird mehrfach als unbegründet abgelehnt, während gleichzeitig der Druck aus Hamburg auf Deckert wächst, die von dort stammenden Einheiten abzulösen. Zur selben Zeit versuchen Bürgerschaftspräsident Christoph Kleemann und Innensenator Peter Magdanz die Polizeidirektion darauf aufmerksam zu machen, dass sich die Vietnamesen noch im Sonnenblumenhaus befinden. Die Polizei weist diesen Hinweis jedoch mit der Begründung zurück, dass sie nicht der Rostocker Bürgerschaft unterstünde, sondern ausschließlich Weisungen des Innenministeriums befolgen würde.

In einem Telefongespräch am frühen Abend zwischen dem Abteilungsleiter im Schweriner Innenministerium, Winfried Rusch, dem Polizeipräsidenten von Rostock, Siegfried Kordus und dem Innenminister Lothar Kupfer, bezeichnet Rusch die Evakuierung der ZAST als abgeschlossen. Daraufhin verlassen sowohl Kupfer als auch Kordus die Direktion und sind von diesem Zeitpunkt an für die nächsten Stunden, in denen sich die Katastrophe in Lichtenhagen ereignet wird, nicht zu erreichen.

Gegen 19 Uhr beginnen indes erneut die Krawalle vor der ZAST unter noch stärkerer Beteiligung als in den Tagen zuvor. Den bis zu 3000 Zuschauern und über 1000 gewaltbereiten Randalierern stehen etwa 1000 Polizeibeamte gegenüber. Während die Polizei die Lage zunächst noch unter Kontrolle hat, geraten die Beamten durch die erneut gestiegene Gewaltbereitschaft massiv unter Druck. Jürgen Deckert leitet den Einsatz an diesem Abend von dem Revier Lütten-Klein aus, weil seiner Ansicht nach vor Ort keine strategischen, vom

Geschehen unabhängigen Entscheidungen möglich seien. Nach eigenen Angaben postierte Deckert auch Zivilfahnder im Sonnenblumenhaus als Beobachter. In den entscheidenden Phasen der Ausschreitungen waren die Fahnder jedoch nicht erreichbar.

Nachdem die Hamburger Hundertschaften gegen 21 Uhr nunmehr über 20 Stunden im Einsatz waren, wächst der Druck auf Jürgen Deckert, sie durch neue Einheiten abzulösen. Zur selben Zeit erwägt Deckert, die Einsatzstrategie zu ändern. Statt vor dem Heim weiter die Stellung zu halten, soll auf einen offensiven Einsatz umgeschaltet und das Gelände durch ein massives und rigoroses Durchgreifen geräumt werden. Es ist nicht mehr rekonstruierbar, warum dieses Konzept nicht umgesetzt wurde. Vermutlich war der Druck, die Hamburger Hundertschaften abzulösen, zu groß und ohne diese war ein Strategiewechsel weniger erfolgsversprechend.

Um 21:25 Uhr gibt Deckert schließlich nach eigenen Angaben den Befehl an die Hamburger Hundertschaften, sich zurückzuziehen „*wenn es die Lage zulässt*“ und eine „*Umgruppierung*“^{lxxxv} mit den Einheiten aus Schwerin vorzunehmen. Aus einem nicht endgültig geklärten Zusammenspiel von Kommunikationsproblemen, Missverständnissen und Koordinierungsfehlern führte dieser Befehl dazu, dass sich ab 21:25 Uhr alle Polizeieinheiten vom Gelände des Sonnenblumenhauses zurückziehen. Der Rückzug löst zunächst große Verwirrung bei Zuschauern und Randalierern aus. Auch die Reporter der Fernsehsender, die diesen Vorgang live beobachten, sprechen von einer gespenstischen Stimmung, die plötzlich vor dem Haus herrscht.

Wie Deckert kurz darauf mit Erschrecken feststellt, sind die Schweriner Landespolizeieinheiten, die für die Hamburger Hundertschaften hätten einspringen sollen, nicht vor Ort, sondern stehen auf dem Innenhof des Reviers in Lütten-Klein. Deckert befiehlt diesen Einheiten, sich sofort nach Lichtenhagen aufzumachen. Doch es dauert eine Weile, bis sich der Zug in Bewegung setzt. Erst eine Stunde später erreichen die Einheiten das Sonnenblumenhaus.

Als die Menge begreift, dass die Polizei scheinbar aufgegeben hat, beginnt der Sturm auf das Asylbewerberheim und das daneben liegende Heim der Vietnamesen. Mit Molotowcocktails wird das Haus in Brand gesetzt, Randalierer dringen in das Gebäude ein und machen Jagd auf die Vietnamesen. Sie zertrümmern die Einrichtungen, setzen die Wohnungen in Brand,

begleitet vom Jubel, Beifall und den Gesängen der Schaulustigen. So stimmen die Zuschauer im Angesicht der Flammen „*Oh Tannebaum, Oh Tannebaum*“ und „*So ein Tag so wunderschön wie heute*“ an.

Zur gleichen Zeit versuchen die ca. 120 im Gebäude eingeschlossenen Vietnamesen sowie der Ausländerbeauftragte Wolfgang Richter zusammen mit einigen Sozialarbeitern, Aktivisten der Antifa und einem Fernsehteam des ZDF vergeblich, die Polizei zu erreichen. Während die Randalierer Stockwerk für Stockwerk näherkommen, suchen die Eingeschlossenen verzweifelt und unter Todesangst nach einem Fluchtweg. Nur durch einen Glücksfall finden sie schließlich einen Zugang auf das Dach des Hauses und können sich in ein anderes Treppenhaus retten. Eine kleine Gruppe von Vietnamesen verbarrikadiert sich gemeinsam mit dem Wachschutzbeamten Bernd Legler bis zum Ende der Krawalle in einer Wohnung im Heim.

Nach Angaben des Leiters der Feuerwehr, Wilfried Behnke, trifft die Feuerwehr bereits um 21:50 Uhr vor Ort ein, kann jedoch nicht mit den Löscharbeiten beginnen, da ihr die Zufahrt von den Zuschauern versperrt wird und sie von den Randalierern mit Steinen beworfen und Baseballschlägern bedroht wird. In einem Interview mit der taz erklärt Behnke, er habe um 21:51 Uhr das Lagezentrum der Polizei um Schutz gebeten, weil die Feuerwehrleute wieder abziehen mussten. Er habe ebenfalls darauf hingewiesen, dass sich im brennenden Häuserblock noch Vietnamesen befunden hätten: *“Die konnte man doch sehen, die liefen doch auf dem Dach herum“*^{lxxvi}

Mit Fassungslosigkeit und Entsetzen berichten die Fernsehteams indes weiterhin live vom Dach des Supermarktes und dokumentieren, wie ein Stockwerk des Heims nach dem anderen in Flammen aufgeht. Gegen 22:30 Uhr erreicht Jürgen Deckert mit der Schweriner Hundertschaft das Gelände. Um 23:00 Uhr gelingt es den Beamten, einen Korridor für die Feuerwehr freizumachen, die daraufhin mit den Löscharbeiten beginnt.

Peter Madganz findet sich vor Ort ein und koordiniert in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr um 23:30 Uhr den Abtransport der Vietnamesen in zwei Bussen. Obwohl sie durch eine Polizeikette abgeschirmt werden, beschimpfen Randalierer und Schaulustige die Vietnamesen beim Verlassen des Hauses.^{lxxvii} Ihre Abfahrt wird mit Jubel und Beifall gefeiert. Etwa gegen Mitternacht sind die Löscharbeiten beendet.

Auf ihrer Fahrt zu einer Notunterkunft werden die Busse der Vietnamesen von mehreren PKW's verfolgt und von augenscheinlich gewaltbereiten Insassen bedroht. Die Busse müssen mehrere Umwege fahren, um ihre Verfolger schließlich abzuschütteln. Sie erreichen schließlich eine Turnhalle in Marienehe, wo sie ohne Verpflegung und ohne weiteren Polizeischutz untergebracht werden.^{lxxviii}

Gegen 3 Uhr beruhigen sich die Krawalle vor dem Sonnenblumenhaus. Die Polizei meldet für die Nacht vom Montag zum Dienstag 52 verletzte Beamte. Angaben über die Zahl Verhaftungen variieren bei ca. 150 Festnahmen. Noch in der Nacht geben sowohl Deckert, Kordus als auch Kupfer in mehreren Interviews an, dass der Einsatz der Polizei insgesamt erfolgreich verlaufen sei und zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Vietnamesen bestanden habe. Jürgen Deckert will erst am folgenden Tag davon erfahren haben, dass die Vietnamesen sich in dieser Nacht in Lebensgefahr befunden hätten.

7.7. Dienstag 25. August 1992

Klaus Kilimann reist zurück nach Rostock. In der Presse drücken Stellungnahmen aller Parteien im Bundestag Entrüstung und Betroffenheit aus. Weltweit berichten Zeitungen und Fernsehsender von den Ausschreitungen und ziehen Vergleiche zu den Pogromen der Nazizeit.

Die Ausstrahlung der ZDF-Sendung „Kennzeichen D“ zeigt die Aufnahmen aus dem Inneren des Heimes während der Krawalle und offenbart das ganze Ausmaß der Ausschreitungen. Infolge der Ausstrahlung leitet die Staatsanwaltschaft Rostock ein Ermittlungsverfahren gegen das ZDF-Reporterteam ein und äußert die Vermutung, die Journalisten hätten das Geschehen im Haus inszeniert.^{lxxix}

Vor dem Sonnenblumenhaus ereignen sich in der Nacht zum Mittwoch erneut Krawalle. 1200 Randalierer liefern sich Straßenschlachten mit etwa 1600 Polizeibeamten. Neben der Polizei wird an diesem Abend auch die Presse zum Ziel der Angriffe.^{lxxx} Nach Attacken mit Steinen und Molotow-Cocktails ziehen sich die Berichterstatter vom Gelände zurück.

Anders als in den Nächten zuvor sind kaum noch Zuschauer anwesend. Die Anwohner äußern sich zusehends ablehnend bezüglich der Krawalle. Das Ziel, die ZAst zu räumen, sei schließlich

erreicht und nun wolle man wieder seine Ruhe haben.^{lxxxix}

7.8. Mittwoch 26. August 1992

Aus Kreisen der rechten Szene wird angekündigt, man wolle bis zum 1. September, dem Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkriegs, „in Rostock weitermachen.“^{lxxxix} In der Nacht zum Donnerstag liefern sich wieder ca. 600 Jugendliche stundenlange Gefechte mit etwa 1600 Polizisten, die aber nun weitgehend die Gewalt unter Kontrolle haben.

7.9. Samstag 30. August 1992

Eine Großdemonstration gegen rechte Gewalt und Fremdenhass mit bis zu 15.000 Teilnehmern findet an diesem Tag in Rostock-Lichtenhagen statt. Unter den Teilnehmern der Demonstration befinden sich auch Mitglieder der Antifa und der linken Autonomen Szene, überwiegend handelt es sich jedoch um normale Bürger. Die weitestgehend friedlich verlaufende Veranstaltung wird von einem Polizeiaufgebot von ca. 3000 Polizisten begleitet. Neben Wasserwerfern sind auch Hubschrauber im Einsatz. Zuvor wurden alle Zufahrtswege und Bahnhöfe in Rostock von der Polizei abgeriegelt, um die ankommenden Teilnehmer zu durchsuchen und die Personalien aufzunehmen. Als die Demonstration das Sonnenblumenhaus erreicht, werden „Mörder, Mörder“ Sprechchöre in Richtung der Anwohner gerufen. Am Rande der Demonstration kommt es zu kleinen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Schließlich wird der Imbisswagen „Happi Happi bei Api“, einer von drei Imbissständen, die während der Krawalle mit Wurst und Bierverkäufen große Umsätze machten, angegriffen, demoliert und in Brand gesetzt.^{lxxxiii}

8. DIE TÄTER

Nach den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen wurde von Rostocker und Schweriner Politikern sowie von Teilen der Rostocker Bevölkerung die These aufgestellt, die Randalierer vor dem Sonnenblumenhaus seien bis auf wenige Ausnahmen zugereiste Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet gewesen. Obgleich in den letzten Tagen der Ausschreitungen tatsächlich Skinheads aus allen Bundesländern in Lichtenhagen anzutreffen waren, spricht allein die Statistik der Verhaftungen eine andere Sprache: *Schleswig Holstein, 11; Hamburg: 25, Wismar:10, Schwerin:2, Berlin, 39, Bad Doberan:8 – Rostock und Umgebung: 232*^{lxxxiv}

Dennoch gab es entscheidende Unterschiede zwischen den zugereisten Randalierern und der überwiegenden Zahl der Rostocker Täter. Während es sich bei den zugereisten fast

ausschließlich um überzeugte Neo-Nazis und Skinheads im Alter zwischen 18-26 Jahren handelte, so waren die Motive der einheimischen Täter oft nicht eindeutig, widersprüchlich und vielfältig. Auch waren die Rostocker Täter erheblich jünger als die zugereisten. Die meisten von ihnen waren zwischen 15 und 20 Jahre alt. Viele besaßen kein martialisches Aussehen und trugen auch keine Kleidung, die eine faschistische Gesinnung hätte vermuten lassen. Sie erschienen auf den ersten Blick wie ganz normale Jugendliche oder wie viele Anwohner immer wieder betonen: „*das sind keine Nazis, das sind unsere Kinder.*“^{lxxxv} Die soziale Herkunft der Rostocker Täter war sehr heterogen und reicht durch alle Schichten der Gesellschaft. Es waren nicht nur Kinder aus zerrütteten oder gewalttätigen Familien, die an den Krawallen teilnahmen, sondern es waren die Söhne und Töchter der Lichtenhagener Bevölkerung, von ehemaligen Werftarbeitern, Ingenieuren, Offizieren, Handwerkern, Professoren und Lehrern. Sie verfügten über eine gute Schulbildung und viele hätten sich selbst nicht als rechtsradikal bezeichnet, sondern höchstens als tendenziell eher rechts. Einige seien nur deshalb mit dabei gewesen, weil ihre Freunde rechts gewesen wären.^{lxxxvi}

Die Krawalle boten den Jugendlichen aus Lichtenhagen unverhofft eine Bühne. Während sich zuvor und danach kaum jemand für sie interessierte, oftmals nicht einmal die eigenen Eltern, wurden sie plötzlich tagsüber von Journalisten nach ihrem Leben befragt und von Fotografen abgelichtet. Die Interviews mit Jugendlichen während der Ausschreitungen offenbarten dabei das bewusste Spiel der Jungen und Mädchen mit der Grenzüberschreitung, dem Verbotenen. Sie übertrafen sich darin, Gewaltszenarien auszumalen, Grausamkeiten zu befürworten, faschistische Parolen einzuwerfen, um sich dann teilweise im gleichen Satz zu widersprechen. So äußert sich beispielsweise ein Vierzehnjähriger gegenüber einem Reporter: *“Man hätte die Zigeuner ihre Scheiße auflecken lassen sollen, mit einer Stahlkette um die Füße. Das muss so brutal gesagt werden. Dann würden sie das nicht mehr machen.”*^{lxxxvii}

In einem Interview diskutieren drei Jugendliche über Politik und kommen zu der Einschätzung:

STERN: Haben die Politiker versagt?

RAMONA: Die kennen unsere Probleme gar nicht. Jetzt streiten sie sich übers Nacktbaden in Warnemünde.

RALF: Und der Kupfer (...) der kann doch mal gerade in eine Kamera kucken.

STERN Welcher Politiker kann denn gerade in die Kamera kucken?

RALF: Frey und Schönhuber

RAMONA: Gysi, der redet wenigstens keinen Schnee

RAIKO: Der ist okay, obwohl er ne linke Sau ist

PAULE: Eigentlich hätten wir den Politikern eins in die Fresse hauen sollen.^{lxxxviii}

In einem Zeitungsbericht schildert ein anderer Reporter folgende Begebenheit:

„Als das Grüppchen selbst ernannter (linker) Autonomer am Nachmittag „Nazis Raus“ auf das Pflaster der Lichtenhagener Fußgängerzone sprüht, kommt Sven, der Skin, mit einem Freund, einem „Fascho“ dazu. Sven lacht. „Nazis raus, was soll der Scheiß?“ Der sprayende Autonome muss sich nicht bedroht fühlen. Sven flachst nur „Wir kennen uns hier alle. Wir tun uns nichts.““^{lxxxix}

Trotz des Spiels mit der Provokation finden sich in den Aussagen der Jugendlichen immer wieder Hinweise darauf, dass ihn durch aus bewusst war, einen Stellvertreterkrieg zu führen. *„Es ist falsch, daß wir hier am Asylantenheim angreifen. Eigentlich müßten wir vors Rathaus ziehen,“^{xc}* sagte ein Siebzehnjähriger am Rande der Krawalle.

Nachts durften die Jugendlichen dann, von dreitausend Zuschauern angefeuert, ihren Mut und ihre Kraft im Straßenkampf gegen die Polizei erproben. Auch hier standen sie plötzlich wieder im Fokus der Fernsehkameras und des allgemeinen Interesses. Ein Reporter notierte den Dialog zweier junger Randalierer:

A: Hast Du mich in „Panorama“ gesehen?

B: Nein, ich war aber in den „Tagesthemen“.

„In der DDR waren sie für die kleinsten Randalie im Knast gelandet, heute kommen sie in die Zeitung oder ins Fernsehen,“^{xcxi} führt der Reporter weiter aus und ein Kollege beschrieb die Atmosphäre unter den Randalierern als ein *„Gemisch aus Haß, Neugier und Abenteuerlust“^{xcii}*

Immer wieder tauchte in den Gesprächen mit den Reportern die Sehnsucht nach der DDR auf: *„Was hat man denn erreicht, fragt Ellen in die Runde „Höhere Mieten, Arbeitslose und auf der Strasse bist Du nicht mehr sicher.(...)das Du früher für 25 Pfennig mit der Strassenbahn fahren konntest, daß du Dich daran gewöhnt hast für Erdbeeren eine Stunde anzustehen. Und wenn sie dann weg waren, war's auch egal“^{xciii}* Der Sozialismus wird hier zum verlorenen Paradies verklärt, in dem die Eltern noch Arbeit, die Kinder eine meist fröhliche Kindheit und die Jugend eine zwar trostlose, aber gesicherte Zukunft hatten. All das schien den Jugendlichen im neuen System zu fehlen. Die Rostocker Krawalle können somit auch als ein aggressiver und wütenden Versuch gewertet werden, den Verlust einer vermeintlich heilen Welt zu bewältigen und sich an den noch Schwächeren zu rächen.

9. ANWOHNER UND ZUSCHAUER

Ein ebenso Aufsehen erregender wie erschreckender Aspekt der Rostocker Krawalle war, neben der entfesselten Gewalt der mitunter minderjährigen Täter, die große Menge von bis zu 3000 Zuschauern, überwiegend aus Anwohnern oder Rostocker Bürgern bestehend, die die Ausschreitungen mit Beifall und Zurufen unterstützten. Die Motive der Zuschauer waren ebenso heterogen wie die soziale Herkunft der Schaulustigen. Neben ehemaligen arbeitslosen Werftarbeitern, Hafenarbeitern, Handwerker waren auch Lehrer, Ex-Polizisten, Professoren oder Ingenieure unter den Zuschauern. Während ein nicht geringer Teil die Randalie als eine politische Demonstration begriff, in der sie ihren Unmut über die Ausländer und die Ignoranz der Politiker ausdrücken wollten, waren andere schlichtweg neugierig. Die Krawalle und auch das besondere Medieninteresse waren eine ungewohnte Abwechslung, zumal die Kampfhandlungen zwischen Hooligans und Polizisten ein aufregendes Schauspiel boten. Immer wieder ist zudem in den Berichten über die Ausschreitungen zu lesen, das viel Zuschauer das Geschehen, selbst während der Brandanschläge am 24. August mit einem „Volksfest“ verglichen. Einige genossen das neu erwachte Gemeinschaftsgefühl im Stadtteil, tranken Bier oder holten sich eine Bratwurst an einer der drei Imbissbuden, von denen die populärste „Happi Happi bei Api“ allein am Montag Abend 2200 D-Mark Umsatz verzeichnete^{xciv}. Die Krawalle boten also auch einen Anlass, sich nach langer Zeit mal wieder mit Bekannten und Freunden zu treffen. Folgende Schilderung findet sich dazu in einem Bericht der taz: *Am Supermarkt links vom Flüchtlingsheim steht ein junger Dicker. Es ist jetzt 23:30 Uhr. Seit mehr als anderthalb Stunden ist kein Ordnungshüter in Sicht. „Das ist ja hier wie ein Volksfest,“ meint er. Ein Rechter sei er, aber nicht radikal. Das hier findet er trotzdem gut. Alles ist locker, fast entspannt.*^{xcv}

Nicht wenige der Zuschauer waren die Mütter und Väter der Jugendlichen, die sich wenige Meter entfernt mit den Polizisten prügeln. Es ist deshalb nicht verwunderlich, warum viele Zuschauer die Randalierer gegenüber der Polizei und auch den Medien in Schutz nahmen. Die Eskalation der Gewalt wurde sicherlich auch dadurch befeuert, dass die Jugendlichen von ihren Eltern und Nachbarn noch darin bestärkt wurden, etwas eigentlich Illegales zu tun, was darüber hinaus von den Behörden und Politikern auch noch scheinbar halbwegs gebilligt zu werden schien. Diese Umwertung einer eigentlich gesetzlich verbotenen Handlung durch die Akklamation der Menge und das Nicht-Handeln der Behörden erinnert an die Pogrome gegen jüdische Einrichtungen während der Nazizeit.

Die Zerstörung konnte in diesem Zustand ohne Schuld genossen werden. Neben Anfeuerungsrufen und Parolen wie „Deutschland den Deutschen – Ausländer Raus“ griffen die

Zuschauer in Lichtenhagen die Polizei auch verbal an. So ging ein älterer Herr auf einen Beamten los, der gerade einen Randalierer verhaften wollte: *„Auf welcher Seite steht ihr eigentlich? (...) Die Bullen sind Verräter.“*^{xcvi}

Neben Anfeuerungsrufen und verbalen Attacken auf die Polizei weitete sich die Beteiligung der Menge ab der zweiten Nacht der Krawalle auch bis zu konkreten Aktionen aus. Zuschauer ließen die Luft aus den Reifen der Mannschaftswagen, versorgten die Randalierer mit Nachschub an Steinen, an leeren Flaschen für Brandsätze und an Benzin. Die Menge war der Rückzugsort für die Angreifer, die sich aus dem Schutz der Masse vorwagen konnten, um Steine oder Brandsätze zu werfen, ohne dass die Polizei ihrer habhaft werden konnte, da sich die Randalierer sofort wieder in die Menge zurückzogen und in ihr untertauchten. In diesem Klima der Anonymität, des Verschwindens in der Masse und in einem Gefühl der Sicherheit, nicht ertappt zu werden, wurden die Grenze zwischen Täter und Zuschauer durchlässig. So gab auch der ein oder andere Zuschauer der Versuchung nach, selbst einen Stein zu werfen. Die beschriebene Situation wird von damals Anwesenden als rauschhaft und lustvoll geschildert, als etwas, das wie ein Film vor den Augen ablief. Die eigentliche Mittäterschaft der Zuschauer zeigte sich jedoch am Eindeutigsten in der Blockade der Feuerwehrfahrzeuge, die zum Löschen des in Brand gesetzten Heimes anzurücken versuchten, nachdem sich die Polizei bereits zurückgezogen hatte.

Nach der Brandnacht vom 24. August änderte sich gleichwohl die Haltung der meisten Anwohner und Zuschauer. Noch während die Molotow-Cocktails gegen das Heim flogen, zeigten viele Schaulustige plötzlich Entsetzen darüber, was sie durch ihren Beifall herbeigeführt hatten. Ein Anwohner wird in einem Zeitungsbericht mit folgenden Worten zitiert: *„Heute ist es zum Kotzen“* murrte ein älterer Mann. Seine Gattin ergänzt: *„Samstag und Sonntag hab ich's verstanden. Das war Protest. Wir gucken es uns ja schon seit 'nem Jahr an, das mit den Asylanten. Wie sie im Müllcontainer wühlen, Dreck machen.“* „Ja „, sagt er, *„aber das ist jetzt Vandalismus.“*^{xcvii}

In den folgenden Tagen ging die Zahl der Schaulustigen daraufhin spürbar zurück und der Ruf nach dem Ende der Krawalle wurde laut, zumal die Krawalle auch die Lebensqualität der Einwohner im nicht unwesentlichen Maße beeinträchtigten. So mussten die Fenster wegen des Tränengases geschlossen bleiben und viele Anwohner hatten zudem Sorge, ihre PKWs könnten beschädigt werden. Plötzlich wurden die eben noch beschimpften Polizisten beklatscht, wenn sie erfolgreich gegen die Hooligans vorgehen. Auch die Gegendemonstration

nach dem Ende der Ausschreitungen am Samstag, 30. August, wurde von der überwiegenden Anzahl der Bewohner gutgeheißen, obwohl die Demonstranten die Bewohner Lichtenhagens als Mörder beschuldigten. Die Nachbarn, mit denen wir während unserer Filmrecherche gesprochen haben, zeigten auch fast 20 Jahre nach den Ausschreitungen keine Anzeichen eines Schuldbewusstseins. Die Schuld wird von ihnen gleichermaßen auf die Politiker, die Neonazis aus dem Westen, die Medien und die Asylbewerber aufgeteilt und immer wieder eindringlich darauf verwiesen, wie unhaltbar die Zustände vor der ZAst gewesen seien und das es davor und danach nie Probleme mit den Fremden gegeben hätte, sondern im Gegenteil, die Gastfreundschaft eine sie auszeichnende Eigenschaft wäre. Nur wenige erinnerten sich mit Schamgefühl an die Momente in der Menge und gaben zu, von der Situation überwältigt worden zu sein und gleichermaßen gebannt und geschockt zuzusehen zu haben, wie das Sonnenblumenhaus in Flammen stand. Was die Anwohner im Nachhinein jedoch eint, ist die Erkenntnis, dass ihnen die Ereignisse von Lichtenhagen auf immer anhängen werden. Ein Nachbar beschrieb es so: *„egal in welches Land in Europa du kommst, die Menschen fragen dich, woher du kommst und man sagt ‚Deutschland‘. Dann fragen sie, woher aus Deutschland und Du sagst Rostock und sofort sagen sie ‚Aha Rostock-Lichtenhagen, ‚Ausländer Raus, Deutschland den Deutschen‘.“*

10. DIE ROLLE DER POLIZEI

Neben der Politik stand auch die Polizei während und nach den Ausschreitungen massiv in der Kritik. So titelte u.a. die Berliner Zeitung *„Die Glatzen hatten die Polizei jederzeit fest im Griff.“*^{xcviii} Dass sich in Rostock die Polizei als Verteidigerin der Staatsmacht einigen hundert Hooligans, Skinheads und Randalierern über weite Strecken hilflos gegenüber sah und sich schließlich in der Nacht des 24. August zurückzieht, sorgt für allgemeine Entrüstung in Politik und Öffentlichkeit. Insbesondere der vom Fernsehen live dokumentierte Rückzug der Polizei am jenen 24. August rief breites Entsetzen hervor. Die Presse warf der Polizei vor, sie hätte versagt und hätte sich in der Nacht trotz der offensichtlich bestehenden Gefahr für die Bewohner vom Sonnenblumenhaus zurückgezogen. Aus den Reihen der Polizei wurde der Politik vorgeworfen, die Beamten in den Ausschreitungen als Prellbock für ihr eigenes Versagen *„teilweise verheizt“* zu haben, so der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende, Michael Silkeit^{xcix}.

Die Gründe für den unzureichenden bzw. erfolglosen Polizeieinsatz waren vielfältig und sollen im Folgenden kurz zusammengetragen werden.

Wie bereits in Kapitel 3.4.2. ausführlich geschildert, mangelt es der Rostocker Polizei durch die Entlassungen der Führungskräfte infolge der Umstellung des Polizeiapparats von Volks- auf Landespolizei an erfahrenen Beamten. Der Umstand, dass die Führungspositionen mit westdeutschen Beamten besetzt wurden, belastete zudem das Vertrauensverhältnis zwischen der Leitungsebene und den Polizisten vor Ort.

Ein weiteres, gravierendes Problem war zudem die unzureichende Ausrüstung der Rostocker Polizei. Diese stammte zum überwiegenden Teil noch von der DDR-Volkspolizei. So verfügten die Beamten weder über geeignete Schutzkleidung, Protektoren oder stabile Helme und die Schilde, die ihnen zur Verfügung standen, waren nicht durchsichtig, sondern so genannte „Trabanttüren“. Ein Polizist schilderte, wie er in der ersten Nacht der Ausschreitungen im kurzärmeligen Hemd, Bundhose und Halbschuhen in den Einsatz geschickt wurde. Dass ein Polizist in einem solchen Aufzug gegen Steine, Baseballschläger oder Molotowcocktails wenig auszurichten vermag, erklärt das zögerliche Vorgehen der Polizei in den ersten Nächten der Krawalle sowie die ungewöhnlich hohe Zahl der verletzten Beamten. Neben der Ausrüstung waren auch die Technik in den Polizeidienststellen und die Polizeifahrzeuge veraltet. Die Trabants, Wartburgs und Barkas der Polizei aus DDR-Beständen waren den Fahrzeugen der Randalierer aus westlicher Produktion in jeder Hinsicht und insbesondere in der Schnelligkeit erheblich unterlegen.

Der halbherzige bzw. ignorante Umgang mit den Warnungen im Vorfeld der Krawalle war ein entscheidender Grund für das Scheitern des Polizeieinsatzes, was sowohl der politischen Ebene wie auch der Führungsebene der Polizei anzulasten ist. So erhielt der Einsatzleiter der Rostocker Polizei, Jürgen Deckert, zwar am Donnerstag, den 20. August, die entsprechenden Gefahrenhinweise, fährt aber wie alle Führungskräfte über das Wochenende zu der Familie nach Westdeutschland. Anstatt die Warnung vor einer möglichen Eskalation in Lichtenhagen persönlich weiterzugeben, klemmte er lediglich einen Zettel mit dem diesbezüglichen Hinweis hinter die Scheibenwischer des Wagens des Bruders seines Stellvertreters.

Neben persönlichen Fehlern in der Kommunikation gab es auch eine Reihe technischer Hindernisse, die die Absprachen während des Einsatzes behinderten. So konnte am Samstag kurzfristig keine Hundertschaft in Rostock zusammengestellt werden, da nicht alle Polizisten über einen heimischen Telefonanschluss verfügten. Weiterhin wurde mehrfach die Vermutung geäußert, die Randalierer hätten den Polizeifunk nicht nur abgehört, sondern auch mit

Störsendern beeinflusst. Auch die vielfach diskutierte Frage, warum der Notruf der Polizei in der fraglichen Brandnacht nicht funktionierte, erklärt der Rostocker Innensenator Peter Magdanz später damit, dass die Telefonleitung noch aus der DDR-Zeit stammte und nicht, wie üblich, mehrere Apparate ansteuerte, sondern tatsächlich nur einen, der dann überlastet gewesen sei.

Schließlich beschreibt Jürgen Deckert den Rückzug der Polizei vom Gelände in der Nacht vom Montag zum Dienstag ebenfalls als mögliche Folge eines Kommunikationsfehlers. Da er sich nicht vor Ort befand, sondern in der Einsatzzentrale, kommunizierte er mit den Beamten vor Ort über ein Funkgerät. Nach seiner Schilderung hätte dieses Gerät erhebliche Empfangsprobleme gehabt. So musste er sich, um überhaupt empfangen zu können, aus dem offenen Fenster seines Büros lehnen. Da sein Befehl zu diesem Zeitpunkt lautete, sich zurückzuziehen und die Mannschaften auszutauschen, „wenn die Lage es erlaubt“, äußerte Deckert die Vermutung, das womöglich der entscheidende zweite Teil seiner Nachricht nicht übertragen wurde, somit also nur der Befehl zum Austausch der Mannschaften verstanden wurde. Warum zu diesem Zeitpunkt allerdings die Schweriner Hundertschaft, die für die auszutauschenden Einheiten vor Ort hätten einspringen sollen, auf dem Hof von Deckerts Einsatzzentrale wartete, statt in Lichtenhagen vor Ort zu sein, bleibt dadurch ebenso unbeantwortet wie die Frage, warum die leitenden Beamten in Lichtenhagen dem Rückzugsbefehl trotz der offensichtlichen Gefahrensituation befolgten, obwohl die Einsatzkräfte aus Schwerin noch nicht eingetroffen waren.

Sowohl die Ergebnisse des späteren Untersuchungsausschuss zu den Krawallen in Rostock als auch persönliche Gespräche mit Jürgen Deckert bestätigen, dass Deckert als Einsatzleiter über weite Strecken mit der Aufgabe der Koordinierung des Polizeieinsatzes allein gelassen und entsprechend überfordert war. In der Nacht der stärksten Ausschreitungen vom Montag zum Dienstag war Deckert bereits über 40 Stunden im Dienst und somit nicht mehr im vollen Umfang handlungsfähig. Polizeichef Siegfried Kordus entzog sich wiederholt seiner dienstlichen Verantwortung, was darin gipfelte, dass er sich am frühen Montagabend, unter dem Vorwand, sein Hemd zu wechseln, in sein Haus zurückzog und von da an den gesamten Abend nicht mehr zurückkehrte. Da auch Landespolizeileiter Hans-Heinrich Heinsen es nicht für nötig hielt, sich am Einsatz zu beteiligen, war Deckert auf sich allein gestellt. Dies führte unter anderem auch dazu, dass am Montag keine Einsatzbesprechung stattfand und somit weder die Dienststellen noch die Gruppenführer und Polizisten vor Ort Informationen über ihre

Aufgaben bekamen, was zu Unmut und Verunsicherung führte.

Von der Überforderung und Erschöpfung war zudem nicht nur die Leitungsebene betroffen, sondern auch die Beamten im Einsatz vor Ort und diejenigen, die in den Dienststellen den Betrieb aufrecht erhalten mussten. Viele der Rostocker Beamten waren seit mehreren Tagen unter widrigsten Bedingungen im Einsatz, nur unterbrochen von wenigen Stunden Schlaf und ohne jegliche psychologische Betreuung. Auch die in der Nacht zum Sonntag aus Hamburg eingetroffenen Hundertschaften waren seit ihrer Ankunft in Rostock im Dauerdienst. Trotz der teilweise erheblichen Verletzungen blieben fast alle Beamten bis zum Ende der Ausschreitungen im Dienst, was im Nachhinein ebenfalls weder Erwähnung noch Würdigung erfuhr.

Vielfach wurde als Grund für das Scheitern des Polizeieinsatzes der Mangel an verfügbaren Polizeieinheiten genannt. Nach Angaben aus Polizeikreisen hätten für die Polizeiaktion in Lichtenhagen „*genügend gut ausgerüstete*“ Kräfte selbst im Raum Rostock und Schwerin zur Verfügung gestanden – nur hatte sie niemand angefordert.^c Auch Jürgen Deckert schilderte, dass er mehrfach beim Innenministerium Landespolizeieinheiten zur Verstärkung angefordert hätte, welche ihm jedoch nicht bewilligt worden seien.

Ein Problem der Polizeieinheiten, die aus anderen Bundesländern nach Lichtenhagen beordert wurden, war sicherlich die fehlende Ortskundigkeit, die bei dem labyrinthartigen Neubaugebiet das Verfolgen der Angreifer erheblich erschwerte. So dauerte es bis zum Dienstagabend, bis die Beamten erkannten, dass sich die Randalierer immer wieder durch die Fußgängertunnel von einem Innenhof in den nächsten flüchteten, eh die Polizei die Durchgänge daraufhin blockierten.

Wie bereits im Abschnitt zur Rolle der Anwohner und Zuschauer beschrieben, erschwerten die Zuschauer den Einsatz der Polizei, vor allem den Zugriff auf die Täter, die sich immer wieder in den Schutz der Menge zurückziehen konnten. Außerdem kam es wiederholt zu kleineren Sabotageakten der Polizeiarbeit. Vor allem für die Beamten aus Rostock war es zudem eine besondere psychologische Belastung, während der Ausschreitungen mitunter den eigenen Nachbarn gegenüber zu stehen, zumal nicht wenige Polizisten selbst in Lichtenhagen wohnten. Obwohl wiederholt von der politischen Linken vermutet, fand sich nur ein Zeitungsartikel, der eine Situation beschreibt, in der ein Polizeibeamter in seiner politischen

Haltung mit den Randalierern übereinstimmt. *„Glaubst Du, ihr seid die Einzigen, denen das stinkt mit den Ausländern?“ brüllt ein übernächtiger Polizist einem vom Wasserwerfer völlig durchnäßten Jugendlichen an. Dessen Zunge ist vom großen Durst schon halb gelähmt. „Ja, aber wenn wir die endlich rausschmeißen wollen, dann seid ihr gleich da“, beschwert sich der Halbwüchsige lallend. „Ihr seid ja auch doof“, entgegnet der Beamte. „Ihr müßt das ganz anders machen, beim nächsten Mal.“^{ci}*

Als Rechtfertigung für den fatalen Rückzug der Polizei in der Nacht vom Montag zum Dienstag gaben die Verantwortlichen in den Untersuchungsausschüssen an, nicht gewusst zu haben, dass sich in dem Aufgang neben der geräumten ZAst noch Menschen befanden. Diese Behauptung wurde durch Beobachtungen von Zuschauern und Journalisten mehrfach in Frage gestellt. Die Vietnamesen waren demnach bis zum Abend immer wieder auf dem Balkon des Sonnenblumenhauses sichtbar und wurden offensichtlich auch schon vor dem Abzug der Polizei zum Ziel der Randalierer. Immerhin den politischen Verantwortlichen war jedoch bewusst, dass sich im Heim noch vietnamesische Gastarbeiter befanden. Die Verantwortlichen in Rostock und Schwerin sahen jedoch nach eigener Aussage keine Gefahr für diese, da sich der Protest ja überwiegend gegen die Flüchtlinge aus Rumänien gerichtet hätte. Deshalb wurde das Heim der Vietnamesen nicht evakuiert und auch keine Polizeieinheiten zu dessen Schutz bereitgestellt, wie dies noch am frühen Abend von Kleemann und Magdanz persönlich bei der Polizeidienststelle gefordert worden war. Stattdessen wurde so deutlich wie möglich an die Bewohner das Signal gesendet, das die ZAst nun ja jetzt leer sei, in der Hoffnung, dass sich viele nun nicht mehr an weiteren Krawallen beteiligen würden. Das unter diesen Umständen die Polizeibeamten, vor allem die zugereisten, davon ausgehen konnten, dass mit der Räumung der ZAst alle möglicherweise gefährdeten Personen in Sicherheit gebracht worden waren, ist nachvollziehbar, zumal Reporter nach der Räumung der ZAst vom Unmut der Einsatzkräfte berichteten, warum man hier das leere Gebäude schützen würde.

Des Weiteren widersprechen mehrere Berichte von Reportern und Augenzeugen der Behauptung, es seien nach dem Rückzug keine Polizisten mehr vor Ort gewesen. Nach verschiedenen Angaben befanden sich in unmittelbarer Nähe des Geländes sehr wohl Einheiten, die jedoch nicht eingriffen und dies zum einen damit rechtfertigten, angeblich nichts von den Brandanschlägen bemerkt zu haben, was angesichts der Flammen und des Lärms unglaubwürdig erscheint, oder darauf hinwiesen, dass sie keinen Einsatzbefehl erhalten hätten.

Trotz des offensichtlich auf mehrfacher Ebene gescheiterten Polizeieinsatzes gaben sowohl Deckert als auch Kordus und Kupfer in den Stellungnahmen unmittelbar nach der Katastrophe einstimmig an, dass der Einsatz planmäßig verlaufen wäre und die Sicherheit der vietnamesischen Gastarbeiter zu keinem Zeitpunkt in Gefahr gewesen sei. Man hätte demonstriert, dass die Rostocker Polizei auch unter den schwierigsten Bedingungen jederzeit souverän geblieben sei. Spätestens die Ausstrahlung des Filmmaterials des ZDF-Reporterteams, das sich während der Ausschreitungen im Sonnenblumenhaus befunden hatte, führte diese Aussagen ad absurdum. Es begann daraufhin ein langer Prozess der Aufarbeitung des Einsatzes in einem Untersuchungsausschuss (siehe Kapitel 14). Gegen Jürgen Deckert wurde zudem ein Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Brandstiftung durch Unterlassung eingeleitet, das erst im Jahr 2000 eingestellt wurde. Noch im selben Jahr der Krawalle wurde Deckert an die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Güstrow versetzt. Kordus wurde bereits in der Woche nach den Krawallen zum Leiter des Landeskriminalamts Mecklenburg-Vorpommerns befördert. Auch gegen ihn lief bis 1994 ein Ermittlungsverfahren.^{cii}

11. DIE ROLLE DER POLITIK

Wie bereits die vorangegangenen Kapitel u.a. zur Asyldebatte und den Streit um die ZAst vermuten lassen, gab es nur wenige Politiker, die während der Krawalle positiv in Erscheinung getreten waren. Die überwiegende Mehrheit der verantwortlichen Politiker ist vor, während und nach den Ausschreitungen ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

11.1. Landesinnenminister Lothar Kupfer, CDU

Landesinnenminister Lothar Kupfer (CDU), der sich kurz nach seinem Amtsantritt für „eine knallharte“ Änderung in der Asylpolitik aussprach^{ciii} und dessen Weigerung, die ZAst frühzeitig zu verlegen, zur Eskalation im Vorfeld der Krawalle beitrug, erschien während der Krawalle erst am Sonntag in Rostock, um dann in einer Presseerklärung zunächst Verständnis für die aufgebrachtten Bürger zu zeigen, die Kriminalität der Asylsuchenden und den Asylmissbrauch als Ursache ins Feld zu führen und mit der Forderung nach der Grundgesetzänderung des Asylparagraphen zu schließen.

Kupfer erwog in der darauffolgenden Nacht in Lichtenhagen eine Rede zu halten, ließ dies nach Bedenken bezüglich seiner Sicherheit jedoch unterbleiben. Am Montag ordnete er die Evakuierung der ZAst an, ohne die Politiker in Rostock darüber zu informieren. Die Forderung

von Jürgen Deckert nach Verstärkung der Polizeieinheit durch zwei Hundertschaften der Schweriner Landespolizei, lehnte er ab. In der Nacht des 24. August war Kupfer in den entscheidenden Stunden, ebenso wie der Polizeipräsident Kordus, nicht zu erreichen.

Nach den Krawallen wies Kupfer jegliches Verschulden von sich und wiederholte stattdessen seine These, die Asylsuchenden selbst seien an den Krawallen schuld. Obwohl er als Innenminister die Verantwortung sowohl für die ZAst als auch den Polizeieinsatz zu tragen hatte, lehnte er einen Rücktritt ab: „*Ich wüßte nicht, was ich mir vorzuwerfen hätte*“^{civ} Erst als er in einem Spiegelinterview darauf angesprochen wurde, ob er von den Vorfällen überhaupt betroffen gewesen sei, äußert er sich wie folgt:

SPIEGEL: Die Landesregierung hat nach den schlimmen Ausschreitungen(...) vor allem Verständnis für die Anwohner und Protestler wegen der „Überfrachtung“ des Viertels durch Asylbewerber geäußert. Was muß eigentlich passieren, damit Ihnen ein deutliches Wort des Entsetzens über soviel Gewalt über die Lippen kommt?

KUPFER: Ich kann heute hier gern sagen, daß ich über das Ausmaß, über die Brutalität, über die blinde Zerstörungswut durchaus entsetzt bin.^{cv}

Nachdem mehrfache Rücktrittsforderungen von Kupfer zurückgewiesen wurden, entließ ihn Ministerpräsident Bernd Seite am 11. Februar 1993 nach langanhaltendem Druck der Opposition schließlich aus seinem Amt.

11.2. Oberbürgermeister von Rostock Klaus Kilimann, SPD

Der Rostocker Oberbürgermeister Klaus Kilimann, der sich im Vorfeld der Krawalle dadurch hervorgetan hatte, die Landesregierung zwar wegen ihrer Untätigkeit bezüglich der ZAst anzugreifen, jedoch selbst keine Schritte unternahm, die Eskalation zu unterbinden, war zur Zeit der Ausschreitungen in seinem Sommerurlaub in einem Ferienhaus in Hasenwinkel. Dort ging er nicht ans Telefon, sah auch keine Fernsehnachrichten noch las er Zeitung. So musste ein Mitarbeiter der Bürgerschaft in der Nacht vom Sonntag zum Montag zum Ferienhaus fahren, um ihn persönlich über die Vorfälle in Rostock-Lichtenhagen zu unterrichten und nach Rostock zu holen. Noch in derselben Nacht fand eine Krisensitzung in der Bürgerschaft statt, bei der die Evakuierung der Asylsuchenden zwar erwogen, aber schließlich abgelehnt wurde. Als dann am Montag schließlich doch die Evakuierung des Heims durchgeführt wurde, war Kilimann schon wieder auf dem Weg zurück in sein Ferienhaus. Er kehrt auch nicht nach der Brandnacht zurück und überließ, wie bereits zuvor die Geschäfte seinem Stellvertreter Wolfgang Zöllick (CDU). Jochen Schmidt zitiert in seinem Buch „Politische Brandstiftung“

einen Auszug aus der Befragung Kilimanns, der verdeutlicht, wie gering das Interesse des Bürgermeisters an den Vorgängen bei der ZAst gewesen sein müssen.

Frage: *Hat der OB am Montagabend und in der Nacht keine Nachrichten gesehen oder gehört, wenn schon keine telefonische Verbindung bestand?*

Kilimann: *„Habe ich tatsächlich nicht. So daß ich die Sache im Kopf abgehakt hatte“^{cvi}*

Nach den Krawallen galt Kilimanns größte Sorge zunächst dem Image seiner Stadt, die sich im Rahmen der Olympia 2000-Bewerbung als Austragungsort für die Regatta bewarb. *„Der Imageverlust ist schon schlimm“^{cvi}* äußerte sich Kilimann und vermutete: *„daran werden wir wohl eine Weile zu knabbern haben“^{cvi}*

Ebenfalls besorgt war er über eine mögliche *„Rache der Linken“^{cix}* nach den Ausschreitungen und warnte vor der Großdemonstration gegen Fremdenhass und Faschismus: *„Wir sagen den Rostocker Eltern. Schicken Sie bitte ihre Kinder nicht dorthin.“^{cx}*

Klaus Kilimann lehnte zunächst einen Rücktritt ab. Erst am 12 November 1993 räumt er unter öffentlichen Druck und dem Bekanntwerden unlauterer Grundstücksgeschäfte sein Amt.

11.3. Stellvertretender Bürgermeister von Rostock Wolfgang Zöllick, CDU

Wolfgang Zöllick gehört zu den wenigen Politikern, die während der Ausschreitungen täglich vor Ort waren und das Gespräch mit den Zuschauern und Randalierern suchte. Obwohl Zöllick, nach eigenen Angaben, die Haltung Kupfers zur Asylfrage teilte, zeigte er sich in einem Interview offen schockiert über seine Erlebnisse:

FRAGE: *Sie sagten am Sonntagabend auf einer Pressekonferenz, die Stimmung ist „außerordentlich besorgniserregend“. Sind es die kampierenden Flüchtlinge vor der Zentralen Anlaufstelle(ZAF) oder die Gaffer und Rassisten, die Ihre Besorgnis erregen?*

ZÖLLICK: *Besorgniserregend war für mich, als ich am Samstagabend versucht habe mit Leuten ins Gespräch zu kommen, die einfach nicht ansprechbar waren...*

FRAGE: *...weil sie besoffen waren...*

ZÖLLICK: *...solche hat es auch gegeben. Nein, ich meine die Anwohner, die sehr wohl differenziert haben. Aber es gab wirklich auch viele extreme Leute, die bedenkenlos faschistische Parolen interpretierten und beklatschten. Das ist erschütternd und hat mich tief getroffen. Es waren nicht nur 12- und 13jährige, die nach dem Führer riefen, sondern auch reifere Menschen.*

Ein Ausschnitt aus dem Film *„The Truth Lies in Rostock“* zeigt Zöllick in der Nacht vom Sonntag zum Montag bei dem vergeblichen Versuch, dem Hass Einhalt zu gebieten. Als er betont, dass

es sich bei den Asylsuchenden im Heim schließlich doch um Menschen handele, wird er von den Menschen ausgelacht. Ein Anwohner ruft ihm zu: „*Menschen?! Red doch keinen Scheiß! Das sind doch keine Menschen!*“^{cx1} Auch am Nachmittag des 24. August war Zöllick vor Ort und versuchte, die Eskalation durch Gespräche zu verhindern, indem er unter anderen vermehrt darauf hinwies, dass das Asylantenheim bereits leer sei. Sein Einsatz blieb jedoch vergeblich, so dass sich auch Zöllick vom Gelände zurückzog, bevor die Katastrophe einsetzte, und stattdessen auf eine Familienfeier ging.

11.4. Innensenator von Rostock, Peter Magdanz, SPD

Der damalige Rostocker Innensenator Peter Magdanz (SPD) war u.a. für die Erschließung eines Ausweichquartiers für die Bewohner der ZAst verantwortlich. Einen Einfluss auf den Polizeieinsatz hatte er jedoch nicht, dieser oblag der Verantwortung des Landesinnenministeriums. In der Woche vor den Anschlägen gab er nach einem Aufruf der „Interessengemeinschaft Lichtenhagen“ in den Rostocker „Neuste Norddeutsche Nachrichten“ eine Warnung vor Ausschreitungen u.a. beim Ordnungsamt ab, die jedoch nicht ernst genommen wurde. Magdanz kehrte Sonntag aus seinem Wochenendhaus nach Rostock zurück und war ab diesem Zeitpunkt im Rathaus, wo er auf einem Feldbett schlief. Er war auch jeden Abend in Lichtenhagen vor Ort.

Nach der Eskalation der Gewalt am Wochenende, so erinnert sich Magdanz im Nachhinein, wäre die Einschätzung der Lage am Montag ein Fehler gewesen. Man sei von Rostocker Seite davon ausgegangen, dass sich unter der Woche niemand zu einer Demonstration versammeln würde und durch die Räumung der ZASt die Ursache des Aufruhrs ja beseitigt gewesen sei. Doch bei einer Arbeitslosigkeit von 17 Prozent, Sommerferien und der noch nicht lange zurückliegenden Tradition der Montagsdemonstrationen war dies eine Fehleinschätzung. Darüber hinaus musste Magdanz später erkennen, dass das Asylbewerberheim zwar der Anlass der Ausschreitungen gewesen war, jedoch keinesfalls deren alleiniger Grund, weshalb die Krawalle dann ja auch nach der Räumung der ZASt weitergehen sollten. Nachdem am Nachmittag offenkundig wurde, dass sich die Lage in Lichtenhagen keineswegs beruhigen würde, sondern im Gegenteil, sich verschärfte, gingen Magdanz und der Rostocker Bürgerschaftspräsident Christoph Kleemann zur Polizeidirektion und sprachen sich dort für eine Verstärkung der Einsatzkräfte aus. Da die Weisungsbefugnis nicht in Rostocker sondern Schweriner Hand lag, blieb Magdanz und Kleemanns Gesuch ergebnislos. In der Nacht des 24. August koordinierte Magdanz den Einsatz der Feuerwehr und die Evakuierung der vietnamesischen Heimbewohner. Er unterstützte in den folgenden

Tagen den Ausländerbeauftragten Wolfgang Richter bei der Unterbringungen und Versorgung der Vietnamesen in einer Notunterkunft. Wolfgang Richter erwähnt in einem Gespräch mit Jochen Schmidt, Magdanz sei *„einer der ganz wenigen, die durch die Ereignisse etwas gelernt hätte.“*^{cxii}

Nur wenige der damals verantwortlichen Politiker und Behördenleiter, wie Peter Magdanz oder der Einsatzleiter der Polizei, Jürgen Deckert, sehen ihre Rolle im Rückblick selbstkritisch. Der damalige Bürgerschaftspräsident Christoph Kleemann sagte in diesem Zusammenhang in einem persönlichen Gespräch: *“Keiner der damals in der Verantwortung war, kann sich guten Gewissens als schuldlos betrachten.“* Auf die Frage, was er hätte ausrichten können, antwortete Kleemann, *„Ich hätte immerhin Kilimann aus seiner Sommerresidenz holen müssen, und wenn ich es persönlich hätte machen müssen. Das wäre meine Pflicht gewesen.“*

11.5. Ausländerbeauftragter von Rostock, Wolfgang Richter

Zu denjenigen Politikern, die sich im Zusammenhang mit den Krawallen engagiert gezeigt haben, zählt u.a. der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock, Wolfgang Richter, der sich sowohl im Vorfeld der Krawalle für eine Verbesserung der Zustände im Heim eingesetzt hatte als auch mehrfach vor einer Eskalation der Situation um die ZAst warnte und eine Reaktion des Senats und der Landesregierung forderte. Er war in der Brandnacht des 24. August mit den Vietnamesen, den Wachleuten, Sozialarbeitern, den Aktivisten der Antifa und einem ZDF-Fernseheteam im Heim eingeschlossen. Er versuchte, Hilfe zu organisieren und koordinierte schließlich die Evakuierung der Vietnamesen in eine andere Unterkunft. Das Versagen der Polizei und die ausbleibende Hilfe der Politiker war für ihn nicht nur eine politische, sondern auch eine große persönliche Enttäuschung. In der Rede vor der Rostocker Bürgerschaft fragte er: *„Wie ist mit der Warnung vor rechtsradikalen Übergriffen umgegangen worden?“* wollte Wolfgang Richter, Ausländerbeauftragter der Stadt, wissen. *„Warum ist der Bundesgrenzschutz nicht rechtzeitig angefordert worden? Oder die Bundesarmee? Uns wäre es egal gewesen, wer uns gerettet hätte!“*^{cxiii}

Das Angebot der Bürgerschaft, Richter ins goldene Buch der Stadt einzutragen, lehnte dieser ab. Richard von Weizsäcker ehrte ihn einige Monate später für sein Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz.

12. DIE ROLLE DER MEDIEN

Die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen wurden von einer intensiven Medienberichterstattung begleitet. Spätestens im Tagesverlauf des 24. August waren alle öffentlichen und privaten Fernsehkanäle Deutschlands mit eigenen Übertragungswagen vor Ort. Die Fernsehteams positionierten sich auf dem Hof des Supermarktes vor dem Sonnenblumenhaus und bauten ihre Kameras auf dessen Dach auf. Auch viele internationale Fernsehstationen entsandten Reporterteams, um von den Unruhen im neu-vereinten Deutschland zu berichten. Darüber hinaus waren Fotografen und Journalisten von Zeitungen und Zeitschriften aus aller Welt in Lichtenhagen unterwegs, führten Interviews und versuchten, die Stimmung, die nach „Mordlust“^{cxiv} roch, einzufangen. Schließlich war es ein Fernsehteam des ZDF-Magazins „Kennzeichen D“, das in der Brandnacht mit den vietnamesischen Bewohnern im Heim eingeschlossen war und durch dessen Bericht am darauffolgenden Tag die Weltöffentlichkeit über das ganze Ausmaß der Katastrophe und die Lebensgefahr, der sich die Vietnamesen ausgesetzt sahen, erfuhr. Auch waren die Medien die Ersten, die noch in der Brandnacht Fassungslosigkeit und Wut über die Untätigkeit der Polizei und das Versagen der Politik äußerten und die Verantwortlichen zur Rede stellten.

Doch die Rolle der Medien wurde im Nachhinein auch vielfach kritisiert. So warf der CDU-Innenminister Kupfer bei seiner Rede im Landtag der Presse vor, die Ausschreitungen von Rostock „mit herbeigeschrieben“^{cxv} zu haben. Auch der Rostocker Bürgerschaftspräsident Christoph Kleemann kritisiert die teilweise sensationsheische Berichterstattung. So beschreibt er einen Reporter vom NDR, der sich mit den Krawallen profiliert habe. Am Montag Nachmittag hätte dieser sich vor das Heim in die Mitte der Schaulustigen gestellt und gesagt: *“Noch ist alles ruhig. Noch ist nichts passiert. Doch wie lange noch?”* und befeuerte damit aus Kleemanns Sicht eine Erwartungshaltung, die potentielle Täter hätte mobilisieren können. Wiederholt finden sich in Berichten Schilderungen darüber, wie Reporter Jugendlichen Geld für einen Hitlergruß angeboten hätten.^{cxvi}

Für die jugendlichen Täter und die Anwohner wurden das Posieren und das Abgeben von Statements zur täglichen Routine. *„Es entwickelt sich fast zum Sport (...), den zahllos angereisten Journalisten die Horrorgeschichten von “in die Ecke schießenden Zigeunern“ zu erzählen“.*^{cxvii}

Während die Anwohner im Verlauf der Krawalle die Medien noch bereitwillig als Gelegenheit nutzten, ihre Ansichten über Ausländer und ihre Wut auf die Politik öffentlich zu machen, klagten sie nach der Brandnacht darüber, dass in der Berichterstattung ein negativ verzerrtes

Bild von ihnen gezeichnet worden wäre. So schrieb Gunar Leue in einem Bericht für die „Junge Welt“: *Die Rostocker sind sauer, stinksauer auf die Medien, die nach ihrer Ansicht die Wahrheit unterdrücken und nur gewillt sind, die Stadt mit ihren häßlichen Ostdeutschen zu zeigen.*^{cxviii}

Die Medien hätten das Bild Rostocks im Ausland ruiniert, so deren Tenor. Dieser Ärger schlug dann am Dienstag in Gewaltaktionen gegen Übertragungswagen um, die mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen wurden. Die Fernsehstationen flüchteten daraufhin vom Gelände des Sonnenblumenhauses.

Neben der berechtigten Kritik an der Art und Weise der Berichterstattung fanden sich auch absurde Anschuldigungen an die Medien wieder. So äußerte der CDU Fraktionsführer Rehberg im Schweriner Landtag: *„die Polizei sei von Kamascheinwerfern so geblendet worden, daß sie „manchmal völlig handlungsunfähig“ gewesen sei“.*^{cxix} Die Staatsanwaltschaft Rostock ging nach den Krawallen u.a. dem Verdacht nach, das ZDF-Team des Magazins „Kennzeichen D“ hätte die Krawalle inszeniert.

13. REAKTIONEN, FOLGEN UND KONSEQUENZEN

13.1. Folgetaten und Reaktion der Rechten Szene

Die Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen wurden in der rechten Szene als großer Sieg gefeiert, nicht nur, weil sich gezeigt hätte, dass mit Gewalt auf der Straße politische Veränderungen herbeizuführen seien, sondern auch gerade wegen der breiten Akzeptanz in der Bevölkerung. In Interviews äußerten sich dazu u.a. Christian Worch: *„Die Polizei gegen die eigene Bevölkerung marschieren zu lassen, ist vor allem in Mitteleuropa fatal.“*^{cxx} Und Friedhelm Busse, Vorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei, prophezeite: *„Es wird bald in verschiedenen Städten auf einmal knallen.“*^{cxxi}

„Rostock“ so titelte u.a. die „Neue Zeit“, könne ein *„Signal für eine Welle von Gewalttaten sein.“*^{cxxii} Tatsächlich wurden allein am Tag nach der Brandnacht zwanzig Anschläge in Ost- und Westdeutschland gemeldet.

Die Zeitung „Die Welt“ listet die Angriffe wie folgt auf:

Nach den fünftägigen Krawallen in Rostock sind am Wochenende mindestens 20 Asylbewerberheime in Ostdeutschland und mehrere in Westdeutschland angegriffen worden. Ungefähr 1000 vorwiegend jugendliche Täter waren an den Anschlägen und Krawallen beteiligt. Rund 125 von ihnen wurden festgenommen. In COTTBUS randalierten etwa 200 Rechtsradikale zwei Nächte lang. In EISENHÜTTENSTADT verletzten etwa 80 Jugendliche sieben Polizisten. In LEIPZIG

zündeten Jugendliche ein Zeltlager von Asylbewerbern an. In STENDAL, ZIELITZ, MARKKLEEBERG, SCHWERIN, OSCHERSLEBEN, WISMAR, GREIFSWALD UND SÖMMERDA griffen jugendliche Randalierer mit Baseballschlägern und Schlagstöcken, mit Brandsätzen und Steinen, Asylbewerberheime und die sie schützenden Polizisten an. In HENNINGEN warfen junge Leute unter „Sieg Heil“ Rufen Fenster eines Heims ein. Im WESTEN DEUTSCHLANDS wurde auf ein Asylbewerberheim in GROß-BIEBERAU geschossen. Heime in BAD LAUTERBERG und SAARLOUIS wurden attackiert.^{cxiii}

Auch in den folgenden Wochen und Monaten riss die Welle der Gewalt nicht ab und auch die Rücksichtslosigkeit der Täter nahm zu. Während die Krawalle von Rostock und Hoyerswerda durch glückliche Umstände keine Todesopfer gefordert hatten, waren die Anschläge von Mölln und Solingen 1993 gezielte Mordanschläge, die 8 Menschen das Leben kosteten, darunter 5 Kindern.

In der rechten Szene haben die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen Legendenstatus. So wurden die Ereignisse wiederholt in der einschlägigen Musikszene thematisiert und von den rechten Parteien instrumentalisiert. 1998 veranstaltete die NPD ihre Abschlusskundgebung zur Bundes- und Landtagswahl vor dem Sonnenblumenhaus.^{cxiv} Am 20. Juli 2002 kam es erneut zu einem Angriff auf das Haus und einem Brandanschlag auf eine Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt und eines Asia-Geschäftes.^{cxv}

13.2. Reaktionen der Politik

Die ersten politischen Reaktionen nach der Brandnacht des 24. August bestanden überwiegend aus gegenseitigen Anschuldigungen der Parteien untereinander. Die Christdemokraten suchten die Ursache der Krawalle in dem „*unkontrollierten Zustrom*“^{cxvi} von Ausländern, der die Bewohner „überfordere“ und gaben der SPD durch ihre Blockade einer Gesetzesänderung des Asylrechts im Bundesrat eine Mitschuld. Die Krawalle waren Anlass dazu, den Druck auf die Sozialdemokraten zu erhöhen. So äußert sich zum Beispiel Rita Süßmuth: „*daß in der Asylpolitik gemeinsames Handeln aller politisch Verantwortlichen notwendig ist, um Schaden für Asylsuchende und politischen Schaden sowie eine weiteren Radikalisierung abzuwenden*“.^{cxvii}

In den Stellungnahmen wurden die Leidtragenden der Ausschreitungen so zu Tätern gemacht und über die „*handelsübliche Betroffenheit*“^{cxviii} hinaus fanden die Politiker kaum ein Wort der Anteilnahme. Stattdessen fielen hochkarätige Politiker mit kruden Erklärungstheorien auf. So äußerte Bundesinnenminister Seifers den Verdacht, linke und rechte Autonome hätten bei den

Krawallen zusammengearbeitet^{cxxix} und Helmut Kohl behauptete im Bundestag, er gehe davon aus, dass die Stasi die Krawalle „*generalstabsmäßig*“^{cxxx} geplant hätte. Bemerkenswert an Kohls Regierungserklärung, einen Tag nach den Krawallen, war auch die Tatsache, dass er den Ausschreitungen in seiner fast einstündigen Rede kaum Beachtung schenkte. So kritisierte „Der Spiegel“: *Die in Bonn haben, scheint es, mal wieder nichts kapiert. In Rostock ist Gefahr für die deutsche Demokratie im Verzug, und Helmut Kohl spricht am Donnerstag im Kabinett erstmal über die Dollarwäsche. Dann über sein Privattreffen mit Francois Mitterand auf Borkum. Dann über Jugoslawien-Krise. Der Kanzler redet und redet – eine Stunde lang, bis er, ganz zum Schluß, über die „Vorfälle“ in der Ostseestadt berichtet, die, wie üblich, „auf das schärfste“ verurteilt werden. Kein Wort des Mitleids mit den Opfern*

Die Landespolitiker der CDU nahmen sich indessen gegenseitig in Schutz und wiesen jede Schuld von sich. Dagegen beschuldigten sie unter anderem den Ausländerbeauftragten der Stadt Rostock, Wolfgang Richter, dem Ministerium Informationen über die Zustände vor der ZAst vorenthalten zu haben, ein Vorwurf, den Richter sofort scharf zurückwies und seinerseits die Landesregierung mitteilte, er hätte Innenminister Kupfer sowie Innensenator Magdanz „*mehrfach informiert*“, doch von politischer Seite seien keine Maßnahmen unternommen worden.^{cxxxi}

Die SPD forderte den Rücktritt von Innenminister Kupfer und dem Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns. Auf der Suche nach einem Verantwortlichen schaltete sich nun auch der Koalitionspartner der CDU, die FDP, in Person der Fraktionsvorsitzenden Stefanie Wolf ein. Sie sah die Verantwortung für die Zustände bei der ZAst und die verheerenden Fehler beim Polizeieinsatz unzweifelhaft beim Innenminister Kupfer und legte einen Fragenkatalog vor „*an deren Ende nur der Rücktritt von Kupfer stehen konnte.*“ Wolf kritisierte Kupfer mit den Worten „*es mangelt an Kompetenz*“.^{cxxxii}

Ogleich Kupfer die Zweifel an seiner Rolle bei den Ausschreitungen nicht ausräumen konnte, sah er keinen Anlass dazu, den Rücktrittsforderungen nachzukommen. Ministerpräsident Seite nahm ihn in Schutz und die FDP beugte sich bei der Abstimmung über den Rücktritt schließlich dem Druck des Koalitionspartners und beließ Kupfer im Amt. Neben den vielen Stellungnahmen, die sich mit der Suche nach den Schuldigen der Krawalle beschäftigten, fanden sich auch in den ersten Tagen mahnende und selbstkritische Stimmen. So sprach Richard von Weizsäcker davon, die Ausschreitungen seien auch das Ergebnis einer politischen

Parteikultur, die „*machtversessen und machtvergessen*“^{cxxxiii} agiere.

Der Zentralrat der Juden forderte in einer Stellungnahme *“alle demokratischen Kräfte“* auf: *“Niemand darf mehr schweigen, wenn unschuldige Menschen wegen der Bedrohung durch rechtsradikale Gewalt um ihr Leben bangen müssen. Besonders widerwärtig ist die Unterstützung der Schlägertrupps durch weit über tausend Zuschauer*“^{cxxxiv}

Der CSU-Landesgruppenvorsitzender Wolfgang Bötsch unterstrich: *“Es darf kein Zurückweichen der Ordnungskräfte geben.*“^{cxxxv}

Hans-Jochen Vogel (SPD) reiste umgehend nach Rostock und der Bundesvorstand der Grünen verlegte seine Sitzung nach Rostock *“Als Demonstration gegen Ausländerhaß.*“^{cxxxvi}

Wolfgang Schäuble (CDU) und Heiner Geißler (CDU) warnten vor einem Aufkommen des „*Rechtsterrorismus*“^{cxxxvii} und die Ausländerbeauftragte des Bundestages, Cornelia Schmalz-Jacobsen, forderte eine Sondersitzung des Bundestages. *„Es gehe jetzt um das Bild der Deutschen im Ausland.*“^{cxxxviii}

Über das gebetsmühlenartige Beharren der Union auf einer raschen Änderung des Asylrechtsparagrafen im Grundgesetz hinaus diskutierten die Parteien nach den Ausschreitungen auch über konkrete Maßnahmen. Die Minister der Länder sorgten dafür, dass die Asylbewerberheime in den Ländern mit verstärkter Polizeipräsenz vor Angriffen geschützt wurden. Wolfgang Schäuble sprach sich u.a. für härtere Strafen und ein eingeschränkteres Versammlungsrecht aus.^{cxxxix} Bundesjugendministerin Angela Merkel entwarf einen Aktionsplan für eine offene Jugendarbeit, um dem Zulauf zur rechten Szene Einhalt zu gebieten.^{cxli} Der Innenausschuss des Bundestages und die Gewerkschaft der Polizei berieten über die Schaffung einer Sondertruppe gegen Straßenterror.^{cxli}

Am Samstag den 30. August 1992 fand eine von der Antifa und linken Parteien organisierte Gegendemonstration in Rostock statt, zu der trotz ausdrücklicher Warnung des Rostocker Bürgermeisters Klaus Kilimanns, nicht dorthin zugehen, 15.000 Teilnehmer in Lichtenhagen gegen Faschismus und Fremdenhass demonstrierten. Von dem großen Polizeiaufgebot bei dieser Demonstration zeigten sich die Veranstalter und auch einige Journalisten irritiert. Plötzlich schien es möglich, so viele Einsatzkräfte wie nötig und sogar Hubschrauber bereit zu stellen, obwohl noch Tage zuvor mit der Begründung argumentiert wurde, man hätte den rechten Gewalttätern u.a. aus Mangel an Beamten und Fahrzeugen nicht Herr werden können.

13.3. Reaktionen der Deutschen Presse

Neben der breiten Berichterstattung über den politischen Schlagabtausch in Folge der Krawalle fanden in der Presse auch erste Versuche einer Aufarbeitung statt. Je nach politischer Haltung kamen die Zeitungen und Autoren dabei zu sehr unterschiedlichen Erklärungsversuchen. Die eher als konservativ zu bezeichnende Zeitung „Die Welt“ sah die Krawalle als eine Spätfolge der DDR. Der Autor des Artikels, Hans Joachim Nöh, ließ darin vielfach Verständnis für die Randalierer und Anwohner erkennen. Mit seiner ausführlichen Schilderung der Belästigungen und des kriminellen Verhaltens der Asylsuchenden legt er allerdings die Schlussfolgerung nahe, dass sich die Ausschreitungen aufgrund des ungehinderten Zustroms an Asylsuchenden ereignet hätten.

Die linksorientierte Zeitung „taz“ stellte diese These angesichts des Zahlenverhältnisses von Einwohnern und Asylsuchenden folgendermaßen in Frage: *„Ein paar 100 Ausländer zwischen 20.000 Deutschen in der Neubausiedlung, wer soll das aushalten?“^{cxlii}*. In den zahlreichen Berichten und Reportagen der Journalistin Bascha Mikas wurden die Ausschreitungen als Aufbegehren gegen soziale Missstände, als Folge einer misslungenen und übereilten Einheitspolitik und Ausdruck eines latent in allen Gesellschaftsschichten vorhandenen Faschismus gedeutet.

In der konservativen „Berliner Morgenpost“ drückte Wolfgang Thierse in seinem Essay *„Realer Sozialismus erzeugte eigene Form der Apartheid“* zunächst sein Entsetzen über das Geschehene aus und zeigte deutlich die Parallelen zwischen den Ereignissen in Rostock und den Pogromen zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus auf. Anschließend versuchte sich Thierse an einer sachlichen Aufarbeitung der Ausschreitungen, deren Ursachen er zunächst in einer *„DDR typischen Fremdenfeindlichkeit“* sieht, die als das Ergebnis *„unseres Hospitalismus“* sowie eines *„Nationalismus“* zu einer *„Art Apartheid“* zwischen Gastarbeitern und DDR-Bürgern geführt hätte. Thierse schließt diese These mit der fast entschuldigend klingenden Äußerung: *„Wir haben schlichtweg nicht gelernt mit Fremden umzugehen.“*

Als weiteren Grund für die Geschehnisse in Lichtenhagen sah Thierse die politischen Fehler im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und formulierte sechs Forderungen bzw. Aufgaben an die Zukunft:

Wenn diese Beobachtungen über Zusammenhänge und Ursachen von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß in Ostdeutschland in ihrer Tendenz zutreffen – es sind Hypothesen und Annäherungsversuche – sollte sich die demokratische Öffentlichkeit in Deutschland über einige

Konsequenzen verständigen: ERSTENS: Wir sollten uns (...)über das Ziel der Wiederherstellung eines gesellschaftlichen Klimas einig sein, in dem Aggressionen gegen Ausländer das sind, was sie sind. Nämlich Verbrechen! Das schließt ein, daß der Rechtsstaat seine selbstverständliche Aufgabe erfüllt, ausländische Mitbürger zu schützen und Verbrechen zu ahnden. ZWEITENS: Wir sollten uns darüber verständigen, wie Lernprozesse gerade im Osten Deutschlands zu organisieren sind, durch die Fremdheit und Andersartigkeit positiv erfahren und bewertet, also nicht beängstigend, nicht als die eigene Identität gefährdend empfunden werden. DRITTENS: Wir sollten darüber nachdenken, wie man vorhandene Ängste wirklich ernst nehmen kann, ohne sie parteipolitisch zu instrumentalisieren, und damit Wahlen gewinnen zu wollen. VIERTENS: Wir sollten die demokratischen Mitwirkungs- und subjektiven Handlungsmöglichkeiten für Individuen und vor allem für junge Leute stärken. FÜNFTENS: Wir sollten darüber nachdenken, wie die integrativen Kräfte der Gesellschaft gestärkt werden können, und zwar so, daß sie vom einzelnen nicht als Zwang erfahren werden. Es gilt die Offenheit der demokratischen Gesellschaft zu verteidigen. SECHSTENS: Wir müssen neu über friedliche Lösungen in sozialen Konflikten nachdenken, im Streit um das Teilen, im Verteilungskampf. Denn die Einheit Deutschlands, die Einheit Europas wird keine Idylle sein. Auch dafür ist die Ausländerfeindlichkeit ein Menetekel. Die erkennbare Mühe um soziale Gerechtigkeit – nicht erst ihr Gelingen – wird eine elementare Voraussetzung sein, daß wir Konflikte in Zukunft friedlich austragen können. Thierse schließt seinen Artikel mit der Frage nach dem Scheitern der Einheit: Es wäre furchtbar, wenn die deutsche Einheit, das Wiedererstehen eines deutschen Nationalstaats, unabwendbar verbunden wäre mit Aggressivität, mit Ausgrenzung, dem Wiedererstehen eines deutschen Nationalismus. Dann wäre sie Irrtum, ein Fehler gewesen – aber nur dann!^{cxliiii}

In einem Kommentar für die Wochenzeitung „Die Zeit“ bezeichnet der jüdische Journalist Richard Chaim Schneider die Ausschreitungen als die Wiederholung der Geschichte und stellte die Frage nach der Zivilcourage der Deutschen, nicht zuletzt die der Intellektuellen: „Ich gebe gern zu, daß meine Vision illusionär ist, Hunderttausende von Deutschen stellten sich schützend vor Asylantenheime. Daß es verrückt ist zu hoffen, ein Günther Grass, ein Gerhard Zwerenz, ein Walter Jens schöben vor den Türen der Asylbewerber Wache, nachdem sie jahrzehntelang versichert hatten, sie seien anders als ihre Väter. Aber meine lächerliche Hoffnung wurde tagein, tagaus von dem großen Gejammere genährt, man habe keine Chance zu beweisen, daß man aus der Geschichte gelernt habe. Na bitte, endlich ist sie da, die Stunde der Bewährung. Wo ist jener Feuilletonist, der mir noch vor wenigen Jahren bei einer gemütlichen Tasse Kaffee versicherte, die Nazis hätten heute keine Chance mehr, weil „wir“ diesmal auf die

Straße gehen und kämpfen würden?^{cxliv}

13.4. Reaktionen im Ausland

Die Krawalle erregten ein weltweites Medienecho. Ähnlich wie ihre deutschen Kollegen zogen dabei auch die internationalen Journalisten mit großer Sorge Parallelen zwischen den Ausschreitungen in Rostock und den Pogromen der Nazi-Zeit. So sprach das norwegische „Dagbladet“ von der *„deutschen Kristallnacht 1992“* und stellte fest: *„Die Rufe waren dieselben wie damals.“*^{cxlv} Die französische Zeitung „Le Monde“ verband das Entsetzen über die Ausschreitung mit einer Warnung vor einem neuen Großdeutschland: *„Ausländerfeindliche Krawalle oder gewalttätige Demonstrationen rechtsextremer Gruppen gibt es auch in Frankreich, in Großbritannien, in den Niederlanden und sogar in Schweden, aber wenn sie sich in Deutschland abspielen, lösen sie – aus offensichtlichen historische Gründen – sofort eine sehr viel größere Unruhe aus.“*^{cxlvi} Auf der Suche nach Ursachen vermutete die „Washington Post“, die Eskalation der Krawalle scheine *„mit wachsendem deutschen Stress mehr zu tun zu haben als mit wachsendem Flüchtlingsdruck.“*^{cxlvii} Die „Züricher Zeitung“ vertrat hingegen die Auffassung, nach der die Gewalt in Rostock auch *„darauf zurückzuführen sei, daß es schon in der früheren DDR eine unterschwellige Ausländerfeindlichkeit in weiten Teilen der Bevölkerung gab. (...) Angesichts der weitverbreiteten Unzufriedenheit mit den Folgen der Wiedervereinigung sorgen die neueingerichteten und zum Teil provisorischen Unterkünfte der Asylbewerber in den neuen Ländern für zusätzlichen Zündstoff mit rechtsradikaler, ausländerfeindlicher Tendenz.“*^{cxlviii}

Viele Reporter zeigten sich insbesondere über den Rückhalt in der Bevölkerung erschrocken. So kommentierte die in Graz erscheinende „Kleine Zeitung“: *„die jugendlichen Neonazis seien für sich genommen noch kein Anlaß zur Sorge, aber es klatschen zu viele“*^{cxlix} Das ebenfalls aus Österreich kommende „Massenblatt“ titelte in diesem Zusammenhang: *„Die Schande von Rostock“* und führte weiter aus: *„ein bisschen Nazi-Gewalt gibt es nicht, auch keinen kleinen Hitler, sondern immer nur das volle Programm“*^{cl} Wie als Konsequenz daraus schlug der englische Labourpolitiker Alan Doherty *„europäische Umerziehungsmaßnahmen zur Demokratisierung Ostdeutschlands vor.“*

Einige Journalisten übten sich jedoch auch in Selbstkritik und verdeutlichten, dass Fremdenhass und Nationalismus kein spezifisch deutsches Phänomen wäre, sondern fast alle europäischen Länder betraf. So schrieb das „Svenska Dagbladet“: *Die meisten europäischen Regierungen müssen sich im eigenen Land mit Rechtsradikalen herumschlagen“* und die

Londoner „Times“ erläuterte: *„Deutschlands Nachbarn können nicht mit Steinen werfen. Schließlich habe die Bundesrepublik mit Abstand die meisten Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien aufgenommen, während alle sämtlichen Nachbarn mauerten.“* Schließlich resümierte die italienische „Corriere della Sera“: *„Kein Land ist ausgenommen (...) alle sind wir Deutsche“^{cli}*

Der tschechische Journalist Jiri Svitek des „Telegraf-Metropolitan“ aus Prag schilderte in seinem Essay für den „Berliner Tagesspiegel“ am 31. August 1992 vergleichbare Ereignisse in Böhmen. Svitek schrieb: *„Viele von der wachsenden Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen suchen nun einen Schuldigen, der selbstverständlich nicht in ihren eigenen Reihen zu finden sein darf. (...) Und dies könnte auch in Osteuropa Schule machen, ja etwa im westböhmischen Pilsen ist dieses Beispiel schon längst aufgenommen worden. Dort beklatschten biedere Bürger - ähnlich wie jetzt in Rostock - Angriffe von Skinheads auf die, hüben wie drüben, ungeliebten Roma-Einwanderer, „die nur klauen und alles verdrecken“^{clii}*

13.5. Juristische Konsequenzen

Obleich die Regierungsfractionen bereits am Dienstag, dem Tag nach den Krawallen, in Bonn forderten, *„die volle Härte des Gesetzes auf die Gewalttäter von Rostock anzuwenden“^{cliii}* fiel die juristische Aufarbeitung der Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen spärlich und zögerlich aus. Nur wenige der verhafteten Gewalttäter wurden angeklagt. Oft verwies die zuständige Staatsanwaltschaft auf die schwierige Beweislage. So standen zwar viele Video- und Fotoaufnahmen von den Krawallen zur Verfügung, die für eine Anklage jedoch nicht ausreichend eindeutig erkennbares Material bereitgestellt hätten.

Die Angriffe führten zu 370 vorläufigen Festnahmen sowie 408 eingeleiteten Ermittlungsverfahren. Gegen 257 Personen wurde ein Verfahren eröffnet, die meisten davon jedoch wieder eingestellt. 40 Jugendliche wurden 1993/94 in kurzen Prozessen, ohne große Beweisaufnahme, wegen Landfriedensbruch und Brandstiftung zu Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. 11 Verurteilte erhielten Jugendhaftstrafen zwischen sieben Monaten und drei Jahren, doch nur vier von ihnen mussten tatsächlich ins Gefängnis, die übrigen Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Zehn Jahre nach den Ausschreitungen wurde gegen drei Täter ein Verfahren wegen Brandstiftung und versuchten Mordes geführt. Auch hier fielen die Urteile mit 12 bis 18 Monaten Gefängnis vergleichsweise niedrig aus.^{cliv}

Die große Masse der beteiligten Randalierer blieb anonym und unbestraft, ebenso die bis zu 3000 Zuschauer und Anwohner, die die Täter mit Beifall und Zurufen unterstützten. Dass man

sehr wohl alle Störer und Zuschauer zur Anzeige hätte bringen können, legt der *„Standardkommentar des Freiburger Rechtsprofessors Herbert Tröndle“* nahe. Demnach macht sich schon der wegen Landesfriedensbruch strafbar, der auf die Menschenmenge „aktiv einwirkt“, um die Gewalttätigkeiten zu fördern. *„Hier spielen Zurufe, Parolen, Absingen aufreizender Lieder, anfeuernde Gesten“* auch *„eine wesentliche Rolle“*. Danach könnten also auch die zahlreichen Schaulustigen, die die Gewalttäter in den vergangenen Nächten angestachelt haben strafbar sein.“^{clv}

13.6. Rolle und Bewertung der linken Szene

Die Tatsache, dass mehrere Mitglieder der Antifa u.a. in der Brandnacht den Bewohnern im Haus im Kampf ums Überleben halfen, wurde in den Berichten und Publikationen nur selten erwähnt und erfuhr ebenso wenig eine offizielle Würdigung, wie die genehmigte, aber von Polizisten aufgelöste Gegendemonstration in Lichtenhagen. Im Gegenteil, Ministerpräsident Berndt Seite behauptete im Landtag nach den Krawallen, linke Autonome hätten mit den Rechtsradikalen Seite an Seite gekämpft und setzte an anderer Stelle die rechten Ausschreitungen in einen Zusammenhang mit linken Demonstrationen und grünen Protestaktionen. Seite sagte: *„man kenne solche Gewalttäter „auch aus Brokdorf, aus der Hafestraße in Hamburg, von der Startbahn West in Frankfurt und von Wackersdorf.“*^{clvi} Die bereits damals gängige Praxis, Linksradikalismus und Rechtsradikalismus auf eine Stufe zu stellen, die bis heute im Sprachgebrauch der konservativen Parteien verankert ist, findet sich auch in den Gefangenessammelstellen wieder, wo die Polizei linke Gegendemonstranten mit Rechtsradikalen während der Krawalle im gleichen Raum festhielt.

Eine offene Aversion gegen die politische Linke, sei es in Schwerin oder auch in Rostock, prägte die politische Kultur zu Beginn der neunziger Jahre; *„mit den Linken wollte zu dieser Zeit keiner was zu tun haben“* äußerte sich dazu Magdanz in einem Gespräch rückblickend. Die aus der jüngeren Geschichte der DDR heraus entstandene Ablehnung findet sich auch in der ausdrücklichen Warnung Kilimanns an die Rostocker Bürger wieder, nicht an der angemeldeten Großdemonstration am Samstag nach den Krawallen teilzunehmen.

Dennoch kann festgestellt werden, dass die linke Szene, sei es Antifa oder linke Parteien, nicht deutlich genug als Gegenpol in den Krawallen auftraten, um wahrgenommen zu werden, was im Nachhinein zu einer breiten, selbstkritischen Diskussion innerhalb der linken Szene führte. Im Gespräch mit Antifa-Aktivistin, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag in einer größeren Gruppe in die Hansestadt fuhr, um sich gegen die rechten Gewaltaktionen zu stellen, wurde deutlich, dass sie die Lage, die sie dort vorfanden, überraschte. Sie hatten Skinheads und

Hooligans erwartet und standen nun vor teilweise 14jährigen Kindern. Die Aktivisten beschrieben die Situation vor Ort als gespenstisch und vollkommen unübersichtlich. Sie fanden sich alsbald selbst unter den Herumirrenden auf dem Gelände wieder und mussten sich schließlich eingestehen, dass sie angesichts eines ganzen Viertels im Ausnahmezustand nichts auszurichten vermochten.

13.7. Reaktionen und Konsequenzen der Vietnamesen

Gleich am Tag nach der Katastrophe fragten sich die Vietnamesen, was sie tun könnten, um dazu beizutragen, dass es nicht wieder zu einer solchen Gewalteskalation kommen würde. Als Ergebnis der Diskussion gründeten sie den Verein Dien Hong e.V., dessen Ziel die Förderung eines besseren Verhältnisses zwischen Deutschen und Vietnamesen war. Der Verein existiert auch heute noch. Nachdem die Vietnamesen drei Tage in der Notunterkunft in Marienehe untergebracht waren, wurden sie in ein Landschulheim nach Niex verlegt. Weitere zwei Tage später erteilte der stellvertretende Bürgermeister Wolfgang Zöllick (CDU) ihnen die Anweisung, ins Sonnenblumenhaus zurückzukehren. Erst auf Intervention von Wolfgang Richter können die Vietnamesen mehrere Wochen in Niex bleiben. Die ZAst im Sonnenblumenhaus wurde geschlossen und an einen neuen Ort verlegt, jedoch nicht wie geplant nach Rostock-Hinrichshagen, sondern in eine ehemalige Kaserne der DDR-Grenztruppen in der Nähe von Nostdorf, wo sie heute noch untergebracht sind.^{clvii}

14. DIE UNTERSUCHUNGS AUSSCHÜSSE

14.1. Der Untersuchungsausschuss der Rostocker Bürgerschaft

Zwischen September 1992 und November 1993 beschäftigten sich zwei Untersuchungsausschüsse mit den Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen. Der Untersuchungsausschuss der Rostocker Bürgerschaft hatte sich zur Aufgabe gemacht, zu klären „*ob Pflichtverletzungen des Senats oder der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit den Ereignissen an der ZAst in Rostock-Lichtenhagen vorliegen und was Senat und Bürgerschaft unternommen haben, um die Ereignisse zu verhindern*“^{clviii} Der Ausschuss beschäftigte sich nicht mit Fehlern in der Polizeiführung und dem Einsatz, da die Polizei in den Verantwortungsbereich des Landesinnenministeriums fiel.

Obleich, wie Jochen Schmidt in seinem Buch „Politische Brandstifter“, anerkennend anmerkt, es dem Ausschuss in der Bürgerschaft „*wirklich und wahrhaftig um eine Klärung dieser Fragen*

ging^{clix} war das Ergebnis eher dürftig und Konsequenzen blieben aus. In seinem Abschlussbericht, der am 11. Oktober 1993 nach insgesamt 22 Sitzungen vorgestellt wurde, kam die Kommission zu dem Schluss: *„die Gefahr einer Eskalation von Gewalt (war) den Verantwortlichen des Rostocker Senats bekannt, wurde aber in ihrem Ausmaß unterschätzt“*.^{clx} Oberbürgermeister Kilimann wurde kritisiert, er sei *„seiner politischen und moralischen Verantwortung nicht in vollem Umfang gerecht geworden.“* Darüber hinaus stellte die Kommission im Umgang mit den Problemen in der ZAst *„unklar abgegrenzte Verantwortlichkeiten“* fest. Vor allem zwischen den Behörden auf Stadt- und Landesebene hätte es *„mangelnde Umsetzung von Willensbekundungen“* bei den Versprechen, die Zustände vor Ort zu verbessern, gegeben.^{clxi} Jochen Schmidt bemängelte in dem entsprechenden Kapitel seines Buches, dass es der Kommission nicht gelungen sei, lückenlos aufzuklären, welche individuelle Verantwortung einzelne Politiker getragen hätten und inwiefern sie dieser nicht gerecht geworden wären. So bliebe der Bericht nach Schmidts Auffassung oberflächlich und verspielte *„einen Großteil seiner Aussagekraft und letztlich auch die Aufklärung...“*^{clxii}

14.2. Der Untersuchungsausschuss im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses im Schweriner Landtag musste zunächst gegen die Ablehnung der CDU durchgesetzt werden, die einen entsprechenden Antrag des Koalitionspartners FDP zunächst als unbegründet zurückgewiesen hatte. Entsprechend gering war im Folgenden auch die Bereitschaft der Union, das Gremium bei seiner Suche nach Antworten zu unterstützen. So wurden Ermittlungen um die Rolle des Innenministeriums aus der Untersuchung ausgeschlossen und vor allem der Polizeieinsatz in das Zentrum der Ermittlungen gerückt. Bei der Aufklärung des Polizeieinsatzes konzentrierte man sich auf den Leiter des Polizeieinsatzes, Jürgen Deckert, als Hauptverantwortlichen für das Versagen der Polizei. Das Verhalten von Siegfried Kordus hingegen, der sich u.a. in der Brandnacht unter dem Vorwand, er müsse sein Hemd wechseln, in sein Haus zurückgezogen hatten sowie das des Leiters des Landepolizeiamtes, Hans-Heinrich Heinsens, der sich während der Ausschreitungen weder an der Einsatzführung beteiligte und die von Deckert angeforderte Verstärkung zurückwies, wurde vom Untersuchungsausschuss nicht weiter berücksichtigt. Als Ergebnis gingen Kordus und Heinsen unbeschadet aus der Befragung heraus.

Ebenso wurde Landesinnenminister Lothar Kupfer nicht zur Verantwortung gezogen, obwohl

er nachweislich ab Sonntag, dem 23. August, in Rostock war und somit in alle den Einsatz betreffende Entscheidungen einbezogen wurde. Einzig Jürgen Deckert wurde in dem Zwischenbericht, den die Kommission am 16. Juni 1993 vorlegte, stark belastet, was zu Kritik sowohl von Seiten der Rostocker Staatsanwaltschaft, des Landesverbandes der Gewerkschaft der Polizei als auch seitens des Nachfolgers von Kordus, Dieter Hempel, führte. Hempel äußerte die Vermutung, dass Deckert *„als Prügelknabe für die Fehler seiner Vorgesetzten herhalten sollte.“*^{clxiii}

Zudem erweiterte man den Auftrag des Ausschusses auf Verlangen der CDU dahingehend, *„festzustellen, wie sich die Situation des Ausländerzuzugs in Mecklenburg-Vorpommern seit dem 3. Oktober 1990 entwickelt hat“* und *„welche Belastungen sich für die Bevölkerung und für die Gemeinden des Landes daraus ergeben haben.“* Die offensichtliche Absicht, den Ausschuss als Mittel zu nutzen, die Asylsuchenden zu den Schuldigen der Ausschreitungen zu machen und die Haltung der Opposition in der Asylfrage anzugreifen, wurde von den anderen Parteien scharf kritisiert. Nachdem bereits bei der Befragung der Polizei Unregelmäßigkeiten stattgefunden hatten und sich herausstellte, dass Lothar Kupfer, der erst nach 18 Sitzungen vorgeladen wurde, über die ganze Zeit einen persönlichen Referenten in der Kommission hatte, verließ die Fraktion der PDS aus Protest den Ausschuss. Der Untersuchungsbericht, den der Ausschuss am dritten November 1993 vorlegte, wies die Hauptverantwortung für die Eskalation im Vorfeld überwiegend dem Rostocker Senat zu. *„Dieser habe u.a. zu verantworten, daß bereits im Vorfeld alle Zeichen, die auf den Ausbruch von Gewalt hindeuten, unbeachtet blieben.“*^{clxiv}

Jürgen Deckert wurde die Hauptschuld am Scheitern des Polizeieinsatzes gegeben. Die Rolle des Schweriner Innenministeriums dagegen wurde nur auf einer Seite erwähnt. Nach Bekanntgabe des Berichtes verweigerte die SPD ihre Zustimmung zu den vorgestellten Ergebnissen und veröffentlichte wenige Tage später einen eigenen Bericht, der allen Beteiligten, Institutionen und Persönlichkeiten eine Mitverantwortung zuwies, ohne jedoch personelle Konsequenzen zu fordern.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass sich beide Untersuchungsausschüsse als Instrument der Aufklärung der Katastrophe als wirkungslos erwiesen. Die Ausschüsse schienen vielmehr als ein Instrument zur Entlastung der Verantwortlichen zu fungieren. In diesem Scheitern der Aufklärung blitzte erneut genau jene Unfähigkeit und jener politische Unwille auf, die ursächlich zum Ausbruch der Krawalle beigetragen hatten.

- i Frankfurter Rundschau 26.08.92 „Es hätte ein Kinderfest sein können. Es wurde ein Pogrom“
- ii Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- iii Die Zeit 09.09.1992, Richard Chaim Schneider „Plötzlich wieder allein in diesem Land“
- iv Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- v Berliner Morgenpost, 30.08.92 „Realer Sozialismus erzeugte eigene Form der Apartheid“
- vi Frankfurter Allgemeine Zeitung 31.08. 1992, Nora Miethke “Das Blauhemd gegen das Braunhemd vertauscht“
- vii Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- viii Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- ix Frankfurter Rundschau, 28.08.92, Axel Vorbäumen “Sie leiden, wenn der „deutsche Trabbi eines Deutschen“ brennt
- x Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08. 1992, Nora Miethke “Das Blauhemd gegen das Braunhemd vertauscht „,
- xi Berliner Morgenpost, 30.08.92, Hans Jörg Heims, “Mein Vater war schließlich auch dabei“
- xii Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.08.92, Johannes Leithäuser, „Der Senat in Rostock glaubt an eine sorgfältige Vorbereitung der Krawalle vor dem Asylbewerberheim“.
- xiii Frankfurter Rundschau, 31.08.92, Otto Jörg Weiss, “Tote Hose, so weit die Füße tragen“
- xiv Tagesspiegel, 26.08.92, Verfassungsschutz glaubt nicht an Aktion von West-Neonazis
- xv Frankfurter Rundschau, 25.08.92, Die Scherben werden weggekehrt, der Ruf ist nicht zu kitten
- xvi Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08. 1992, Nora Miethke, “Das Blauhemd gegen das Braunhemd vertauscht“
- xvii Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08. 1992, Nora Miethke, “Das Blauhemd gegen das Braunhemd vertauscht“
- xviii Taz, 28.08.78, Claus Christian Malzahn “Endlich ist hier mal was los“
- xix Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- xx Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- xxi Frankfurter Rundschau, 25.08.92, Süsmuth drängt bei Asylrecht
- xxii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S.56
- xxiii Mitteldeutsche Zeitung, 27.08.92, Harald Biskup, „Am Rande verfolgen die Alten den Kampf“
- xxiv Die Welt 30.08.92, Hans-Joachim Nöh „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“
- xxv Die Welt 30.08.92, Hans-Joachim Nöh „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“
- xxvi taz 25.08.1992 Bascha Mika „Das sind hier ganz normale Deutsche“
- xxvii Berliner Morgenpost, 26.08.92, Hans Jörg Heims, In Lichtenhagen ist die Stimmung umgeschlagen
- xxviii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S.24, 53
- xxix taz 16.11.92, Tissy Bruns, „Es bleibt eine rätselhafte Eintracht.“
- xxx Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- xxxi Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- xxxii Die Welt, 30.08.92, Asylrechtsänderung schon im Oktober?
- xxxiii Die Welt 30.08.92 Hans-Joachim Nöh „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“
- xxxiv Die Welt 30.08.92 Hans-Joachim Nöh „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“
- xxxv Die Welt 30.08.92 Hans-Joachim Nöh „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“
- xxxvi taz ,29.08.92, Portrait Für das Wohl des Bürgers
- xxxvii Tagesspiegel, 26.08.1992, Stolpe unterstützt neuen SPD-Kurs in Asyldebatte
- xxxviii Die Welt 30.08.92 Hans-Joachim Nöh „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“
- xxxix Die Welt 30.08.92 Hans-Joachim Nöh „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“
- xl Taz, 25.08.92, Claus Christian Malzahn, Schonzeit für Ausländerfeinde
- xli Taz 25.08.92, Erneute Angriffe nach Hoyerswerdaer Vorbild in Rostock
- xlii taz 26.08.92, Matthias Geis, Feuer und Flamme gegen Asylrecht
- xliiii Junge Welt, 27.08.1992, Titelblatt: Die Ereignisse haben uns Recht gegeben
- xliv Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.08.1992, Die rechtsradikalen Schläger in Rostock drohen mit Unruhen bis zum 1. September
- xlvi Die Welt, 30.08.92, Asylrechtsänderung schon im Oktober?
- xlvi taz 16.11.92, Tissy Bruns, „Es bleibt eine rätselhafte Eintracht.“
- xlvii Berliner Morgenpost, 30.08.92, Wolfgang Thierse, Realer Sozialismus erzeugte eigene Form der Apartheid
- xlviiii Berliner Morgenpost, 30.08.92, Wolfgang Thierse, Realer Sozialismus erzeugte eigene Form der Apartheid
- xlx Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- l Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- li Die Welt 31.08.92, Rechtsruck in Deutschland
- lii Tagesspiegel, 26.08.92, Verfassungsschutz glaubt nicht an Aktion von West-Neonazis

- liii Tagesspiegel, 26.08.92, Verfassungsschutz glaubt nicht an Aktion von West-Neonazis
- liv Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- lv Süddeutsche Zeitung, 28.08.92 Mit Stahlkugeln bewaffneter Schläger verhaftet
- lvi Tagesspiegel, 26.08.92, Verfassungsschutz glaubt nicht an Aktion von West-Neonazis
- lvii Neue Zeit, 27.08.92, Brutaler und besser organisiert
- lviii Taz, 25.08.1992, Bascha Mika „Das sind hier ganz normale Deutsche“
- lix Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- lx Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- lxi Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- lxii Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- lxiii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 24, 53
- lxiv Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 29
- lxv Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- lxvi Taz, 25.08.92, Interview, Thorsten Schmitz, „Mit einer so kolossalen Gewalt ist nicht gerechnet worden“
- lxvii Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- lxviii Berliner Zeitung 24.08.1992, Schwere Krawalle vor Asylbewerberheim
- lxix Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- lxx Berliner Zeitung, 25.08.1992, Walter Wüllenweber, „Das sind keine Menschen, das sind Schweine“
- lxxi Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 172
- lxxii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 172
- lxxiii Frankfurter Rundschau, 26.08.92, Es hätte ein Kinderfest sein können. Es wurde ein Pogrom
- lxxiv Frankfurter Rundschau, 26.08.92, Es hätte ein Kinderfest sein können. Es wurde ein Pogrom
- lxxv Berliner Zeitung 26.08.92, Die Glatzen hatten die Polizei jederzeit fest im Griff
- lxxvi taz, 27.08.92, Polizeiführung räumt Fehler und Pannen ein.
- lxxvii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 141
- lxxviii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 145 f
- lxxix TAZ, 12.09.92, Erklärungsnotstand treibt bizarre Blüten
- lxxx Junge Welt, 27.08.1992, Gunnar Leue „Wir werden die Rechten wohl nicht mehr los“
- lxxxix Berliner Zeitung 26.08.92, Die Glatzen hatten die Polizei jederzeit fest im Griff
- lxxxii Sächsische Zeitung 27.08.1992, Randalierer wollen bis 1. September weitermachen
- lxxxiii Berliner Zeitung 29./30.1992, Frank Jansen, Nur „Happi Happi bei Api“ kriegt eine nachträgliche Abfuhr“
- lxxxiv BILD, 30.08. 92, Woher die Rechtsradikalen kamen
- lxxxv Taz, 25.08.1992, Bascha Mika „Das sind hier ganz normale Deutsche“
- lxxxvi Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08. 1992, Nora Miethke, „Das Blauhemd gegen das Braunhemd vertauscht“
- lxxxvii Frankfurter Rundschau, 28.08.92, Axel Vornbäumen, „Sie leiden, wenn der „deutsche Trabi eines Deutschen“ brennt
- lxxxviii Stern 37/92, Uli Hauser/Dirk Lehmann/Karola Menger „Jetzt geht’s los: Heim für Heim“
- lxxxix Frankfurter Rundschau, 28.08.92, Axel Vornbäumen, „Sie leiden, wenn der „deutsche Trabi eines Deutschen“ brennt
- xc Tagesspiegel, 25.08.1992, Jürgen Zweigert, Warnsignale gab es mehr als genug
- xc Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- xcii Frankfurter Rundschau, 26.08.92, Es hätte ein Kinderfest sein können. Es wurde ein Pogrom
- xciii Frankfurter Rundschau, 28.08.92, Axel Vornbäumen, „Sie leiden, wenn der „deutsche Trabi eines Deutschen“ brennt
- xciv Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- xcv Taz, 26.08.1992, Bascha Mika, Die Polizei überläßt Brandstiftern das Feld
- xcvi Taz, 25.08.1992, Bascha Mika „Das sind hier ganz normale Deutsche“
- xcvii Taz, 26.08.1992, Bascha Mika, Die Polizei überläßt Brandstiftern das Feld
- xcviii Berliner Zeitung 26.08.92, Die Glatzen hatten die Polizei jederzeit fest im Griff

- xcix Süddeutsche Zeitung, 27.08.1992, Bei neuen Krawallen in Rostock 65 Beamte verletzt
- c Taz, 04.09.92 Bascha Mika Unangenehme Fragen an die Rostocker Bürgerschaft
- ci Berliner Zeitung, 25.08.1992, Walter Wüllenweber, „Das sind keine Menschen, das sind Schweine“
- cii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 152
- ciii Taz 29.08.92 Portrait, Für das Wohl des Bürgers
- civ TAZ 26.08.92 Mathias Geis, Feuer und Flamme gegen Asylrecht
- cv Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- cvi Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 172
- cvi Tagesspiegel, 28.08.92, Frank Jansen, Die arbeitslosen Stasis übertragen den Frust an ihre Kinder.
- cvi Berliner Morgenpost, 30.08.92, Hans Jörg Heims, „Mein Vater war schließlich auch dabei“
- cix Tagesspiegel, 28.08.92, Frank Jansen, Die arbeitslosen Stasis übertragen den Frust an ihre Kinder.
- cx Tagesspiegel, 28.08.92, Frank Jansen, Die arbeitslosen Stasis übertragen den Frust an ihre Kinder.
- cxii Ausschnitt aus: „The Truth Lies in Rostock“, Mark Saunders und Siobhan Cleary, Spectacle, Channel 4, 1993,
- cxii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 173
- cxiii Taz, 04.09.92, Bascha Mika, Unangenehme Fragen an die Rostocker Bürgerschaft
- cxiv TAZ 26.08.92, Mathias Geis, Feuer und Flamme gegen Asylrecht
- cxv Berliner Zeitung, 29./30.1992, Ingo Preißler, Schönwetterreden trotz Sturm im Land
- cxvi Berliner Morgenpost 30.08.92, Hans Jörg Heims, „Mein Vater war schließlich auch dabei“
- cxvii Berliner Morgenpost 30.08.92, Hans Jörg Heims, „Mein Vater war schließlich auch dabei“
- cxviii Junge Welt, 27.08.1992, Gunnar Leue „Wir werden die Rechten wohl nicht mehr los“
- cxix Berliner Zeitung, 29./30.1992, Ingo Preißler, Schönwetterreden trotz Sturm im Land
- cxx Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- cxxi Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- cxxii Neue Zeit 27.08.92, Brutaler und besser organisiert
- cxxiii Die Welt, 31.08.92, Rechtsruck in Deutschland
- cxxiv Michael Lausberg: Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990–1998, Marburg 2012, S. 65. (zitiert auf Wikipedia)
- cxv Michael Lausberg: Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990–1998, Marburg 2012, S. 65. (zitiert auf Wikipedia)
- cxvii Frankfurter Rundschau, 25.08.92, Süßmuth drängt bei Asylrecht
- cxvii Frankfurter Rundschau, 25.08.92, Süßmuth drängt bei Asylrecht
- cxviii TAZ 26.08.92, Mathias Geis, Feuer und Flamme gegen Asylrecht
- cxviii Süddeutsche Zeitung, 26.08.92, Bonner Parteien verurteilten Gewalttaten von Rostock
- cxix Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- cxix Berliner Morgenpost, 25.08.19, Hans-Jörg Heims, „Daß es keine Toten gab, grenzt an ein Wunder“
- cxvii Berliner Zeitung, 29./30.1992, Ingo Preißler, Schönwetterreden trotz Sturm im Land
- cxviii Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- cxviii TAZ 26.08.92, Mathias Geis, Feuer und Flamme gegen Asylrecht
- cxviii Süddeutsche Zeitung, 26.08.92, Bonner Parteien verurteilten Gewalttaten von Rostock
- cxviii Süddeutsche Zeitung, 26.08.92, Bonner Parteien verurteilten Gewalttaten von Rostock
- cxviii Süddeutsche Zeitung, 26.08.92, Bonner Parteien verurteilten Gewalttaten von Rostock
- cxviii Süddeutsche Zeitung, 26.08.92, Bonner Parteien verurteilten Gewalttaten von Rostock
- cxviii Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- cxli Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08.1992, Nora Miethke, „Das Blauhemd gegen das Braunhemd vertauscht“
- cxli Die Welt, 31.08.92, Rechtsruck in Deutschland
- cxlii Taz, 25.08.1992, Bascha Mika „Das sind hier ganz normale Deutsche“
- cxliii Berliner Morgenpost, 30.08.92 „Realer Sozialismus erzeugte eigene Form der Apartheid“
- cxliv Die Zeit 09.09.1992, Richard Chaim Schneider „Plötzlich wieder allein in diesem Land“
- cxlv Zitiert in: Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- cxlvi Zitiert in: taz, 26.08.1992 „Es klatschen zu viele“
- cxlvii Zitiert in: Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- cxlviii Zitiert in: Berliner Zeitung, 26.08.92, besorgt kommentiert die internationale Presse..
- cxlix Zitiert in: taz, 26.08.1992 „Es klatschen zu viele“
- cl Zitiert in: Sächsische Zeitung, 27.08.92, Eine „Welle von Ekel“
- cli Zitiert in: Der Spiegel, Ausgabe 36, 1992, „Ernstes Zeichen an der Wand“
- clii Der Tagesspiegel, 31.08.92, Jiri Svitek, Die neue Intoleranz macht bereits Schule
- cliii Süddeutsche Zeitung, 26.08.92, Bonner Parteien verurteilten Gewalttaten von Rostock
- cliv Michael Lausberg: *Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990–1998*, Marburg 2012, S. 65. und *Die Zeit*, 25/2002, 13. Juni 2002. [Nur vier Randalierer kamen ins Gefängnis](#), (zitiert in Wikipedia)
- clv PNN, 27.08.92, Erst war ich dafür, daß man es den Ausländern zeigt...“
- clvi Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 158
- clvii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 169
- clviii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 174

- clix Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 174
- clx Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 174
- clxi Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 174
- clxii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 175
- clxiii Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 177
- clxiv Jochen Schmidt „Politische Brandstiftung“, 2002, Das Neue Berlin, S. 179